



Die Vermessung der Wirtschaft 100 Jahre DIW Berlin

Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung



**Die
Vermessung
der
Wirtschaft**

100 Jahre
DIW Berlin

1925–2025



Die Vermessung der Wirtschaft

100 Jahre
DIW Berlin

1925–2025

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	6
Wissenschaft zwischen Freiheit und NS-Diktatur 1925–1945	9
Konjunkturforschung aus dem Geist der Empirie (1925–1933)	11
Forschung im Zeichen des Nationalsozialismus (1933–1945)	28
Wachstum, Wissenschaft und Wissenstransfer 1945–1966	41
Wiederauferstehung und Fortbestand (1945–1948)	43
Eine neue Rolle für die Wirtschaftswissenschaft (1948–1966)	47
Keynesianismus und Krise 1966–1982	59
Optimismus der Ökonomen (1966–1973)	61
Krise und Ernüchterung (1973–1982)	68
Vom Ende der sozial-liberalen Koalition zum wiedervereinigten Deutschland 1982–1998	77
Alte und neue Fragen (1982–1989)	79
Im Schatten einer Epochenwende (1989–1998)	87
Forschung im Zeichen der Globalisierung 1998–2025	97
Wissenschaftliche Neuausrichtung (1998–2008)	99
Zwischen Krise und Boom (2008–2019)	109
Im Angesicht multipler Krisen (2019–2025)	117
Anhang	130

Vorwort

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) feiert im Jahr 2025 sein 100-jähriges Bestehen – ein Meilenstein in der bewegten und oftmals herausfordernden Geschichte. Seit seiner Gründung 1925 als Institut für Konjunkturforschung zeichnet sich das DIW Berlin durch seine Unabhängigkeit und den Anspruch auf wissenschaftliche Exzellenz aus. Diese Werte, zusammen mit einer multidisziplinären Perspektive, stellen die Grundpfeiler des Instituts dar und prägen bis heute seine Arbeit.

Das Institut erfüllt seit einem Jahrhundert vier zentrale Aufgaben: die Durchführung innovativer Forschung, die Bereitstellung unabhängiger Politikberatung, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und den Aufbau einer erstklassigen Dateninfrastruktur. Die Themenfelder, denen sich das DIW Berlin widmet, umfassen die Konjunkturpolitik und Makroökonomie, Fragen der sozialen Ungleichheit und Verteilung sowie Nachhaltigkeit und sozial-ökologische Transformation. Gerade die letztere stellt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit dar und zeigt das DIW Berlin als Vorreiter, der mit kritischem und konstruktivem Blick gesellschaftliche Transformationen begleitet.

Das DIW Berlin kann auf ein stolzes Erbe als Berliner Institution zurückblicken und versteht sich als Teil dieser geschichtsträchtigen Stadt. Doch gehört zur Geschichte des DIW Berlin auch eine belastende Verantwortung: Während der NS-Diktatur hat das Institut das NS-Regime mit kriegswirtschaftlichen Analysen unterstützt und folgte dem nationalsozialistischen Unrechtsstaat. Die Details dieser Verstrickungen werden bis heute erforscht, und es ist klar, dass das Institut nicht nur wegen dieses Kapitels seiner Geschichte die Verantwortung trägt, das Bewusstsein für wissenschaftliche Integrität und Unabhängigkeit zu schärfen. Diese Vergangenheit unterstreicht umso mehr, wie wichtig die heutigen Werte des Instituts sind: Offenheit, Vielfalt, Toleranz und wissenschaftliche Freiheit.



Heute ist das DIW Berlin als Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft positioniert. In seiner Rolle als unabhängige Institution informiert es gesellschaftliche Debatten auf Grundlage wissenschaftlicher Fakten und evidenzbasierter Analysen. Die Mitarbeitenden des DIW Berlin sind dabei der Kern des Instituts – ihre Identifikation und ihr Engagement sichern die Exzellenz der Arbeit und garantieren, dass das DIW Berlin auch in Zukunft die relevanten Themen wissenschaftlich fundiert begleiten wird.

Der Blick auf die eigene Geschichte – wie auch die Konflikte der Gegenwart – mahnt zu einer verantwortungsvollen und kritischen Wissenschaft, die stets den Menschen und das Gemeinwohl im Blick hat. Dieses Jubiläum bietet nicht nur Anlass zur Feier, sondern auch zur Reflexion über die Rolle der Wissenschaft und deren Verantwortung in unserer Gesellschaft.

A handwritten signature in blue ink, consisting of stylized, flowing letters that appear to read 'M. Fratzscher'.

Marcel Fratzscher

**Wissenschaft
zwischen Freiheit
und
NS-Diktatur**

1925 | 1945



Wissenschaft, Wirtschaft und Politik

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das 2025 seinen 100. Geburtstag feiert, analysiert zentrale ökonomische und soziale Fragestellungen unserer Zeit. Mit wissenschaftlicher Exzellenz, Unabhängigkeit und Multidisziplinarität widmen sich die Mitarbeitenden den drei Schwerpunktbereichen *Wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration in Europa*, *Zukunftssicherung und Nachhaltigkeit* sowie *Lebensqualität und Verteilung*. Vernetzt werden die sich vielfach überlappenden Forschungsfelder mit dem Querschnittsthema »sozial-ökologische Transformation«, das eine der wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts umreißt.

Die an höchsten Ansprüchen ausgerichteten wissenschaftlichen Leistungen des DIW Berlin bilden die Grundlage für weitere zentrale Aufgaben des Hauses: So stellt die forschungsbasierte Infrastruktur des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) Wissenschaftler*innen der ganzen Welt hochwertige Längsschnittdaten zu privaten Haushalten in Deutschland zur Verfügung, während das DIW Graduate Center eine hervorragende Ausbildung mit dem Ziel der Promotion bietet; hinzu kommen evidenzbasierte Politikberatung und Wissenstransfer. Als öffentlich finanziertes Forschungsinstitut und Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft positioniert sich das DIW Berlin mit seinen Aktivitäten an der Schnittstelle von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik und schafft einen entscheidenden Mehrwert für die Gesellschaft.

Diese praxisorientierte Ausrichtung der Wirtschaftswissenschaft steht in einer langen Tradition: Seit der Renaissance nutzte der frühmoderne Staat Statistik, Kataster und Kartografie, um die Steuereinnahmen zu steigern. Die staatliche Wirtschaftspolitik des »Merkantilismus« sollte durch hohe Handelsüberschüsse die Staatskasse füllen, um die stehenden Heere, Beamtenapparate, Schloss- und Festungsbauten der absolutistischen Herrscher zu finanzieren. Geld wurde zum »Muskel des Krieges«, wie der englische Ökonom William Petty (1623–1687) feststellte.

Demgegenüber entdeckte der schottische Aufklärer Adam Smith (1723–1790) das freie Marktgeschehen als beste Möglichkeit zur Förderung des Gemeinwohls. Im Gefolge von Smith begann sich die junge Nationalökonomie zunehmend unabhängig von Regierungen und deren Machtinteressen zu entfalten. Im Gegenzug nahm sie aber auch Einfluss auf die Wirtschaftspolitik, die zunehmend von Gewerbefreiheit und Freihandel bestimmt wurde. All das diente allerdings weniger dem Wohlstand des Einzelnen, sondern der Stärkung des Staates und seiner Steuereinnahmen.

Bald jedoch zeigte sich, dass Industrialisierung und freie kapitalistische Märkte keineswegs für dauerhafte Stabilität sorgten, vielmehr führten sie zu noch heftigeren Schwankungen, als man sie von den vormodernen Agrar- und Hungerkrisen kannte.¹ In den 1860er-Jahren identifizierte der französische Arzt Clément Juglar (1819–1905) Konjunkturzyklen von Aufschwung, Boom, Rezession und Depression, die sich innerhalb von sechs bis zehn Jahren wiederholten (»Juglar-Zyklen«). Nun lag es nahe, die den Zyklen zugrunde liegenden ökonomischen Muster systematisch zu analysieren und Prognosen zu erstellen, um die Entwicklungen zu steuern und letztlich Gleichgewichtsstörungen abzumildern.

Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert agierten die europäischen Regierungen im Zeichen von Imperialismus und Kolonialismus wieder protektionistischer, um ihre nationale Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz zu schützen.² Zugleich versuchte man, mit sozialpolitischen Maßnahmen die negativen Auswirkungen der industriellen Revolution zu mildern, um eine soziale Revolution zu vermeiden.

Der Erste Weltkrieg unterbrach die ökonomische Aufwärtsentwicklung. Deutschland versuchte, durch drastische staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben die Rüstungsproduktion zu steigern und gleichzeitig die Lebensmittelversorgung zu sichern.³ Bemerkenswerterweise prägte diese staatliche Wirtschaftsplanung eine ganze Generation von Ökonomen und Entscheidungsträgern, die die gemeinschaftsstiftenden »Ideen von 1914« und die Kriegsökonomie als vorbildlich für kommende ökonomische und gesellschaftliche Ordnungen betrachteten.⁴



Im Herbst 1923 wurde mit der neu geschaffenen Rentenmark die Hyperinflation überwunden.

In den ersten Nachkriegsjahren prägten Hungersnöte, Arbeitslosigkeit und Bürgerkriege die Entwicklung in Deutschland. Die Finanzierung des Weltkrieges durch Kredite und die zur Sicherung des sozialen Friedens notwendigen Staatsausgaben der Nachkriegsjahre führten 1923 in Deutschland zur Hyperinflation, die Vermögen und Ersparnisse vernichtete und mit lange nachwirkenden traumatischen Erfahrungen verbunden war.

Die Währungsreform von 1923/24 leitete den kurzen Wirtschaftsboom der Weimarer Republik ein, der in der Weltwirtschaftskrise von 1929 endete. In dieser kurzen Phase einer ökonomischen Erholung gründete Ernst Wagemann das »Institut für Konjunkturforschung« (IfK), ab 1941 »Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung«.

Ernst Wagemann

Will man die Gründungsgeschichte des DIW verstehen, muss man sich mit seinem zu Recht umstrittenen Gründer Ernst Wagemann beschäftigen. Wagemann wurde 1884 in dem chilenischen Minenort Chañarcillo als Sohn eines deutschstämmigen Kaufmanns aus Valparaíso geboren. Er verbrachte seine Kindheit in Südamerika, kam 1898 nach Deutschland, besuchte in Lüneburg das Gymnasium und legte hier 1903 das Abitur ab.⁵ In Göttingen, Berlin und Heidelberg studierte Wagemann Nationalökonomie und wurde 1907 an der Universität Heidelberg promoviert. Von 1908 bis 1910 war er Dozent am neu gegründeten »Hamburgischen Kolonialinstitut«, der ersten staatlichen Hochschule Hamburgs. Nach einer längeren Forschungsreise nach Südamerika wurde er 1914 an der Berliner Universität habilitiert, lehrte zunächst als Privatdozent, dann wurde er zum außerordentlichen Professor berufen.⁶



1916 trat Wagemann in den Staatsdienst ein, arbeitete zunächst im Kriegsernährungsamt und wechselte 1919 ins preußische Landwirtschafts- und dann ins Reichswirtschaftsministerium (RWiM). Hier war eine wichtige neue Entwicklung im Gange: Von 1919 bis 1923 verfasste das RWiM für Reichspräsident Ebert regelmäßige Berichte zur wirtschaftlichen Lage. Seit 1921 enthielten sie Konjunkturdiagnosen und -prognosen auf Basis eines Barometer-Systems, die dem RWiM als Grundlage für eine antizyklische Politik dienten (z. B. durch staatliche Aufträge und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen). Leiter dieser Berichterstattung war vermutlich Ernst Wagemann, Verfasser der Analyse wahrscheinlich der Nationalökonom Adolph Löwe (1893–1995). Hier liegen die Ursprünge des IfK.⁷

Vom RWiM aus machte Wagemann dann den entscheidenden Karriereschritt: 1923⁸ wurde er Präsident des Statistischen Reichsamtes (StRA), das er bis 1933 leitete. In dieser Funktion gründete er 1925 das »Institut für Konjunkturforschung«.⁹ 1933 wurde er Mitglied der NSDAP und sorgte während des »Dritten Reiches« dank seiner engen Kontakte zu führenden Persönlichkeiten des NS-Regimes für ein erhebliches Wachstum des IfK (Näheres im Kapitel »Forschung im Zeichen des Nationalsozialismus« weiter unten).

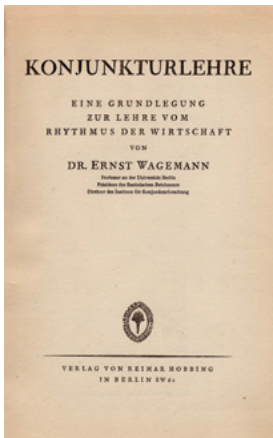
Ernst Wagemann bewegte sich als Grenzgänger und Mittler zwischen Lateinamerika und Deutschland, zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Politik, zwischen Bürgerlichkeit und NS-Ideologie. Er war ein produktiver Ökonom und Autor sowie ein ebenso umtriebiger wie machtbewusster Behördenleiter und Wissenschaftsmanager. Kritik und Anfeindungen bis hin zu Korruptionsvorwürfen begleiteten seine Karriere. Er meisterte das durch sein starkes (auch familiäres) Netzwerk in Verwaltung, Politik, Wissenschaft

»Es liegt auf der Hand, welche ungeheure Überlegenheit der Geschäftswelt eines Landes zufällt, in welchem der Produktion und der Marktgestaltung mittels eines solchen wirtschaftlichen Wetterdienstes der Weg gewiesen wird.«

Ernst Wagemann im Dezember 1924

vor dem Hauptausschuss des

Deutschen Industrie- und Handelstages



und Wirtschaft. In den letzten Jahren der Weimarer Republik war er der wohl bekannteste Ökonom Deutschlands.¹⁰

Obwohl Wagemann eine beeindruckende Liste von Veröffentlichungen hinterließ, ist er als Wirtschaftswissenschaftler heute weitgehend vergessen. Seine Interessen reichten von empirischen Untersuchungen zu weltwirtschaftlichen Themen über theoretische Arbeiten zu komplexen ökonomischen Fragen bis hin zur Geschichtsphilosophie. Wagemanns bekanntestes Werk, seine 1928 veröffentlichte »Konjunkturlehre«, erschien bereits 1930 in den USA und Großbritannien. Das Vorwort schrieb der US-amerikanische Pionier der Konjunkturforschung Wesley Clair Mitchell (1874–1948).

Die makroökonomischen Ansätze Wagemanns prägten

nicht zuletzt die »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung« (VGR) und Konjunkturforschung, wie sie in den 1920er-Jahren unter seiner Leitung im Statistischen Reichsamt und im Institut für Konjunkturforschung entwickelt wurden.¹¹

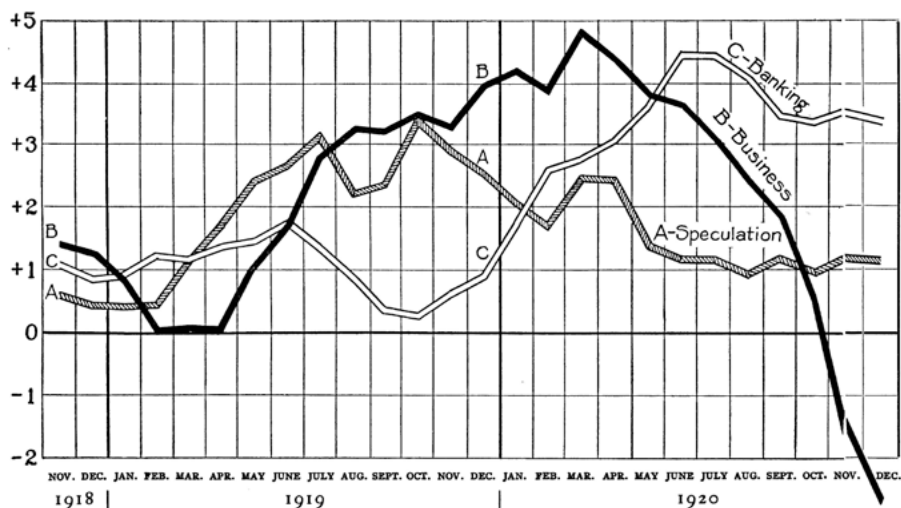
Noch vor Kriegsende gab der schwer NS-belastete Wagemann sein Amt als DIW-Präsident auf und lebte ab 1945 als »Privatgelehrter« in Clausthal-Zellerfeld im Harz. Trotz seines starken Engagements für den Nationalsozialismus wurde er 1948 in einem eher zweifelhaften »Entnazifizierungsverfahren« entlastet und emigrierte in sein Geburtsland Chile. Hier gründete er das »Instituto de Economía« und lehrte von 1949 bis 1953 als Professor an der Universität in Santiago de Chile. Anschließend kehrte er nach Deutschland zurück und starb 1956 in Bad Godesberg.¹²

Gründung und Aufbau des Institutes für Konjunkturforschung

Angesichts starker zyklischer Konjunkturschwankungen und wiederkehrender Wirtschaftskrisen versuchte die staatliche Wirtschaftspolitik, die ökonomischen Entwicklungen zu steuern, um Krisen zu vermeiden. Dazu benötigte sie belastbare Wirtschaftsdaten und eine leistungsfähige Statistik. Um diese zu gewinnen, wurde Ende 1918 das eher behäbige »Kaiserliche Statistische Amt« in das sehr viel leistungsfähigere »Statistische Reichsamtsamt« umgewandelt, das dem ebenfalls neu gegründeten Reichswirtschaftsministerium (RWiM) unterstellt war.¹³

Die 1925 folgende Gründung des »Institutes für Konjunkturforschung« war Teil einer globalen Entwicklung: Schon 1913 hatte der erwähnte Konjunkturforscher Wesley Clair Mitchell mit den »Business Cycles« ein wegweisendes Werk veröffentlicht. 1919 entwickelte Warren M. Persons (1878–1937) an der Harvard University das »Harvard-Barometer«, das die Entwicklung der US-Wirtschaft dokumentieren und Konjunkturprognosen ermöglichen sollte. Dies war der Startschuss für die moderne empirische Konjunkturforschung. Die alte »Krisentheorie«, die in wirtschaftlichen Störungen vermeidbare Krankheitssymptome einer an sich gesunden Wirtschaft sah, wich dem wissenschaftlichen Blick auf ökonomische Zyklen eines beständigen Auf und Ab, die man eher mit meteorologischen Phänomenen verglich.¹⁴

Diese innovativen Ansätze strahlten auch auf die europäische Wirtschaftswissenschaft aus, die in den 1920er-Jahren den Anschluss an die empirische Konjunkturanalyse verloren hatte: »Spekulative Theorien ersetzen problembezogene, theoriegeleitete empirische Detailforschung.« (Tooze)¹⁵ In Deutschland gehörte Ernst Wagemann zu den innovativen neuen Leuten. Er wollte sich aber nicht mit der Ermittlung ökonomischer Daten zufriedengeben, sondern diese interpretieren und Prognosen ermöglichen: Seit 1923 baute er das Statistische Reichsamtsamt mit atemberaubender Geschwindigkeit aus und gründete bereits im Frühjahr 1924 zwei Konjunkturreferate.¹⁶



Um die Konjunktorentwicklung zu analysieren, nahm das Harvard-Barometer den Effekten-, Waren- und Geldmarkt in den Blick.

Wagemann erkannte allerdings bald, dass die von ihm geplante autonome Forschung unter dem Dach einer staatlichen Behörde nur schwer umzusetzen war. Daher entwickelte er den Plan eines weitgehend selbstständigen Konjunkturforschungsinstitutes. Ende 1924 machte er seine Idee dem Deutschen Industrie- und Handelstag schmackhaft: Es sei offensichtlich, »welche ungeheure Überlegenheit« die »Geschäftswelt eines Landes« erhalte, »in welchem der Produktion und der Marktgestaltung mittels eines solchen wirtschaftlichen Wetterdienstes der Weg gewiesen« werde.

Tatsächlich gewann Wagemann zahlreiche Unterstützer, sodass sein »Institut für Konjunkturforschung« (IfK) am 16. Juli 1925 im Statistischen Reichsamt (StRA) am Berliner Lützowufer gegründet werden konnte.¹⁷ In seiner Eröffnungsrede betonte Wagemann, dass das Institut als Koordinationsstelle für die Konjunkturforschung in Deutschland dienen möge und den wissbegierigen staatlichen Behörden als autoritative Anlaufstelle. Es sollte die deutsche Forschung in die internationale wissenschaftliche Gemeinschaft einbinden.¹⁸

Das IfK entstand als unselbstständiges Zweckvermögen, das zwar über Einnahmen, aber über keine Rechtsfähigkeit verfügte. Der Direktor des Institutes war zugleich Leiter des StRA. Bis 1945 war Ernst Wagemann die beherrschende Figur des IfK. Als Aufsichtsgremium gab es ein Kuratorium, in dem die wichtigsten Geldgeber vertreten waren. Mit seiner breiten Aufstellung – Vertreter von Staat, Wirtschaft, Industrieverbänden und Gewerkschaften – gewährleistete das Kuratorium bis 1933 die wissenschaftliche Freiheit des IfK.¹⁹ Als außeruniversitäres Wirtschaftsforschungsinstitut, das von einer breiten gesellschaftlichen Allianz getragen wurde, war das IfK einmalig in Deutschland.²⁰

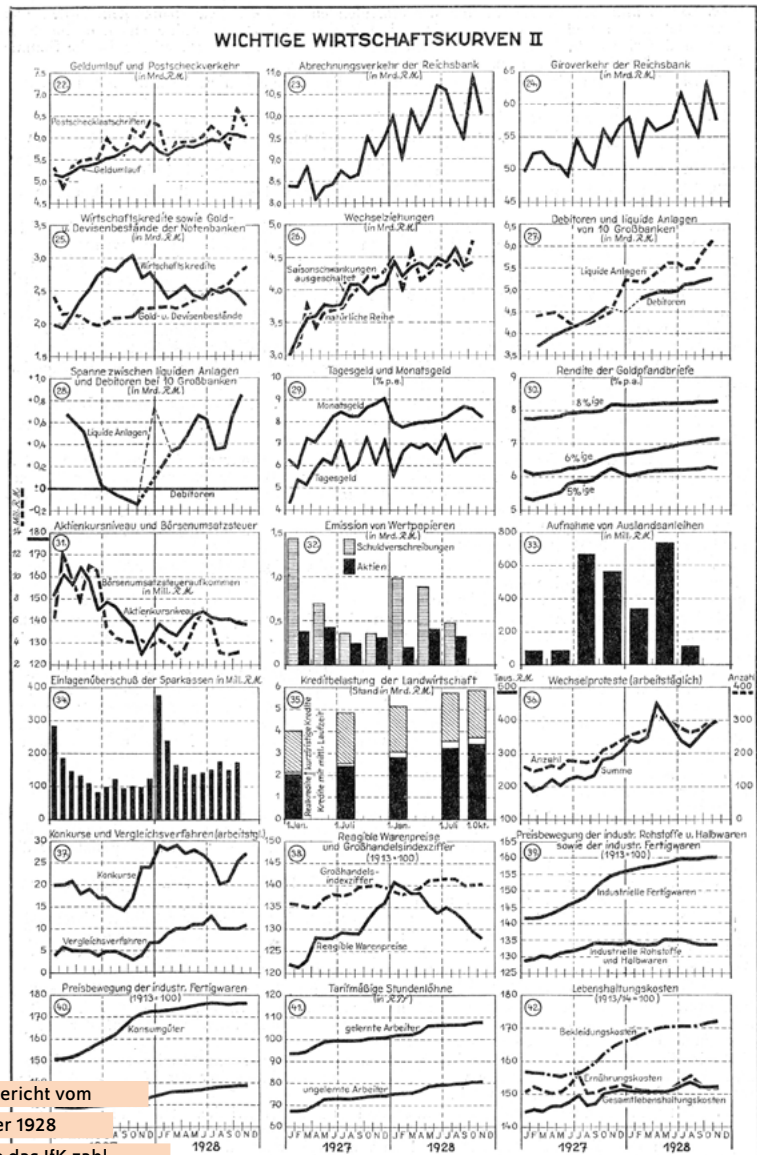


Von 1928 bis 1933 war das Institut für Konjunkturforschung (IfK) im »Haus Cumberland« am Kurfürstendamm untergebracht.

1928 bezog das Reichswirtschaftsministerium samt StRA und IfK neue Räume im »Haus Cumberland« am Kurfürstendamm 193/194. Während das StRA 1926 mehr als 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigte, arbeiteten im kleinen IfK lediglich zwölf Personen. 1928 stieg ihre Zahl auf immerhin 50 und war bis 1933 konstant. Mit der Abgrenzung der beiden Einrichtungen nahm es Wagemann nicht sehr genau, ja, er beförderte die enge Verflechtung: Für seine Arbeit konnte das IfK nicht nur auf das Datenmaterial des Reichsamtes zugreifen, sondern auch auf dessen Personal,²¹ was durchaus zu Kritik an den immer mächtiger werdenden Wissenschaftlern gegenüber den reinen Statistikern des StRA führte.²²

Ernst Wagemann trieb die Entwicklung des IfK energisch voran und gründete bereits im Frühjahr 1926 in Essen die »Abteilung Westen«, die das wichtige rheinisch-westfälische Industriegebiet beobachten sollte. Finanziert wurde diese regionale Konjunkturforschung von der Stadt Essen, dem Essener Bergbau-Verein²³ und der IHK. Die Leitung der IfK-Außenstelle übernahm der Jurist und Nationalökonom Walther Däbritz (1881–1961). Er startete 1926 mit drei Mitarbeitenden und baute die Außenstelle bald auf zehn Personen aus.²⁴

Da das neue Institut für Konjunkturforschung sofort interessante Forschungsergebnisse publizierte, erlangte es auch schnell große Aufmerksamkeit. Bereits 1926 erschien »Die weltwirtschaftliche Lage Ende 1925«. Ab 1926 boten die »Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung« eine ganz neue Verbindung von Text, Grafik und statistischen Übersichten. Ab 1927 kamen thematische Sonderhefte hinzu. Am 4. April 1928 starteten dann die bald viel gelesenen »Wochenberichte« mit der Konjunkturberichterstattung gemäß dem Harvard-Barometer.²⁵



Wie oben erwähnt wollte das IfK mit seiner empirischen und zugleich theoretisch orientierten Konjunkturforschung nicht nur diagnostizieren, sondern der Wirtschaftspolitik auch ein Instrumentarium zur antizyklischen Wirtschaftssteuerung an die Hand geben. Das wurde allerdings von der Politik kaum angenommen: Das IfK und ähnliche Einrichtungen wie die »Frankfurter Gesellschaft für Konjunkturforschung« publizierten zwar weitreichende Fachpublikationen, konnten aber während der Weimarer Republik kaum Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen – für eine evidenzbasierte Politikberatung war die Zeit noch nicht reif.²⁶

Empirie, Theorie und Programm

Mit dem schon erwähnten »Harvard-Barometer« beobachteten und dokumentierten US-Ökonomen die aktuelle Wirtschaftslage im Kontext ihrer Entwicklung: Effekten-, Waren- und Geldmarkt galten als vorausseilende, zeitgleiche bzw. nachfolgende Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung. Dabei differenzierten die Wissenschaftler*innen zwischen Konjunktur, saisonalem Einfluss und langfristigem Trend. 1925 war sowohl der empirische wie theoretische Ansatz des Harvard-Barometers »State of the Art« zur Erfassung ökonomischer Zyklen und damit ein wichtiger Anstoß zur Gründung des IfK.

Gleichwohl stellte das IfK die Leistungsfähigkeit des Barometers früh in Frage.²⁷ Bereits 1926 bezweifelte Wagemann die Prognosefähigkeit des Harvard-Barometers. 1928 warnte er eindringlich davor, aus einer begrenzten »Symptomatik« weitreichende Schlüsse zu ziehen und voreilig Zusammenhänge und Kausalitäten zu konstatieren. Er kündigte eine Vertiefung der empirischen Forschung an, um Schritt für Schritt zu einer »Funktionaltheorie« zu gelangen. Tatsächlich versagte das Harvard-Barometer 1929 komplett bei der Vorhersage der Weltwirtschaftskrise und war damit entzaubert.

Ohnehin war das IfK in den 1920er-Jahren in einen sehr viel breiteren wissenschaftlichen Kontext eingebettet: Neben den Einflüssen aus den USA spielten die »Historische Schule der Nationalökonomie« (z. B. Gustav von Schmoller) und die »Österreichische Schule der Nationalökonomie« (um Carl Menger) eine wichtige Rolle. Aus diesen drei Wurzeln entstand eine eigenständige wissenschaftliche Beschäftigung mit Konjunkturzyklen, um diese nicht nur empirisch zu beschreiben, sondern auch theoretisch einzuordnen.²⁸

Den Mitarbeitenden des IfK gelang es vor 1933 besser als anderen Einrichtungen, die wissenschaftliche Arbeit mit vielfältigen Datenreihen abzusichern. So entwickelten sich Empirie und Theorie gemeinsam weiter. Zugleich bemühte sich die IfK-Konjunkturforschung zunehmend um einen makroökonomischen Ansatz, der die Wirtschaft geprägt sah von Kreislaufprozessen, Interdependenzen und Instabilität.²⁹ Letztlich wollte das IfK über Theoriebildung zu Prognosen gelangen – als Grundlage für eine Steuerung der Wirtschaft.³⁰

*Fachlehrer ist es durch eine Doktor - Schrift ausgewiesen,
die im Druck ist und über die Marx'sche Wert - Theorie handelt.
Ich bitte Sie sehr, sich dem jungen Mann anzusehen.*

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Ihr ergebener

A. Einstein

Albert Einstein empfahl
im März 1926 einen
jungen Wissenschaftler an
Ernst Wagemann.

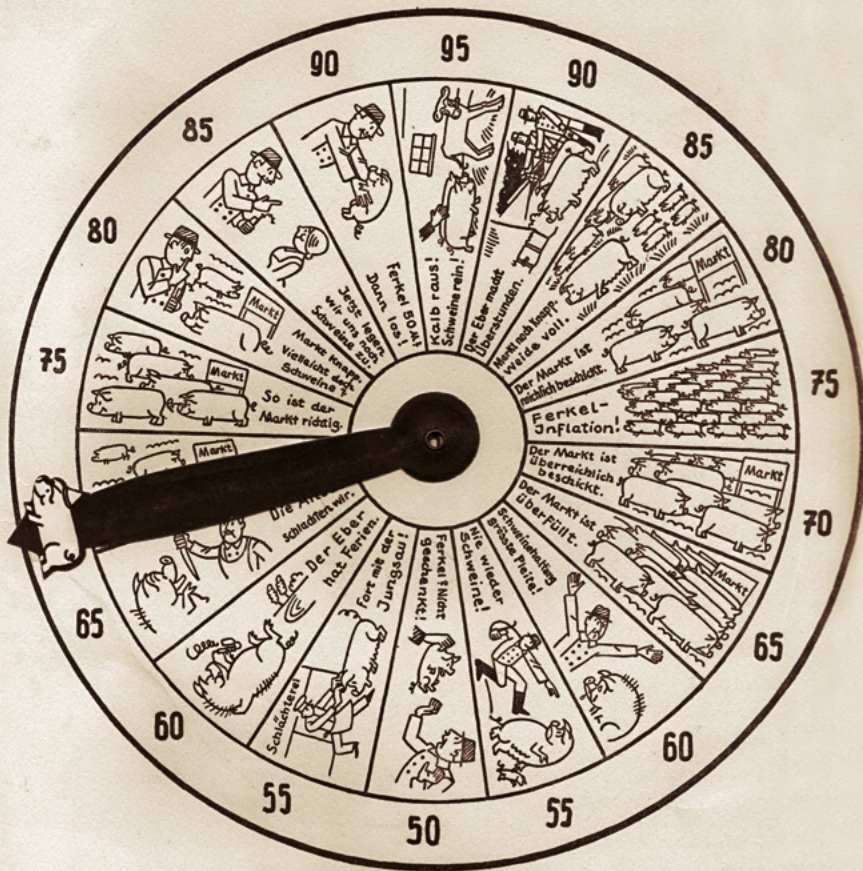
Natürlich hatte der Ansatz des IfK auch zahlreiche Gegner und Konkurrenten: Der Bonner Ökonom Arthur Spiethoff (1873–1957) hatte wie Wagemann seine Wurzeln in der empirisch ausgerichteten Historischen Schule. Im Gegensatz zur »theorielosen« Konjunkturforschung des IfK vertrat er aber eine »angewandte«, warentwirtschaftliche Konjunkturtheorie³¹, die im Eisenverbrauch den zentralen Indikator der ökonomischen Entwicklung sah. Auch das 1927 gegründete »Österreichische Institut für Konjunkturforschung« (ÖIfK) bildete einen wichtigen Gegenpol zum IfK: Unter Leitung von Friedrich von Hayek (1899–1992) und Oskar Morgenstern (1902–1977) verfolgte es mit einer schematisch-monetären Konjunkturtheorie einen deduktiven Ansatz von der Theorie zur Empirie.

Das IfK beschritt hingegen einen ganz eigenen Weg und konnte mit seinem induktiven Vorgehen (von der Empirie zur Theorie) die wirtschaftliche Entwicklung zwischen 1925 und 1933 mit weniger Schätzfehlern präziser nachzeichnen und prognostizieren als die Konkurrenten in Bonn und Wien.³²

Über die Konjunkturforschung hinaus beschäftigte sich das IfK von Anfang an mit dem gesamten Wirtschaftsleben: Es publizierte Arbeiten zu Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen, hinzu kam Regionalforschung. Zudem widmeten sich die Mitarbeitenden der Weltwirtschaft und methodischen und theoretischen Fragen. Die oft innovativen Ergebnisse wurden in den Sonderpublikationen der Vierteljahrshefte veröffentlicht.³³

Bereits die zweite Nummer der IfK-Sonderhefte präsentierte 1927 die Doktorarbeit »Die Prognose der Schweinepreise«, die den bis heute berühmten »Schweinezyklus« beschreibt: Der Agrarwissenschaftler Arthur Hanau (1902–1985) analysierte die zyklischen Preis-Mengen-Schwankungen beim Schweinefleisch. Er konnte zeigen, wie hohe Fleischpreise Investitionen anregen, die zu einem Überangebot führen. Dieses verursachte wiederum einen Preisverfall, der zu einer Reduzierung der Schweinezucht führte, was die Preise wiederum steigen ließ. Dieser von Zeitverzögerungen bestimmte Kreislauf ließ sich als ökonometrisches Modell auch auf andere Phänomene übertragen. Fast 100 Jahre später wird dieses Modell immer noch in Lehrbüchern verwendet, weil es den Kreislauf aus Überangebot,

Der Schweinepreiszirkus



Eine Illustration Hermann Abekings
(1882–1939) aus der 1930 von Fritz
Baade (1893–1974) veröffentlichten
»Schweinefibel«

Preisverfall, Nachfrageüberhang, Preisanstieg und erneutem Überangebot anschaulich erklärt. Die komplexe Preisbildung in einem durch Subventionen sowie Marktkonzentration geprägten europäischen Fleischmarkt kann dieses recht einfache Modell heute allerdings nicht erklären.

Andere konjunkturtheoretische Pionierleistungen waren 1928 die Arbeit von Otto Donner (1902–1981, er arbeitete 1925–33 am IfK) über »Saisonschwankungen als Problem der Konjunkturforschung« und 1931 die des Mathematikers Paul Lorenz (1887–1973): »Der Trend: ein Beitrag zur Methode seiner Berechnung und seiner Auswertung für die Untersuchung von Wirtschaftskurven und sonstigen Zeitreihen.«

Das Institut für Konjunkturforschung und die Weltwirtschaftskrise

Der New Yorker Börsencrash vom 24. Oktober 1929 läutete spektakulär die (schon vorher angelaufene) Weltwirtschaftskrise ein.

Die Spekulationsblase platzte, die Aktienkurse fielen und auch die Realwirtschaft erlebte verheerende Einbrüche. Um die eigene Wirtschaft zu schützen, setzten die USA und Europa zunehmend auf Protektionismus, wodurch das Welthandelsvolumen um 25 Prozent fiel. Auch der deutsche Export sank drastisch und damit die Industrieproduktion. Zwischen 1929 und 1933 stieg die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland von 1,3 auf über 6 Millionen.

Eine zweite dramatische Phase der Weltwirtschaftskrise, die »Bankenkrise«, begann im Sommer 1931, als der Zusammenbruch des größten europäischen Wollkonzerns »Nordwolle« die kreditgebende Danat-Bank und die Dresdner Bank in massive Schwierigkeiten brachte. Die Danat-Bank wurde schließlich liquidiert, die zahlungsunfähige Dresdner Bank – wie faktisch alle großen Geschäftsbanken – vom Reich refinanziert und damit praktisch verstaatlicht. Kaum ein Land der Welt war von der Weltwirtschaftskrise so betroffen wie Deutschland, das Reparationszahlungen und den Wirtschaftsaufschwung der 1920er-Jahre stark mit kurzfristigen US-amerikanischen Krediten finanziert hatte, die nun abgezogen wurden.

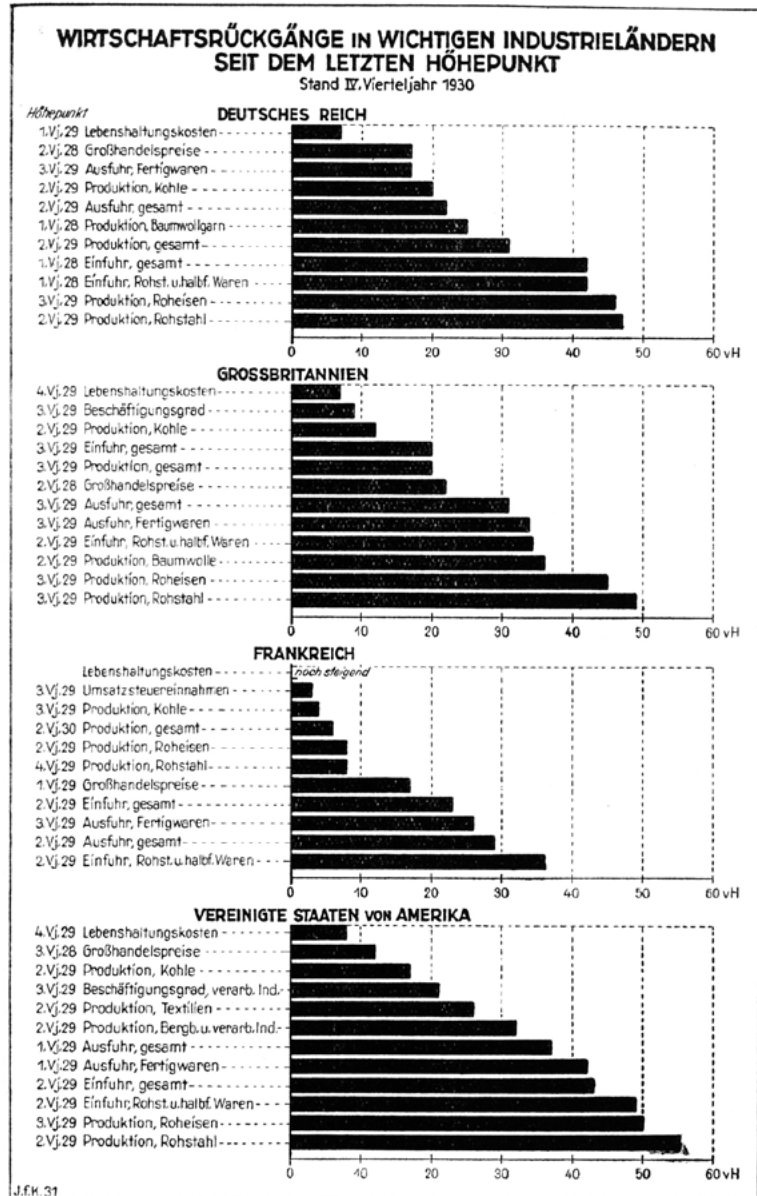
Entgegen manchen Behauptungen diagnostizierte das IfK frühzeitig und präziser als andere eine globale Wirtschaftskrise, die sich grundlegend von den üblichen Konjunkturabschwüngen unterschied. Die schonungslose Berichterstattung »in Echtzeit« sorgte für Unbehagen bei der Reichsregierung, die gerne eine positivere Sicht auf die Situation veröffentlicht hätte.³⁴

Das IfK – selbst von harten Sparmaßnahmen der Regierung betroffen – unterstützte zunächst die umstrittene Spar- und Deflationspolitik von Kanzler Heinrich Brüning (1885–1970), der durch sinkende Preise und Löhne Deutschland international wieder wettbewerbsfähig machen wollte, damit aber die Krise nur verschärfte.

Nach der »Bankenkrise« änderte das IfK seinen Kurs: Wagemann, seine Mitarbeitenden und externe Fachleute erarbeiteten einen Maßnahmenkatalog zur Reform des Finanzmarktes, der im Januar 1932 veröffentlicht wurde. Vergänglich hatte der Reichswirtschaftsminister versucht,

1931 veröffentlichte Ernst Wagemann

»Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft« und ging in dem Werk auch auf die gerade beginnende Weltwirtschaftskrise ein.



Wagemann von einer Veröffentlichung abzuhalten. Dieser erklärte sich dazu bereit, vorab klarzustellen, dass »es sich bei seinem Plan lediglich um eine Privatarbeit handelt, an der die Reichsregierung nicht beteiligt sei«.³⁵

Der »Wagemann-Plan« unterzog die offizielle Deflationspolitik der Reichsregierung einer scharfen Kritik, da sie zur Wertvernichtung der Produkte in Industrie und Landwirtschaft führe.³⁶ Er forderte eine Ausweitung des Geldvolumens (u. a. durch eine Lockerung der Deckungsvorschriften) und eine Bekämpfung der Krise durch Kreditausweitung. Im August 1932 regten Wagemann und sein Team sogar eine aktive, die Konjunktur ankurbelnde Wirtschaftspolitik an.³⁷

Der hochtechnische und seinerzeit zukunftsweisende Plan (er forderte z. B. eine Regulierung der Buchgeldschöpfung und der Fristentransformation) war für Laien kaum verständlich. Zudem gab es noch radikalere Gegenvorschläge zur Brüning'schen Wirtschaftspolitik. Dennoch erregten Wagemanns Reformpläne³⁸ größte Aufmerksamkeit und Aufregung in der Reichsregierung, weil sich hier ein prominenter hoher Reichsbeamter gegen die Regierung positionierte. Zudem weckte die Forderung nach einer Ausweitung des Geldvolumens geradezu traumatische Erinnerungen an die Hyperinflation.³⁹

Der »Wagemann-Plan« stieß daher auf starken Widerstand und wurde als »anarchistisches Inflationsprogramm« und »vorübergehende Geldanarchie« gebrandmarkt.⁴⁰ Reichsbank und Regierung distanzieren sich, viele Stimmen aus Wirtschaft und Wissenschaft positionierten sich gegen Wagemann, zudem wurden die finanziellen Mittel des IfK in der Folge nochmals gekürzt. Adolf Hitler fand den Plan angeblich richtig.

Als Wagemann 1932, über den Kopf des Wirtschaftsministers hinweg, Reichskanzler Brüning vorschlug, StRA und IfK direkt als Stabsabteilung an die Reichskanzlei anzugliedern, um so das IfK als zentrale Instanz der Wirtschaftspolitik zu etablieren, machte er sich im RWiM weitere Feinde.⁴¹

In dieser Zeit seines Konflikts mit Reichsregierung, Wirtschaft und Wissenschaft näherte sich Wagemann dem Nationalsozialismus an: Zur Umsetzung seiner wirtschaftspolitischen Ideen setzte er nun zunehmend auf einen autoritären nationalistischen Unrechtsstaat.⁴²





Juli 1931: Nach dem Zusammenbruch der Danat-Bank drängten sich Bankkund*innen, die sich um ihre Einlagen sorgten, vor dem Postscheckamt Berlin.

Wagemann und die »Machtergreifung«

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg den Vorsitzenden der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) Adolf Hitler zum neuen Reichskanzler. Zusammen mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) bildeten die Nationalsozialisten eine Regierung und übernahmen in den nächsten Monaten mit Gesetzen ebenso wie mit Terror die komplette Kontrolle über das Reich.

Die neuen Verhältnisse zeigten, dass der umtriebige, machtbewusste und nicht immer paragafentreue Wagemann neben zweifelhaften neuen Förderern auch zahlreiche Feinde hatte: So wagten sich nun NS-nahe Mitarbeitende des StRA aus der Deckung und beschuldigten ihren Präsidenten der Inkompetenz und Korruption, des Marxismus und der Freundschaft mit Juden. Auf der Suche nach Unterstützung wandte sich Wagemann in mehreren persönlichen Schreiben an Hitler und empfahl sich als treuer Vertreter nationalsozialistischer Ideen, woraufhin die Reichskanzlei eine Untersuchung der Vorwürfe gegen ihn verlangte.⁴³

Zunächst aber setzten sich Wagemanns mächtige Gegner in Politik und Wirtschaft durch, die ihm seine Vorschläge für eine Kreditreform von 1932 nicht verziehen hatten:⁴⁴ Reichswirtschaftsminister Alfred Hugenberg (1865–1951), demokratiefeindlicher Großunternehmer und DNVP-Vorsitzender, entließ⁴⁵ im März 1933 Wagemann als Präsidenten des Statistischen Reichsamtes und damit auch des IfK. Dieses geriet mit dem Sturz seines Leiters in eine existenzielle Krise.⁴⁶

Mit der Machtausweitung der NSDAP verlor die DNVP allerdings rasant an Macht, sodass Hugenberg im Juni 1933 zurücktrat; seine Partei löste sich auf. Wagemann ergriff nun seine Chance, mit Unterstützung der NSDAP wieder auf seinen Posten zurückzukehren: Erst trat er im Mai 1933 von seinem Posten als Reichswahlleiter zurück und in die NSDAP ein (später auch in die SA) und er erhielt eine Audienz bei Hitlers Stellvertreter Rudolf Hess. Wagemann erreichte sein Ziel: Das inzwischen weitgehend »gleichgeschaltete« Kuratorium des IfK mit einer starken »Deutschen Arbeitsfront« (DAF) wählte ihn (gegen das Votum des RWiM) am 17. Juni 1933 erneut zum Direktor.

Präsident Wagemann beurlaubt - Strenge Untersuchung durch einen Sonderkommissar

Am 12. März wurde mitgeteilt:
 „Reichswirtschaftskomitee Dr. Eugen Berg hat dem
 Präsidenten des Stadtkreis Reichswirtschaftskomitees
 Prof. Dr. Wagemann und seinen hiesigen Stell-
 vertreter Direktor Dr. Wollmann Kette beauftragt.
 Die Vertretung des Reichswirtschaftskomitees hat den
 hiesigen Direktor übernommen. Der Reichswirtschaftskomitee hat
 einen Sonderausschuss für Regional- und Organisationsangelegenheiten des
 Reichswirtschaftskomitees.“

die Faktoren der letzten Tagen eine sehr wichtige Tätigkeit auszuüben. So ist beispielsweise in diesen Kreisen der Plan entstanden, die eine noch vorhandene Teile der bekannten nützlichen und logisch-konstruktiven Partei unter einem bestimmten Namen zusammenzufassen und so in alle Fälle einen einheitlichen Kampf gegen die Regierung zu organisieren. Daß diese Tätigkeit gerade im Sozialistischen Arbeitskreis entzweit werden konnte, liegt daran, daß nach dieser die schwächste Personalschicht getrennt werden ist.

Der Reichswirtschaftsrathsinfluencer Dr. Eugen Rosenberg hat neuerdings den akademischsten Keiler des Amtes, Professor Dr. Bogemann, beauftragt, die Kettebenen marxistischen Angelegten fälsche ihrer Ketteen empoßen und eine strenge Unterstuchung angestrich, die von dem oben erwähnten Sonderkommissar, einem hohen Beamten des Reichswirtschaftsrathsinfluens, durchgeführt wird.

Statistischen Reichsamts und des IfK.

**Zu- oder Abnahme der Zahl der „regulär“ und „zusätzlich“
Beschäftigten in den Monaten Juni und Juli
1925-1936; in 1 000**

Jahr	Zu- (+) oder Abnahme (—)	Jahr	Zu- (+) oder Abnahme (—)
1925.....	— 110	1931.....	— 170
1926.....	+ 70	1932.....	+ 30
1927.....	+ 300	1933.....	+ 260
1928.....	— 90	1934.....	— 20
1929.....	+ 10	1935.....	+ 240
1930.....	— 320	1936.....	+ 320

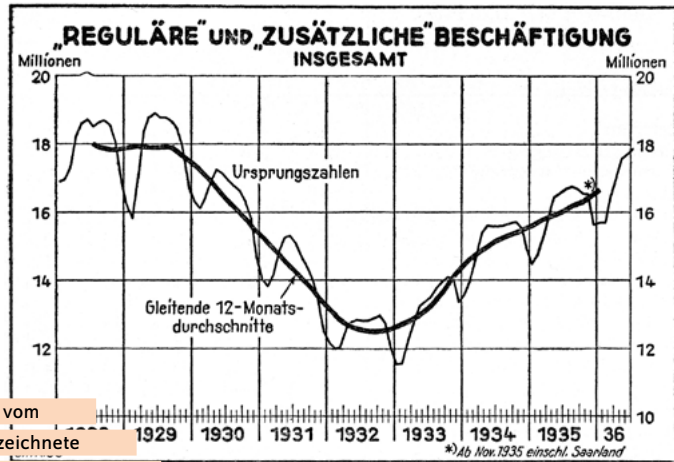
Geld her?« dem NS-Regime eine grundsätzliche Geld- und Finanzpolitik, was Zeitgenossen damals schon bezweifelten.⁵⁰ Auch wenn sich vor 1933 sowie nach 1945 in Wagemanns erhaltenen Werken keine völkischen Ideen oder nationalsozialistisches Denken finden, bekannte sich Wagemann seit 1933 zum NS-Regime und unterstützte damit dessen verbrecherischen Ziele.

Gleichschaltung und Nazifizierung der Belegschaft

Seit 1933 betrieben die Nationalsozialisten eine rücksichtslose »Gleichschaltung« von Staat und Gesellschaft. Das Kuratorium des IfK übernahmen nun die linientreuen Arbeitnehmer und Arbeitgeber der DAF sowie NS-nahe Unternehmen wie die I.G. Farben. Freiräume der ersten Jahre endeten spätestens mit Kriegsbeginn.⁵¹

An der Spitze des Institutes stand Wagemann zusammen mit den drei Direktoren Josef Feilen (wissenschaftlicher Direktor), Rudolf Pusch (Verwaltungsdirektor) und Adolf Vogel (ohne besondere Funktion). Die Forschungsabteilungen deckten eine breite Themenpalette ab: von der inländischen Konjunktur über den Finanzmarkt bis zur Landwirtschaft.⁵² Dank der guten Kontakte Wagemanns zu den neuen Machthabern erlebte das Institut für Konjunkturforschung in den 1930er-Jahren einen erheblichen Aufschwung: Das Budget wuchs und die Zahl der Berliner Mitarbeitenden stieg bis 1939 auf 115.⁵³

Man kann davon ausgehen, dass auch zahlreiche Menschen jüdischer Abstammung für das IfK arbeiteten, deren Situation sich nach 1933 dramatisch verschlechterte. Entsprechend dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom April 1933 konnten »Beamte nicht arischer Abstammung« entlassen werden. Auch privatrechtliche Vereine, wie es das IfK seit 1935 war, durften spätestens ab 1939 keine jüdischen Mitarbeitenden mehr beschäftigen. Im Gegenzug arbeiteten zweifellos immer mehr regimetreue Frauen und Männer im IfK, die vielfach der NSDAP oder anderen NS-Organisationen angehörten: 1945 musste der neue DIW-Präsident Ferdinand Friedensburg zwei Drittel (!) seiner Belegschaft als politisch belastet entlassen.⁵⁴



Der Wochenbericht vom
9. September 1936 zeichnete
anhand der Arbeitsmarktzahlen
ein positives Bild der wirtschaft-
lichen Entwicklung seit 1933.

NS-»Wirtschaftswunder« und Auftragsforschung

Bereits 1932 hatte Deutschland die Talsohle der Wirtschaftskrise durchschritten, sodass die Nationalsozialisten den beginnenden Aufschwung für sich reklamieren konnten – zu Unrecht zwar, aber dennoch erfolgreich. Neben strukturellen Rahmenbedingungen sorgte aber auch die NS-Politik dafür, dass Deutschland ein »Wirtschaftswunder« erlebte und sich rascher als andere Industrienationen erholte. Mit massiven, stark planwirtschaftlichen Investitionen (wie dem berühmten Autobahnbau) befeuerte sie die Wirtschaft und senkte die Arbeitslosenzahlen.

Das NS-Regime brüstete sich zwar damit, mit einer straffen Wirtschaftslenkung die schwankende »Konjunktur« überwunden zu haben – das aber war nur Propaganda: Trotz aller rücksichtslosen und tiefen Eingriffe in das Wirtschaftsleben (wie die Arisierungen oder Vorgaben zur Rüstungsproduktion) plante die NS-Wirtschaftspolitik zumindest während des Krieges nicht die völlige Abschaffung der freien Wirtschaftsordnung, sondern baute auf die Zusammenarbeit und Kooperation der Wirtschaftslenker – die diese auch willfährig lieferten. Letztes Ziel aller wirtschaftlichen Maßnahmen waren aber Aufrüstung, Massenmord und Krieg – und am Ende stand ein Zusammenbruch, der jede konjunkturelle Störung weit in den Schatten stellte.⁵⁵

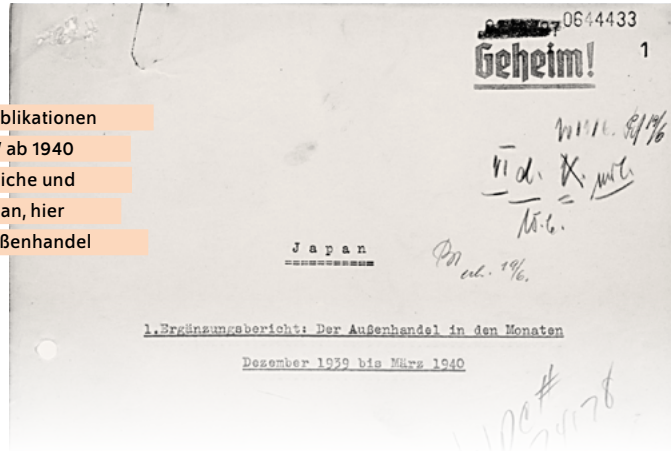
Das Interesse der Nationalsozialisten an Wagemanns Ideen ist nicht schwer zu erklären: Die Schnittmengen zwischen seiner Konjunkturtheorie mit ihren Steuerungsplänen und der staatlich-planwirtschaftlichen NS-Wirtschaftspolitik waren relativ groß. Wagemann pries seinerseits den »Gestaltungswillen des Nationalsozialismus« gegenüber dem »Defaetismus des Liberalismus«, der konjunkturelle Zyklen zuließ.

Trotzdem war die Harmonie nicht ungetrübt: Als Wagemann angesichts steigender Staatsverschuldung und sinkender privater Investitionen 1935 auf einer DAF-Tagung öffentlich vor einem bevorstehenden konjunkturellen Abschwung warnte, gerieten er, sein Institut und die Konjunkturforschung an sich ins Visier des NS-Propagandaapparates, der »das Konjunkturschema als liberalistische und mechanistische Verkennung des Primats der Politik verwarf«. In der Folge verabschiedeten sich Wagemann und sein Team vom »liberalistischen« Blick auf das Wirtschaftsleben. Zudem wurde die Zwangswirtschaft immer offensichtlicher und damit erledigte sich die Idee einer »Konjunktur« fast von selbst.⁵⁶

Mit seinem breiten Forschungsspektrum blieb das IfK auch nach 1933 das führende deutsche Wirtschaftsforschungsinstitut. Eine wichtige Veränderung des Jahres 1933 lag aber in der Finanzierung, denn mit den Auftragsarbeiten erschloss sich das IfK neue Arbeitsfelder und neue Finanzierungsquellen. Da mit dem Ausbau der staatlichen Wirtschaftslenkung auch der Bedarf an empirischer Wirtschaftsforschung stieg, herrschte kein Mangel an lukrativen Aufträgen. Das erklärt das enorme Wachstum des Institutes in der NS-Zeit. Bereits zuvor hatte das IfK für staatliche Stellen gearbeitet, aber seit 1936, als die Nationalsozialisten die restlose Kontrolle von Staat und Gesellschaft verfolgten und die Wirtschaft radikal auf einen Krieg ausrichteten, intensivierte sich diese Tätigkeit. Ab 1939 dominierten die Aufträge des NS-Regimes die Institutsaktivit ten.

Während die Konjunkturberichterstattung wie erwähnt in den Hintergrund trat, untersuchte das IfK in den 1930er-Jahren Arbeitsmarkt und öffentliche Finanzen, Außenhandel und Devisen. Mit Blick auf den geplanten Krieg ging es bald immer mehr um Rüstungswirtschaft, Rohstoffbeschaffung, Lebensmittelversorgung. Das IfK untersuchte die potenziellen Gegner Deutschlands und analysierte deren Lebensmittel-, Rohstoff- und Energieversorgung sowie die Kapazitäten der Rüstungsindustrie. Zudem beschäftigte sich das Institut mit der Kriegsf higkeit und der »industriellen Mobilmachung« Deutschlands. Dabei ging es auch um die Rekrutierung von Arbeitskräften, Logistik und Kriegsfinanzierung. Die Auftragsarbeiten des IfK verdeutlichen dessen Engagement für den NS-Staat, das sowohl von Eigeninitiative (Selbstmobilisierung⁵⁷) als auch vom Druck des Regimes bestimmt wurde.⁵⁸

Statt öffentlicher Publikationen
fertigte das IfK/DIW ab 1940
zunehmend vertrauliche und
geheime Gutachten an, hier
zum japanischen Außenhandel
1939/40.



Nach dem Anschluss Österreichs, des Sudetenlandes und der »Resttschechei« 1938/39 erforschte das IfK intensiv die dortigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Und auch die Essener Abteilung schaltete von der Regional- auf die »Raumforschung« um, und beschäftigte sich u. a. mit den potenziellen Eroberungsgebieten im Westen. Der Krieg kündigte sich an.⁵⁹

Obwohl sich das IfK der verbrecherischen NS-Politik bereitwillig unterwarf, konnte es ein hohes fachliches Niveau halten, und Deutschland verlor in den 1930er-Jahren noch nicht den Anschluss an die internationale Wirtschaftswissenschaft. Im IfK, im StRA und in anderen Einrichtungen wurden – wie in anderen Industrieländern – die noch in den Kinderschuhen steckende Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR), die Kreislauftheorie und die Verflechtungsanalyse weiterentwickelt: wissenschaftliche Ansätze, die für ganz unterschiedliche politische Ziele genutzt werden konnten.⁶⁰

Expansion im Krieg: Forschung für ein verbrecherisches Regime

Im Zuständigkeitschaos des NS-Systems blieb die Ausrichtung der deutschen Wirtschaft auf den Krieg zunächst wenig effizient. 1940 reorganisierte das NS-Regime die Planungen: Unter den Ministern Fritz Todt (1891–1942) und Albert Speer (1905–1981) wurde versucht, die Rüstungswirtschaft effizienter zu machen. Tatsächlich gelang trotz widriger Umstände eine deutliche Produktionssteigerung.⁶¹

Statistisches Reichsamt, Wirtschaftsforschungsinstitute und akademische Nationalökonomie leisteten ebenfalls ihren Beitrag zum verbrecherischen Krieg. Wissenschaftliche Rationalität und NS-Ideologie verbanden sich, um die Wirtschaft möglichst effizient auf den Krieg auszurichten und die eroberten Gebiete auszubeuten. Dabei kam ein wissenschaftliches, rationales, ökonomisches und statistisches Instrumentarium zum Einsatz, das nicht dem Gemeinwohl diente, sondern die Politik einer menschenverachtenden Ideologie unterstützte. Die »Modernität« der Mittel machte das NS-Regime so gefährlich.⁶²

Dank der engen Kooperation mit dem NS-Regime expandierte das IfK ab 1939 noch stärker als zuvor: Die Zahl der Mitarbeitenden in Berlin stieg von 131 (1940) auf 186 (1942). Die Einnahmen aus der Auftragsforschung stiegen von 995.000 Reichsmark (1939/40) auf fast 1.600.000 Reichsmark (1944/45).⁶³

Da sich das Thema »Konjunkturforschung« durch die NS-Zwangswirtschaft erledigt zu haben schien und um die »nationale Bedeutung« des Institutes zu betonen, wurde das IfK am 18. Juni 1941 in »Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung« umbenannt. Damit folgte man auch in einem weltweiten Trend – der Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften von der Konjunkturforschung zu einer umfassenderen Analyse der Wirtschaft.

Die 23 Mitglieder des Kuratoriums repräsentierten weiterhin staatliche und öffentlich-rechtliche Einrichtungen, Verbände und Unternehmen, die vielfach auch als Auftraggeber agierten. Hinzu kamen Goebbels' Propagandaministerium und die NSDAP-Parteikanzlei.⁶⁴

Im Gleichschritt mit der Eroberung Europas gründete das IfK ab Ende der 1930er-Jahre ein Netz von Zweigstellen. Sie sollten ihren Beitrag zur nationalsozialistischen »Großraumpolitik« leisten, d.h. vor allem die Ausbeutung der eroberten Gebiete unterstützen. Neben den Instituten im alten Reichsgebiet (Breslau, München, Braunschweig, Danzig, Halle, Magdeburg und Hamburg) entstand ein Institut in Reichenberg im 1938 annektierten Sudetenland und eines in Kattowitz im 1939 eroberten Ostoberschlesien⁶⁵, hinzu kamen Zweigstellen in Hauptstädten besetzter Länder (Paris, Prag, Amsterdam). Zusätzlich übernahm das IfK 1938 die Kontrolle über das »Österreichische Institut für Konjunkturforschung« (nun »Wiener Institut für Wirtschafts- und Konjunkturforschung«).

Formaljuristisch waren diese Zweigstellen zwar unabhängig von Berlin, aber Wagemann fungierte überall als Präsident und meist auch als Leiter von Kuratorium und Verwaltungsausschuss. Um allen Zweigstellen denselben juristischen Status zu geben, wurde 1943 die »Abteilung Westen« des DIW in Essen in das »Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung« (RWI) umgestaltet.⁶⁶

Während des Krieges konzentrierte das DIW seine Arbeit zunehmend auf Forschungen für die nationalsozialistische Eroberungs-, Unterdrückungs- und Vernichtungspolitik und auf kriegs- und rüstungswirtschaftliche Fragen. Anstelle öffentlicher Publikationen produzierte das IfK/DIW ab 1940 zunehmend vertrauliche und geheime Gutachten für staatliche Stellen oder die Wehrmacht. Die Palette dieser Arbeiten umfasste gemäß der Institutsklassifizierung 14 Bereiche von Industrie über Arbeitseinsatz, Verbrauch, Finanzen, Handel, Ernährung, Verkehr und Russlandforschung bis hin zur Filmforschung.⁶⁷

Das IfK/DIW war aktiv handelnder Teil des politisch-wirtschaftlich-wissenschaftlichen Apparates und hat an der Umsetzung der Aufträge des Regimes mitgearbeitet. In welchem Umfang das IfK/DIW direkt an Verbrechen des NS-Regimes beteiligt war, ist noch nicht hinreichend erforscht worden.⁶⁸ Bei den für das NS-Regime erstellten Gutachten waren mit großer Wahrscheinlichkeit vor allem zwei Gebiete wichtig: Arbeitseinsatz und Ernährung.

So beschäftigte sich das IfK/DIW während des Krieges intensiv mit dem Arbeitseinsatz in Deutschland und anderen Ländern: 1940 untersuchte das IfK Möglichkeiten zur »Mobilisierung zusätzlicher Arbeitskräfte, der Verwendung der Kriegsgefangenen und der Heranziehung von Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten«.⁶⁹ Letztlich wurde das IfK/DIW damit mitverantwortlich für die Ausbeutung und Ermordung von Zwangsarbeiter*innen und KZ-Häftlingen.⁷⁰

Ernährungswirtschaftliche Fragen bildeten einen weiteren Schwerpunkt.⁷¹ In den Jahren von 1939 bis 1945 erstellte das IfK/DIW vor allem für staatliche Stellen zahlreiche kriegsrelevante Gutachten zu den landwirtschaftlichen Erträgen und zur Lebensmittelversorgung in vielen europäischen Ländern. So wurde im März 1943 auf der Jahressitzung des DIW-Kuratoriums über Auftragsarbeiten für die »Chefgruppe Landwirtschaft« im »Wirtschaftsstab Ost« berichtet. Diese Dienststelle hatte seit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 das Ziel, die Wirtschaft des besetzten Territoriums auszubeuten und sowjetische Wirtschaftsressourcen für die deutsche Kriegsführung nutzbar zu machen. Der dem Protokoll der

Kuratoriumssitzung beigefügter Bericht vermerkt zur Auftragsforschung: »Es handelt sich um die laufende Kontrolle der Agrarstatistik für die besetzten Ostgebiete, die Vorausberechnung der aus den besetzten Ostgebieten zu erwartenden Nahrungsmittellieferungen und die Prüfung der Einsatzmöglichkeiten von Schienen- und Wasserwegen für den Abtransport.« In dem von Ernst Wagemann im Juli 1944 an das Reichswirtschaftsministerium übersandten DIW-Arbeitsbericht heißt es: »Für den Wirtschaftsstab Ost wurden umfangreiche Zahlenübersichten angefertigt, die einen Überblick über die Anbauflächen, Ernteerträge und Viehbestände in der Ukraine, im Donez-Gebiet [Region Donezk] und im Reichskommissariat Ostland geben.«⁷² So trugen die Forschungsergebnisse des DIW zur Vernichtungspolitik der nationalsozialistischen Kriegsführung gegen die Sowjetunion bei. Dazu zählte der mörderische »Hungerplan« des NS-Regimes, der den Tod von Millionen Menschen in der Sowjetunion zur Folge hatte.

Zu diesen Aktivitäten liegt bisher nur eine begrenzte Anzahl von Quellen vor, nur wenige Gutachten sind überliefert; insofern kann das Ausmaß des DIW-Engagements für die verbrecherische Ostexpansion NS-Deutschlands zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht genau bestimmt werden. Zu erforschen wäre, ob sich in Archiven weitere landwirtschaftliche DIW-Gutachten erhalten haben, um was es in den Auftragsarbeiten konkret ging und in welchem Maße diese von staatlichen Stellen oder der Wehrmacht für verbrecherische Aktivitäten herangezogen wurden.⁷³

DIW-Industrieabteilung und Rüstungsplanung

Den mit Abstand wichtigsten wissenschaftlichen Input für die nationalsozialistische Wirtschafts- und Kriegsplanung verantwortete die 1938 gegründete Industrieabteilung des IfK/DIW. Das Team erstellte bereits früh erste ökonomische Verflechtungsanalysen – eine Vorform der Input-Output-Rechnung. Sein Leiter Rolf Wagenführ (1905–1975) war Volkswirt, Statistiker und nicht zuletzt Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Sowjetunion. 1940 trat er der NSDAP bei.⁷⁴



Mit seiner wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit unterstützte das DIW die NS-Rüstungsproduktion – im Bild die Herstellung von Panzern in einem deutschen Werk im Jahr 1940.

Um das Kompetenz-Wirrwarr bei der Rüstungsplanung zu überwinden, wurde 1940 das »Reichsministerium für Bewaffnung und Munition« (ab 1943 Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion) geschaffen. Ergänzende »zivile« Planungen erfolgten im RWiM. Dort spielte der NS-Wirtschaftsfunktionär und SS-Mann Hans Kehrl (1900–1984) eine zentrale Rolle: 1942 engagierte er für seine Planungen die Industrieabteilung des DIW, die bis Kriegsende eine wichtige Rolle für die NS-Rüstungsplanung spielen sollte.⁷⁵

Als Kehrl 1943 vom Wirtschafts- ins Speer'sche Rüstungsministerium wechselte, nahm er die von Wagenführ geleitete Industrieabteilung mit, um so die gesamte Planung der Rüstungsproduktion in einem Ministerium zusammenzufassen. Die Mitarbeitenden blieben allerdings Angestellte des DIW und arbeiteten auch dort.

Kehrl und Wagenführ richteten die Arbeit der Industrieabteilung neu aus: Sie versuchten, die Kapazität der Rüstungsproduktion zu bestimmen, um daraus unterschiedliche Herstellungsszenarien abzuleiten. So entstanden umfangreiche Datentabellen, die in einem Raum des DIW aufgehängt wurden. 21 große Tafeln zeigten ebenso viele ökonomische Lenkungsbereiche, die der Kriegsführung dienstbar gemacht werden sollten. Diese Tafeln bildeten das Herzstück einer Informationszentrale zur Lenkung der deutschen Rüstungswirtschaft.⁷⁶

Die DIW-Planungsstatistik analysierte die industriellen Produktionsprozesse hinsichtlich Fertigungstiefe und Zulieferung. Entwickelt wurde eine am Wirtschaftskreislauf orientierte Verflechtungsanalyse, die eine frühe Form der Input-Output-Rechnung bildete. Zwar orientierte sich die Arbeit angesichts der kriegsbedingten Planwirtschaft nicht an Preisen, sondern an Mengen, aber sie wies dennoch bemerkenswerte Parallelen zu den

Forschungen des russisch-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers und späteren Nobelpreisträgers Wassily Leontief (1905–1999) auf, so das Konzept der »Einsatzschlüssel« bzw. Input-Output-Koeffizienten, die den Übergang zwischen den Fertigungsstufen markierten.⁷⁷

Mit seinen Arbeiten stützte das DIW den Vernichtungskrieg des NS-Regimes. Dabei erlangte das Institut einen so umfassenden Blick auf die deutsche Wirtschaft, wie es ihn seit der Trennung vom StRA nicht mehr hatte. Mit einer kaum zu überbietenden Skrupellosigkeit erkannten Ökonomen wie Wagemann oder Wagenführ die wissenschaftliche Bedeutung dieser Informationsfülle für die Weiterentwicklung der VGR, der ökonomischen Kreislauf- und Verflechtungsanalyse und der Konjunkturforschung: In einem Ende 1942 verfassten Memorandum erläuterte Wagenführ, dass das DIW mit der Arbeit für Hans Kehrl nicht nur die Kontakte zu den Reichsstellen intensivieren konnte, sondern die Arbeit konkurrierender wissenschaftlicher Einrichtungen kennenlernte, einen tiefen Blick auf die ökonomischen Verhältnisse in Deutschland gewann und wichtige Erfahrungen mit der Wirtschaftsplanung sammeln konnte. Ob sich Wagenführ darüber Gedanken machte, dass dieser Erkenntnisgewinn mit seinem Engagement für ein verbrecherisches Regime einherging, ist nicht bekannt.⁷⁸

Das DIW im NS-System

Vielfältig mit dem NS-Regime verflochten und von ihm profitierend, gewann das IfK/DIW im »Dritten Reich« einen erheblichen Einfluss: Nach der Trennung vom Statistischen Reichsamt gelang dem IfK/DIW später mit 15 Wirtschaftsforschungseinrichtungen und weitreichenden Befugnissen ein bemerkenswerter Wiederaufstieg. Entscheidend dafür war die enge Verzahnung des IfK/DIW unter seinem Leiter Wagemann mit dem NS-Regime, das systemrelevante Forschungen und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit benötigte. Das IfK/DIW galt als unentbehrlich und wurde als kriegswichtig eingestuft.⁷⁹

Das IfK/DIW leistete mit seinen ökonomischen Analysen einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der nationalsozialistischen Kriegs- und Vernichtungspolitik. In den Gremien des Institutes saßen Vertreter des Regimes wie der Wirtschaftswissenschaftler und Staatssekretär im RWiM Otto Ohlendorf (1907–1951), der nach dem Krieg als Befehlshaber der Einsatzgruppe D und als Massenmörder hingerichtet wurde.⁸⁰

Kriegsende in Trümmern

Gegen Ende des Krieges zeigten sich Spannungen zwischen dem DIW und dem NS-Regime. So beschäftigte Wagemann externe Mitarbeiter wie Ulrich von Hassell (1881–1944) oder Ferdinand Friedensburg (1886–1972), die im Sinne der NS-Ideologie als politisch belastet galten. Im Sommer 1944 spitzte sich die Situation zu: Nachdem Ulrich von Hassell als Mitverschwörer des 20. Juli hingerichtet worden war, geriet das DIW ins Visier des nervöser werdenden Regimes. Mitarbeiter wie Ferdinand Friedensburg mussten entlassen werden. Wagemann selbst wurde laut der von Rolf Krengel verfassten DIW-Geschichte zwischen 1940 und 1944 mehrfach von der Gestapo verhört und einmal verhaftet. Heinrich Himmler (1900–1945) wollte Wagemann 1943 aufgrund politischer Unzuverlässigkeit absetzen und ihn für ein halbes Jahr als »Buchhalter oder in einer ähnlichen Beschäftigung« in einem KZ »unterbringen«. Das Wirtschaftsministerium, das auf Wagemann nicht verzichten wollte, setzte sich aber für ihn ein. Und es fanden sich weitere Unterstützer: Im August 1944 ernannte Hermann Göring (1893–1946) Wagemann zum Leiter der »Arbeitsgemeinschaft für empirische Wirtschaftsforschung im Reichsforschungsrat«.⁸¹

Aufgrund zunehmender Bombenangriffe auf Berlin war Wagemann im Herbst 1943 mit einigen Mitarbeitenden nach Feldberg in Mecklenburg gezogen. Im Sommer 1944 folgten weitere DIW-Beschäftigte. Immerhin 133 Mitarbeitende waren Anfang Oktober 1944 noch in Berlin. Angesichts der vorrückenden sowjetischen Truppen flüchtete Wagemann im Februar 1945 mit einigen Mitarbeitenden nach Clausthal-Zellerfeld, Rolf Wagenführ wurde Stellvertreter und faktischer Institutsleiter.⁸²



Berlin in den letzten Kriegsmonaten:
Nach einem Bombenangriff suchten sich
die Menschen mühsam einen Weg durch
die Trümmer in der Stallschreiberstraße.

Am Kriegsende zählte die DIW-Belegschaft 180 bis 200 Frauen und Männer, die in Berlin im Bombenhagel weitermachten. Bei der Eroberung Berlins durch die Rote Armee im Frühjahr 1945 ging das DIW-Gebäude in Flammen auf. Alle Unterlagen, die nicht zuvor nach Feldberg gebracht worden waren, verbrannten: Gutachten, unveröffentlichte Expertisen und Personalunterlagen. Aus dem Panzerschrank ließen sich lediglich angesengte Geldscheine retten, die immerhin das Startkapital für den Neuanfang nach Kriegsende bildeten. Im April und Mai 1945 wurde das NS-Regime von den Alliierten endgültig besiegt und beseitigt. Die meisten der im DIW-Kuratorium vertretenen Einrichtungen lösten sich auf, das Institut hörte de jure und de facto auf zu existieren.⁸³

**Wachstum,
Wissenschaft
und
Wissenstransfer**

1945 | 1966

Zäsur und Kontinuität

1945 erlebte das DIW einen Neustart: Das Kuratorium hatte sich aufgelöst, der Präsident war abgetaucht. Die Initiative, das Institut wiederzubeleben, ging von den Mitarbeitenden aus. Wenige Tage nach Kriegsende trugen Rolf Wagenführ und einige der in Berlin verbliebenen Mitarbeitenden dem politisch unbelasteten ehemaligen Institutsmitarbeiter Ferdinand Friedensburg die DIW-Leitung an. Friedensburg nahm an und sorgte auf Anweisung der sowjetischen Militärverwaltung, die bis Juli 1945 ganz Berlin kontrollierte, für die Entnazifizierung: Von den etwa 100 in der Stadt verbliebenen DIW-Mitarbeitenden mussten zwei Drittel das Institut verlassen.

Dieser Neustart sicherte wahrscheinlich die Zukunft der Einrichtung. Trotzdem stellte Friedensburg später wieder NS-belastete Personen ein: so etwa Bruno Kiesewetter (1892–1968), der nach dem Krieg die Osteuropa-Forschung am DIW leitete und Professor an der Freien Universität wurde. Er war schon seit 1932 NSDAP-Mitglied und hatte als Wirtschaftswissenschaftler für verschiedene Institutionen der Partei gearbeitet.¹

Nachdem das DIW anfangs verschiedene Unterkünfte nutzte, konnte es im September 1945 einen dauerhaften Sitz in der Cecilienallee 6 (ab 1949 Pacelliallee) in Dahlem beziehen. Am 14. Juli 1945 hatte sich bereits ein provisorisches Kuratorium konstituiert, im November wurde ein neuer DIW-Verein gegründet, dem die Berliner Magistratsverwaltung, Parteien und Gewerkschaften sowie verschiedene Persönlichkeiten angehörten. Hinzu kamen später westdeutsche Länder,

Handelskammern und Unternehmen. Mit der Institutsleitung betraute das Kuratorium einen dreiköpfigen Vorstand mit Friedensburg an der Spitze, die Stadt Berlin übernahm die Finanzierung. Ende 1945 hatte das Institut wieder festen Boden unter den Füßen.²



Ferdinand Friedensburg
(1886–1972)



Neustart nach dem Zusammenbruch:

Berliner Kinder sammelten im August 1945

Bücher und Hefte für den Schulunterricht.

Allerdings drohte nun eine Übernahme durch die neuen Machthaber in Ost-Berlin, die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und die KPD/SED: Die Sowjetunion zog sich zwar im Sommer 1945 aus den Westsektoren Berlins und damit auch aus Dahlem zurück, aber solange die Teilung der Stadt noch nicht vollständig vollzogen war, versuchten KPD bzw. die 1946 gegründete SED im Kuratorium die Kontrolle über das DIW zu erlangen. SMAD und KPD/SED maßen der Frage große Bedeutung bei und schickten mit Jürgen Kuczynski (1904–1997) ein Schwergewicht marxistisch-leninistischer Wirtschaftswissenschaft ins Rennen, um das Dahlemer Institut zu leiten. Seine Wahl zum Präsidenten scheiterte allerdings im April 1946 am Widerstand Friedensburgs, auch weitere Versuche einer Einflussnahme auf das DIW misslangen. Angesichts der fortschreitenden Teilung Berlins gab die SED dann 1947 ihr Vorhaben auf.³

Mit dem Kriegsende hatte sich die wirtschaftliche Lage in Deutschland grundlegend verändert: Ein Geldüberhang ging einher mit einer Festschreibung von Löhnen, Gehältern und Preisen, sodass der Schwarzmarkt blühte. Das DIW befasste sich mit dieser neuen Realität und präsentierte bereits ab 1945 mit hektografierten »Einzelschriften« wissenschaftliche Ergebnisse zu verschiedenen Bereichen und Aspekten der deutschen Zusammenbruchs- und Mangelwirtschaft. Einen wichtigen Meilenstein bildete 1947 die erste Nachkriegspublikation mit dem Titel »Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme«. 1948 rezensierte es der deutsch-amerikanische Finanzfachmann Adolphe J. Warner (1917–2002).⁴

Mit dem Umzug nach Dahlem im Sommer 1945 lag das DIW im US-amerikanischen Sektor Berlins, der Westteil der Stadt bildete fortan

»Jedermann
dienstbar,
niemandem
untertan.«



Das Motto von Ferdinand Friedensburg prägte

die damalige Arbeit des DIW Berlin;

Gemälde von Friedrich Ahlers-Hestermann (1966).

ein eingeschlossenes Gebiet. Angesichts dieser Umstände rückte nun die Wirtschaft West-Berlins in den Fokus des Interesses. Allerdings sahen Friedensburg und sein Team auch frühzeitig die Gefahr, dass das DIW zu einem Institut für Regionalforschung werden könnte. Man wollte aber unbedingt die breite Ausrichtung aufrechterhalten. Daher war es ein wichtiger Schritt, dass das DIW mit seiner »konkurrenzlosen Sonderstellung« (Ferdinand Friedensburg) – unbeeinflusst von der sowjetischen Militäradministration – auch die Wirtschaft der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) in den Blick nahm.⁵

Ferdinand Friedensburg

Dass das DIW 1945 wiederbelebt wurde, lag nicht zuletzt an Ferdinand Friedensburg (1886–1972), der politisch nicht belastet war und so den Neustart ermöglichte. Er wollte die Institutsleitung ursprünglich nur für eine befristete Zeit übernehmen, prägte dann aber die Entwicklung des Hauses bis 1968 für mehr als 22 Jahre und formte es zu einer leistungsfähigen Forschungseinrichtung.

Friedensburg stammte aus einer großbürgerlichen, liberal-konservativ geprägten und politisch engagierten Familie in Schlesien. Er war kein Ökonom, sondern studierte Jura und Montanwissenschaft. Nach Referendarprüfung und Promotion in Geologie machte er 1914 sein Bergassessor-Examen. Im Ersten Weltkrieg von den Briten interniert, trat er 1920 der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bei, begann eine Verwaltungslaufbahn, wurde Landrat in Westpreußen, 1925 Polizeivizepräsident in Berlin (wo er sich mit seiner liberalen Haltung viele Feinde machte)

und 1927 Regierungspräsident in Kassel. Als unbeugsamer Anhänger der demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung Weimars erlangte er eine gewisse Bekanntheit, sodass die Nationalsozialisten Friedensburg bereits 1933 in den Ruhestand schickten. Zwei Verfahren des NS-Regimes gegen ihn verliefen glimpflich, immerhin fünf Monate war er inhaftiert. Für seinen Lebensunterhalt forschte Friedensburg auf dem Gebiet des Bergbaus. Seit dem 1. Februar 1939 arbeitete er als auswärtiger Mitarbeiter für das IfK (später DIW), bis ihm die Gestapo im Oktober 1944 diese Arbeit verbot.

Ab 1945 leitete Friedensburg das DIW, zudem war er als Hochschul-lehrer tätig. Da er unbelastet war, ernannte Marschall Schukow ihn am 1. August 1945 zum Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie in der sowjetischen Besatzungszone. 1945 bis 1952 engagierte sich Friedensburg zudem stark in der Berliner Politik: Er war Mit-

begründer der CDU für Groß-Berlin und die SBZ, wurde 1946 Abgeordneter in der Berliner Stadt-verordnetenversammlung, die ihn 1946 zum 1. Bürgermeister von Groß-Berlin und damit zum Stellvertreter des SPD-Oberbürgermeisters wählte. Während der Berlin-Blockade führte er die Amtsgeschäfte der erkrankten Ober-bürgermeisterin. Von 1952 bis 1965 gehörte Friedensburg für Berlin dem Bundestag an, von 1954 bis 1965 war er Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. des daraus hervor-gegangenen Europäischen Parlaments.

So verfügte der DIW-Präsident in Berlin, Bonn und Europa über vielfältige politische Beziehungen, die der finanziellen und institu-tionellen Entwicklung seines Institutes zugute-kamen. Friedensburg starb 1972.⁶

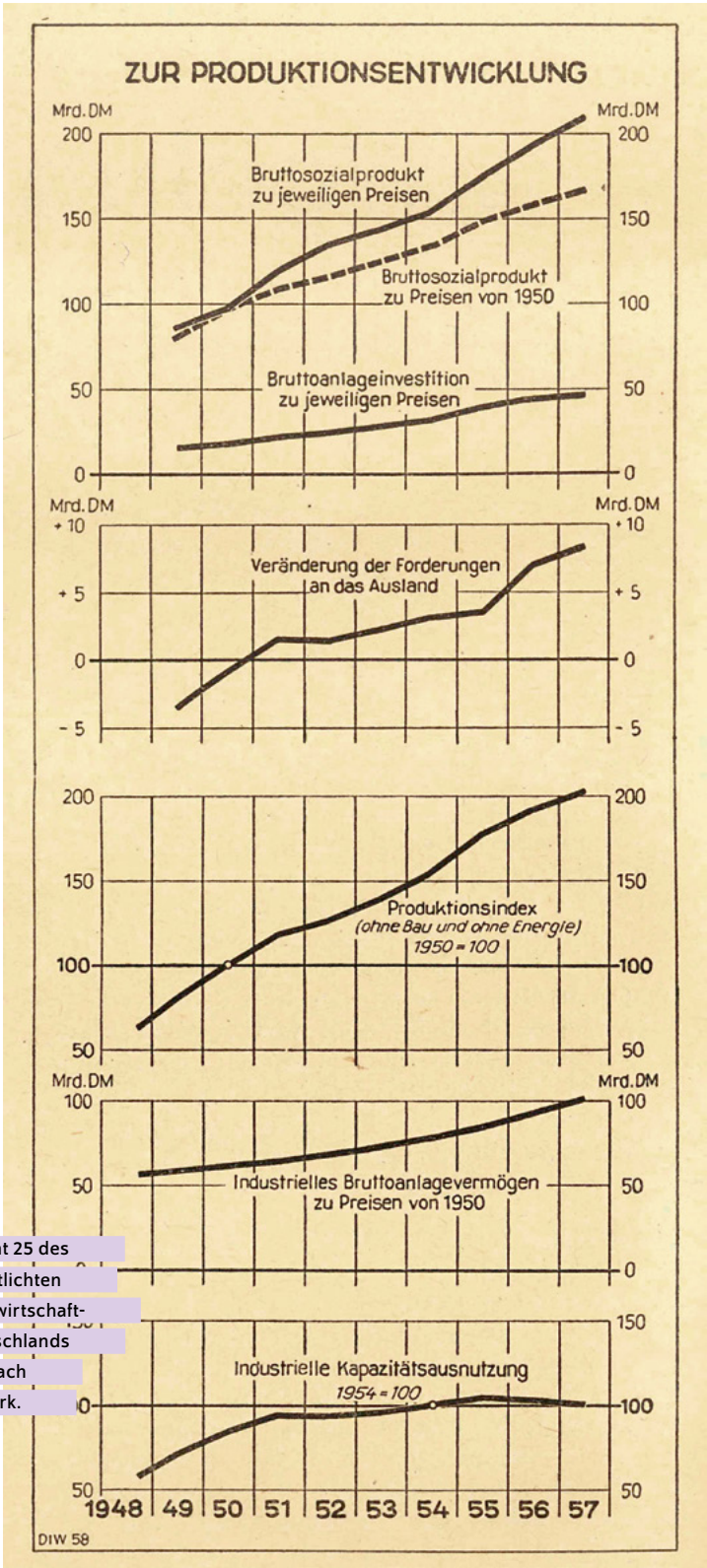


Die »Gelehrtenrepublik« im Wirtschaftswunder

Die Währungsreform des Sommers 1948 und die Gründung der Bundesrepublik im Jahr darauf leiteten in Westdeutschland das »Wirtschaftswunder« ein, das vor allem ab 1950 Fahrt aufnahm. Eine entscheidende Voraussetzung dafür war, dass das ökonomische Potenzial Deutschlands trotz der Zerstörungen im Krieg im Kern erhalten geblieben war. Hinzu kam, dass die USA im beginnenden Kalten Krieg Westeuropa brauchte und stärken wollte. Zudem liberalisierten die Bundesrepublik Deutschland und viele andere Länder neben verbleibenden Regulierungen Schritt für Schritt die Märkte, sodass weite Teile der Welt einen ökonomischen Boom erlebten.⁷

Das Wirtschaftswunder lieferte auch die materielle Grundlage für den Aufschwung des DIW: Getragen und finanziert wurde es von den Vereinsmitgliedern und Geldgebern, vor allem der Stadt Berlin, dem Bund, westdeutschen Ländern sowie Unternehmen. 1951 wurde die »Vereinigung der Freunde des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V.« (VdF) gegründet, die einen Sitz im Kuratorium erhielt. Das Budget des Institutes wuchs kontinuierlich: von 500.000 D-Mark im Jahre 1950 auf 5 Millionen D-Mark 1970. Damit stieg auch die Zahl der Mitarbeitenden von 58 (1949) auf 129 (1967). Als der Platz nicht mehr ausreichte, bezog das DIW 1956 einen Neubau in der Königin-Luise-Straße 5 in Dahlem, der vor allem mit Eigenmitteln und Spenden der Vereinigung der Freunde finanziert wurde und der Mitte der 1960er-Jahre bereits erweitert werden musste. Seit 1948 erschienen wieder die Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung und die Sonderhefte, seit 1950 die Wochenberichte.⁸

Ein drei- und später vierköpfiger Vorstand unter Vorsitz von Ferdinand Friedensburg leitete das DIW. Herzstück des Institutes waren die wissenschaftlichen Abteilungen, denen Friedensburg weitgehende wissenschaftliche Freiheit gab und deren Leitungen ein starkes Mitspracherecht im Institut hatten. Die Struktur der Abteilungen wurde immer wieder den (wirtschaftlichen) Veränderungen angepasst. So gründete das DIW neue Bereiche für die »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung« (VGR), für Mitteldeutschland oder die Auslandswirtschaft West. 1959 zählte das DIW neun Forschungsabteilungen. Die Dahlemer Forschungseinrichtung sah sich als



Die im Wochenbericht 25 des
Jahres 1958 veröffentlichten
Grafiken zeigen den wirtschaft-
lichen Aufstieg Deutschlands
in den zehn Jahren nach
Einführung der D-Mark.



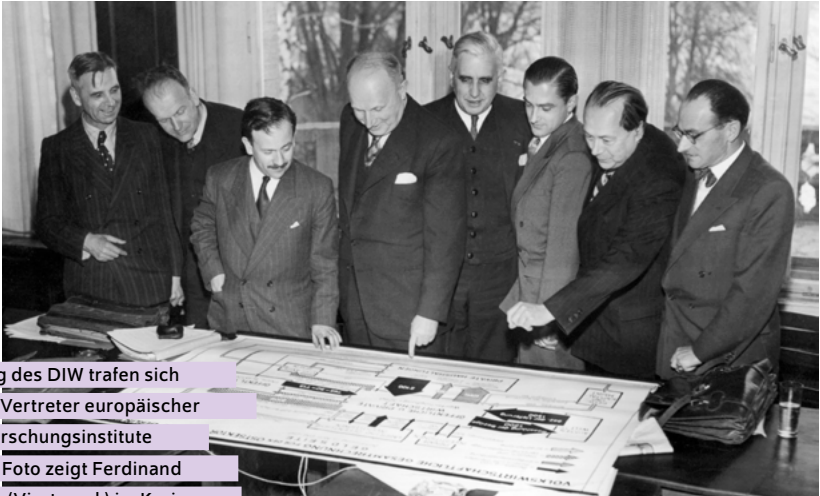
Der damalige Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses Willy Brandt (1913–1992; vorne, 2. v.l.) und Bundespräsident Theodor Heuss (1884–1963; vorne, 2. v.r.) bei der Einweihung des DIW-Neubaus am 28. Mai 1956



1956 wurde der Neubau des DIW in Dahlem fertiggestellt.

»Gelehrtenrepublik«.⁹

Nach 1945 knüpfte das DIW erneut ein starkes politisches und wissenschaftliches Netzwerk, etwa zum Berliner Senat, zur Bundesregierung und zu anderen Forschungseinrichtungen: Dem DIW-Vorstand gehörte z. B. ab 1949 für viele Jahre Fritz Baade (1893–1974) an, Leiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und SPD-Politiker. Auf Anregung von Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (1897–1977, CDU) wurde 1949 unter Beteiligung des DIW die »Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.« (ARGE) gegründet, deren Vorsitz Friedensburg übernahm. Gemeinsam legten die Einrichtungen halbjährliche Konjunkturgutachten vor. Zudem entstand nicht zuletzt auf Initiative Friedensburgs 1957 ein Netzwerk europäischer Konjunkturforschungsinstitute: die »Association d'Instituts Européens de Conjoncture Économique«.¹⁰



Auf Einladung des DIW trafen sich im März 1951 Vertreter europäischer Wirtschaftsforschungsinstitute in Berlin; das Foto zeigt Ferdinand Friedensburg (Vierter v.l.) im Kreis seiner Kollegen.

Wissenschaft im Zeichen eines Paradigmenwechsels

Von der Mitte des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts wurde die deutsche Wirtschaftswissenschaft stark von der empirisch ausgerichteten Historischen Schule der Nationalökonomie geprägt. Angesichts neuer, theoriegeleiteter Forschungsansätze versank sie nach 1945 allerdings rasch in der Bedeutungslosigkeit. Dominant im Westdeutschland der Nachkriegszeit wurde der Ansatz des »Ordoliberalismus«, der lediglich den normativen Rahmen für eine ansonsten möglichst freie Marktwirtschaft setzen wollte. Vertreten wurde er vor allem von der »Freiburger Schule« um den Wirtschaftswissenschaftler Walter Eucken (1891–1950). Obwohl der Ordoliberalismus an den Universitäten nicht dominierte, gewann er doch größten politischen Einfluss und prägte das Leitbild der »Sozialen Marktwirtschaft«.¹¹

Mit der raschen Rezeption des Keynesianismus nach 1945 erfolgte dann in Deutschland ein echter wissenschaftlicher Paradigmenwechsel hin zu einem nachfrageorientierten Ansatz mit entsprechender steuerungs-politischer Ausrichtung. Kernidee ist – sehr vereinfacht –, dass vor allem die Nachfrage die Wirtschaft ankurbelt und erst in zweiter Linie die Produktion. Weniger die Herstellung billiger Güter, sondern vor allem hohe Löhne sorgen für Wachstum, und der Staat muss eine antizyklische Konjunkturpolitik betreiben.

Vollkommen neu war das nicht: Schon ab den 1930er-Jahren kannten die deutschen Wirtschaftswissenschaftler*innen den britischen Ökonomen John Maynard Keynes (1883–1946) und diskutierten (im Kontext von Kreislaufanalyse, VGR und Konjunkturforschung) verwandte Ideen. Nach dem Krieg sorgte die US-amerikanische Vermittlung dafür, dass Keynes' Theorie die Wirtschaftswissenschaft, die Entwicklung der Ökonometrie und die Mathematisierung des Fachs vorantrieb.¹²



Der Wirtschaftswissenschaftler
Andreas Paulsen (1899–1977)
sprach am 17. November 1961 im
DIW anlässlich des 75. Geburts-
tags Ferdinand Friedensburgs.

Keynesianische Ideen waren vor 1945 auch am DIW präsent: Albert Wissler (1904–1957) beispielsweise war ein hervorragender Kenner des Keynesianismus. Er arbeitete seit 1933 im DIW und leitete ab 1948 die Abteilung Konjunktur, Geld und Kredit. Auch Fritz Baade, seit 1949 im DIW-Vorstand, war ein dezidierter Verfechter eines nachfrageorientierten Ansatzes. Der Wirtschaftswissenschaftler Andreas Paulsen (1899–1977) von der Freien Universität Berlin war ein führender Vermittler keynesianischer Ideen, pflegte enge Verbindungen zum DIW und vermittelte dem Institut regelmäßig Nachwuchskräfte.¹³

Mit seinem innovativen keynesianischen Ansatz erforschte das DIW in den 1950er- und 1960er-Jahren eine weite Palette wirtschaftswissenschaftlicher Themen und ragte damit in der (deutschen) Forschungslandschaft heraus.¹⁴ Allerdings verschoben sich die Schwerpunkte: Landwirtschaft und Verkehr verloren an Bedeutung gegenüber Energiewirtschaft und EWG. Wichtig blieb die Konjunkturforschung, die unter Albert Wissler zunehmend Daten der VGR nutzte und einen entscheidenden Beitrag zur Gemeinschaftsdiagnose der ARGE leistete. Besondere Bedeutung erlangten zudem die VGR und die Input-Output-Rechnung sowie die Beschäftigung mit West-Berlin und Osteuropa.¹⁵

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Input-Output-Analyse und Berlin-Forschung

Nach einer langen Vorgeschichte erlebte die »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung« (VGR) in den 1950er-Jahren ihren Durchbruch.

In Deutschland spielte das DIW in diesem Zusammenhang eine führende Rolle. Die Entwicklung trieb vor allem Ferdinand Grünig (1890–1960) voran, der bereits 1933 im Stab von Rudolf Hess zum Wirtschaftskreislauf

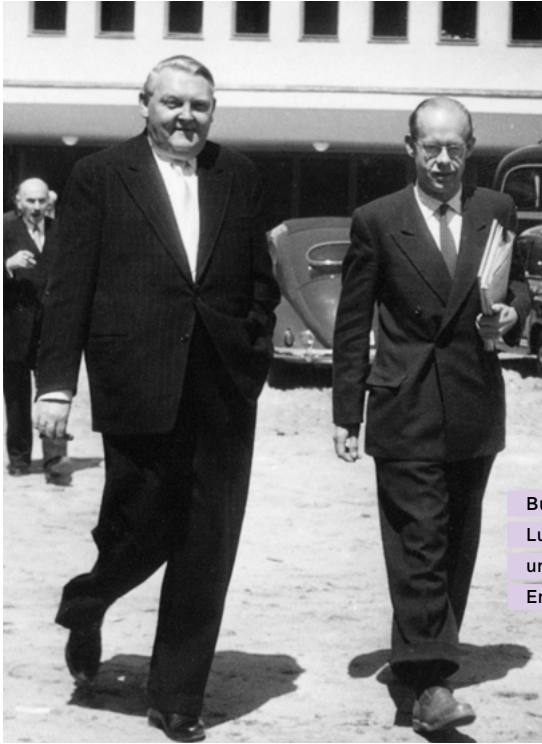


Ferdinand Friedensburg und
Ferdinand Grünig (1890–1960)
im Jahr 1956

geforscht hatte¹⁶ und ab dem 1. Juli 1945 am DIW tätig war. Hier schloss er in den 1950er-Jahren sein Lebenswerk ab: Grünig und sein Team untersuchten mit einer ausgereiften VGR die wirtschaftliche Leistung der jungen Bundesrepublik. Das Sozialprodukt wurde zunächst disaggregiert, dann gesamthaft berechnet; hinzu kamen Vierteljahres- sowie Geldvermögensrechnungen. Auf dieser Basis lieferte das DIW dann Jahr für Jahr grundlegende Daten zur ökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland.¹⁷

Eng verbunden mit der Entwicklung der VGR war der Aufschwung der »Input-Output-Rechnung«. Mit ihr konnte das DIW die Abhängigkeiten einzelner Wirtschaftsbereiche voneinander analysieren und Input (Rohstoffe, Vorprodukte, Arbeit, Maschinen) und Output (Produkte) in Beziehung zueinander setzen. Dabei entwickelte sich auch ein intensiver und fruchtbarer Austausch mit der Industrie.¹⁸ Rolf Krengel (1918–2002), ab 1948 beim DIW und seit Mai 1954 Leiter der Industrieabteilung, trieb die Input-Output-Rechnung voran. Allerdings sah die Bundesregierung in seinem Ansatz ein planwirtschaftliches Instrument und lehnte es daher ab. Großes Interesse zeigten hingegen die Industrie und der Berliner Wirtschaftssenator Karl Schiller (1911–1994). Daher wurde 1962 in der DIW-Industrieabteilung ein Referat für Input-Output-Rechnung gegründet. Eine zentrale Rolle für diese Arbeit spielte Reiner Stäglin (geb. 1938), der jahrzehntelang die Input-Output-Analyse des DIW leitete und ein international führender Spezialist auf dem Gebiet wurde.

Wichtig wurde die Input-Output-Rechnung auch für die Berlin-Forschung des DIW, die durch die Berlin-Blockade der Sowjetunion vom 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949 neuen Schwung erhielt: Während der langen Blockade untersuchte das DIW für die Stadtverwaltung die Versorgungslage und andere Aspekte der Ausnahmesituation. Am 1. April 1949 gründete das DIW innerhalb der VGR-Abteilung ein Berlin-Referat unter Leitung von Rolf Krengel. Es erforschte die besondere ökonomische Lage West-Berlins und lieferte mit seinen Publikationen und Auftragsarbeiten eine Grundlage für die dauerhafte finanzielle Unterstützung West-Berlins durch den Bund.¹⁹



Bundeswirtschaftsminister
Ludwig Erhard (1897–1977, l.)
und Rolf Krenzel (1918–2002, r.)
Ende der 1950er-Jahre

Analog zur systematischen Berlin-Forschung gründete das DIW 1949 auch für die Beobachtung der SBZ bzw. DDR eine neue Abteilung. Ihre Leitung übernahm der Wirtschaftswissenschaftler, Hochschullehrer und SPD-Politiker Bruno Gleitze (1903–1980). Auf Basis von Steuerdaten der Nachkriegsjahre gelang dem DIW eine ziemlich präzise Erfassung des DDR-Sozialprodukts. Zahlreiche bedeutende Arbeiten, Studien und Publikationen folgten. Eine weitere DIW-Abteilung erforschte intensiv die Planwirtschaften Osteuropas und konzentrierte sich ab 1959 auf die Sowjetunion.²⁰

Politikberatung im Zeichen von Keynesianismus und Planungseuphorie

In den 1950er- und 1960er-Jahren erlebte die (außeruniversitäre) empirische Konjunktur- und Wirtschaftsforschung einen starken Aufschwung. Neben dem DIW sind vor allem das 1949 gegründete Münchener »Institut für Wirtschaftsforschung« (ifo) und das 1914 gegründete »Kiel Institut für Weltwirtschaft« (IfW Kiel) zu nennen. Diese und andere Einrichtungen präsentierten die VGR als Instrument für Prognosen und ökonomische Steuerung. Die Hoffnung, mittels makroökonomischer Analysen schwere wirtschaftliche Störungen (wie die Weltwirtschaftskrise von 1929) vermeiden zu können, stieß vor allem in der SPD auf großes Interesse, aber auch die anderen Parteien öffneten sich langsam den neuen Ideen.²¹



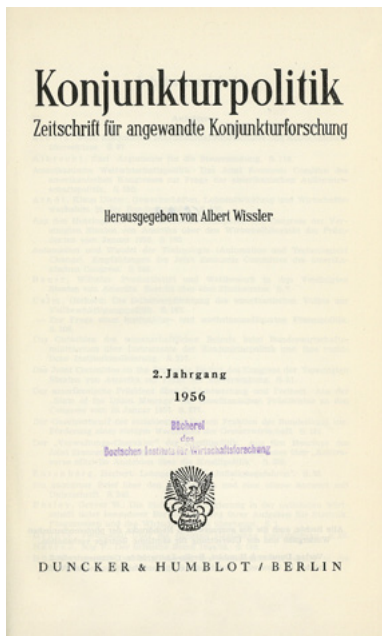
Die DIW-Mitarbeitenden
feierten 1956 den 70. Geburtstag
Ferdinand Friedensburgs.

Mit dem Erstarken des Keynesianismus wurde die Ökonomie zu einer Art Leitwissenschaft. Der Anteil von (immer noch nahezu ausschließlich männlichen) Volkswirten in Politik und Verwaltung stieg in den 1950er- und 1960er-Jahren, ebenso wuchsen die Bedeutung von Gutachten und die Beratung durch Wirtschaftsforschende. Die Ministerien richteten wissenschaftliche Beiräte ein und 1963/64 etablierte die Bundesregierung den »Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung«, die berühmten »Wirtschaftsweisen«. Im November 1964 legten diese ihr erstes Gutachten vor. Langfristige Strukturprognosen wurden immer beliebter. Trotz kritischer Stimmen entstand eine geradezu euphorische Hoffnung, dass eine wissenschaftsbasierte Wirtschaftspolitik durch kluge Steuerung für dauerhaftes und störungsloses Wachstum sorgen könne.²²

Ein wirkliches Novum waren die Gutachten der »Wirtschaftsweisen« nicht, denn schon lange wurden regelmäßig fundierte Berichte zur wirtschaftlichen Entwicklung publiziert: Seit 1950 präsentierte etwa die erwähnte »Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute« (ARGE) halbjährlich ihre Gemeinschaftsdiagnosen zur konjunkturellen Lage. Das DIW, das IfW Kiel und andere Einrichtungen legten regelmäßig Lageanalysen zur deutschen und internationalen ökonomischen Entwicklung vor, die der Politik wissenschaftliche Impulse liefern sollten und viel beachtet wurden.²³

Für einen umfassenden Wissenstransfer nutzte das DIW neue Publikationen und Veranstaltungen: Seit 1954 erschien die von Albert Wissler initiierte »Konjunkturpolitik. Zeitschrift für angewandte Konjunkturforschung«. Das Periodikum bot eine Plattform, auf der auch externe Autor*innen gängige wirtschaftspolitische Ideen und Konzepte kritisch überprüfen, kontrovers diskutieren und produktiv weiterentwickeln konnten. Und 1960 veranstaltete die DIW-Industrieabteilung eine erste Tagung für die Wirtschaft, auf der Prognosen zu Sozialprodukt und Produktion vorgestellt wurden. Die DIW-Industrietagung wurde in der Folge zu einer wichtigen Plattform des Austausches zwischen Wissenschaft und Unternehmen.²⁴

Die wachsende Bedeutung der DIW-Politikberatung zeigte sich auch in der Beteiligung des Institutes an der Gemeinschaftsdiagnose der ARGE im Auftrag der Bundesregierung. Außerdem gab das DIW auf Basis seiner West-Berlin-Forschung wirtschaftspolitische Empfehlungen an den Berliner Senat, dem wichtigsten Geldgeber des Institutes. Angesichts sinkender Nachfrage nach deutscher Steinkohle beauftragte der Bundestag 1959 die ARGE zudem mit einem Energiegutachten, dessen Federführung das DIW übernahm. Das 1961 präsentierte Gutachten bescheinigte der deutschen Steinkohle nur bedingt Wettbewerbsfähigkeit und prognostizierte die Entwicklung über die nächsten 15 Jahre ziemlich genau.²⁵





Am 17. Juni 1949 besuchte Ludwig Erhard (4. v.l.) als Direktor der Wirtschaftsverwaltung der US-amerikanischen und britischen Bizone das DIW; rechts neben dem späteren Bundeswirtschaftsminister sitzt Ferdinand Friedensburg.



Keynesianismus und Krise

1966 | | | | | | | | | | | | | | | | | | 1982

Politischer Umbruch zur Großen Koalition im Zeichen einer Rezession

1966 diagnostizierte das DIW einen Abschwung der deutschen Wirtschaft. Nach langen Jahren des Booms schlitterte die Bundesrepublik 1966/67 in eine erste kurze Rezession: Das Bruttosozialprodukt sank 1967 um 0,2 Prozent, die Arbeitslosenquote stieg von 0,7 auf 2,2 Prozent. Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise und den Untergang der Weimarer Republik wurden wach und erste Stimmen forderten eine antizyklische Konjunkturpolitik.¹ Im Vertrauen auf die Selbstregulierung des Marktes lehnte Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) ein lenkendes Eingreifen des Staates jedoch ab. Die Rezession zeigte allerdings, dass er mit seinem ordoliberalen Kurs am Ende war: Im Herbst 1966 wurde der »Vater des Wirtschaftswunders« zum Rücktritt gedrängt, CDU/CSU und SPD bildeten eine neue Koalition.²

1966/67 erlebte Deutschland eine Rezession, die Arbeitslosigkeit stieg – im Bild das Arbeitsamt Dortmund in jenen Jahren.



Die nun regierende »Große Koalition« unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU), Finanzminister Franz-Josef Strauß (CSU), Außenminister Willy Brandt (SPD) und Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) wechselte wirtschaftspolitisch den Kurs vom Ordoliberalismus hin zu einer Synthese aus keynesianischen und neoklassischen Ideen. »Globalsteuerung« nannte Schiller diese keynesianisch-antizyklische Politik. Schiller und Strauß waren die wichtigsten Repräsentanten dieser Politik und galten mit ihrem ökonomischen Sachverstand als das Traumduo »Plisch und Plum«.

Bereits 1967 war die Rezession überwunden, was die neue Bundesregierung als Erfolg ihrer Konjunkturprogramme feierte.³ Vermutlich aber waren andere Gründe ausschlaggebender, etwa steigende Exporte, Zinssenkungen und moderate Lohnabschlüsse.⁴

Expansion unter Präsident Klaus Dieter Arndt

Parallel zum politischen Umbruch in Bonn wechselte 1967/68 auch die Leitung des DIW in Berlin: Ferdinand Friedensburg, der bereits 1961 als Institutschef seinen 75. Geburtstag gefeiert hatte, konnte und wollte das DIW nicht loslassen, was zu jahrelangen quälenden Nachfolgediskussionen führte. Schließlich gelang es dem Kollegium der Abteilungsleitenden und dessen Sprecherin Ingeborg Köhler-Rieckenberg (1914–2015), die Nachfolgefrage in ihrem Sinne zu lösen: Zum 31. Dezember 1967 trat Ferdinand Friedensburg zurück. Nachfolger im Amt des Präsidenten wurde 1968 Klaus Dieter Arndt (1927–1974).⁵ Obwohl der Ökonom Arndt nur sechs Jahre an der Spitze des DIW stand, prägte er es stark.

Klaus Dieter Arndt stammte aus Berlin und hatte als Flakhelfer und Soldat den Krieg erlebt. Anschließend studierte er Volkswirtschaftslehre, nach dem Diplom 1949 wurde er 1954 an der FU Berlin promoviert. Sein Doktorvater war der erwähnte Keynesianer Andreas Paulsen. Seit 1950 arbeitete Arndt am DIW und wurde 1959 mit nur 32 Jahren Nachfolger von Ferdinand Grünig als Leiter der Abteilung VGR. Zugleich machte Arndt Karriere in der SPD, wurde 1965 Mitglied des Bundestages und 1971 des Europäischen Parlaments. Schon Mitte der 1960er-Jahre galt er als einer der führenden wirtschaftspolitischen Köpfe der SPD.⁶

»Alles ist denkbar, viel ist zu prüfen,
aber nur einiges ist machbar.«

Klaus Dieter Arndt

Nach Bildung der Großen Koalition engagierte Wirtschaftsminister Karl Schiller seinen Parteifreund Klaus Dieter Arndt im Dezember 1966 als Parlamentarischen Staatssekretär. Als Arndt 1967 zudem zum Präsidenten des DIW gewählt wurde, plädierte er leidenschaftlich für mehr politisches Engagement der Wirtschaftswissenschaftler*innen und forderte eine längst überfällige »Bluttransfusion« von der Wissenschaft in die Politik. 1970 verließ

Arndt dennoch das Wirtschaftsministerium, um sich ganz auf die Arbeit im DIW zu konzentrieren. Ein Abschied von der Politik war das aber nicht, ganz im Gegenteil: Der DIW-Präsident wurde in der SPD als kommender Mann für höhere Aufgaben gehandelt.⁷

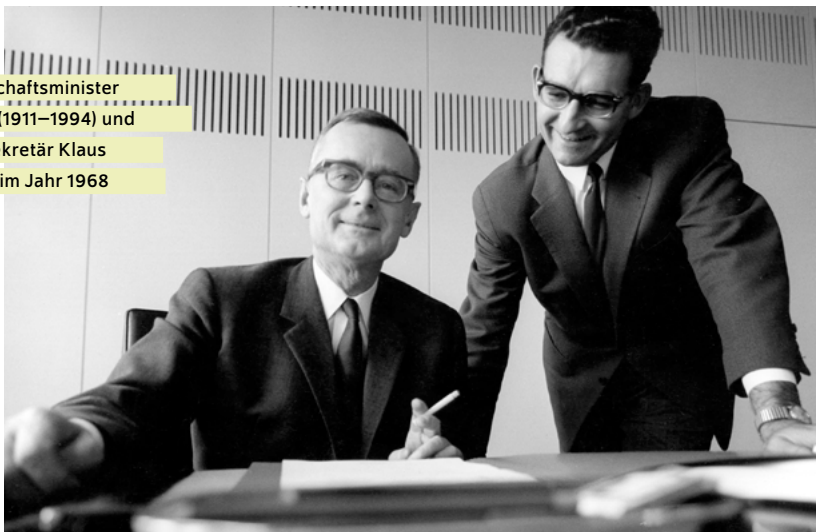
Während Arndts Präsidentschaft von 1968 bis 1973 expandierte das DIW stark: Der Etat wuchs von 4,8 Millionen (1970) auf 7,2 Millionen D-Mark (1972), die Zahl der Beschäftigten stieg in diesen Jahren von 160 auf 172. Entstehende finanzielle Defizite wurden regelmäßig von der Stadt Berlin ausgeglichen. Zudem wuchs das DIW räumlich: 1968 wurde das Hauptgebäude aufgestockt und ein Nachbar-

grundstück gekauft, 1971/72 mietete das DIW zwei zusätzliche Standorte in der Nähe des Kurfürstendamms. Auch das Veröffentlichungsprogramm wurde ausgeweitet, die Zahl externer (damals meist aber noch nicht referierter) Publikationen wuchs und die Kooperation mit anderen Einrichtungen wurde intensiviert.⁸



Klaus Dieter Arndt (1927–1974)
im Jahr 1965

Bundeswirtschaftsminister
Karl Schiller (1911–1994) und
sein Staatssekretär Klaus
Dieter Arndt im Jahr 1968



Wissenschaft für eine bessere Wirtschaftspolitik

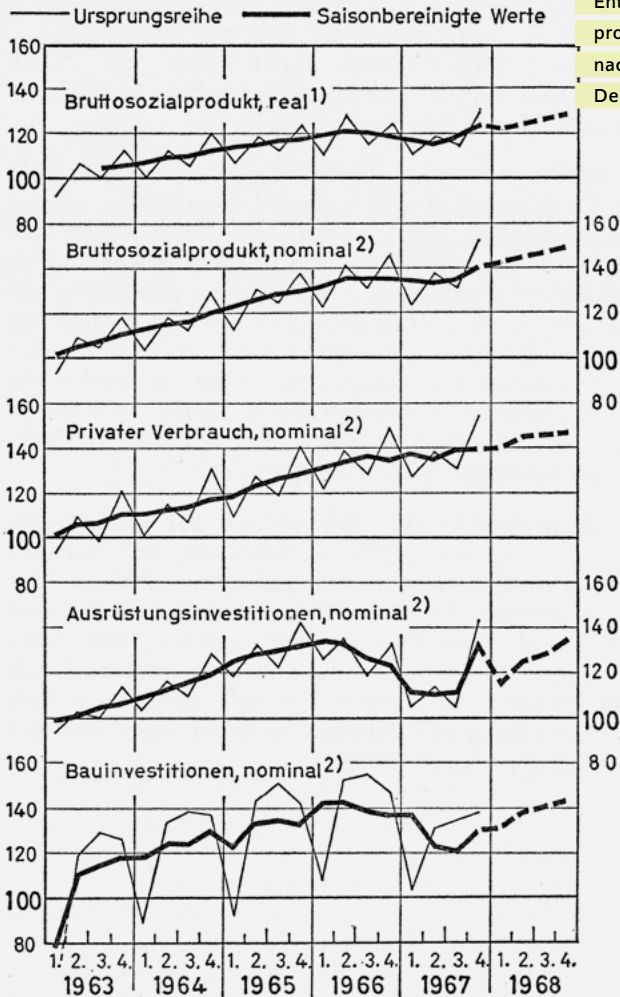
Ökonomisch geschulte Regierungsmitglieder wie Karl Schiller oder Klaus Dieter Arndt standen für den politischen und diskursiven Paradigmenwechsel der 1960er-Jahre. Mit der keynesianisch geprägten Globalsteuerung wollte man die Wirtschaft besser lenken. Die Politik orientierte sich am »Magischen Viereck« aus Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht. Durch kluges Handeln sollten Zielkonflikte minimiert werden, um vor allem dauerhaftes Wachstum zu sichern. Konjunkturanalyse und VGR bildeten die Basis der neuen »wissenschaftlichen Politik« – und als Pionier auf diesen Gebieten avancierte das DIW zum wichtigen Berater der Regierung.⁹

Um das »Magische Viereck« zu sichern, verabschiedete die Große Koalition 1967 das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, das die Handschrift von Karl Schiller und Klaus Dieter Arndt trug: Eine breite Palette anti-zyklischer Maßnahmen sollte Störungen des ökonomischen Gleichgewichts minimieren. Dabei ging es nicht nur um die Ankurbelung einer schwächelnden Wirtschaft, sondern auch um die Dämpfung einer überhitzten Konjunktur. Das von Wirtschaftswissenschaft und Politik viel gelobte Stabilitäts- und Wachstumsgesetz galt mit seiner (weltweit einzigartigen) rechtlichen Verankerung als »Magna Charta« der Globalsteuerung und »State of the Art« einer modernen Wirtschaftspolitik.¹⁰

Klaus Dieter Arndt war überzeugt, dass Wissenschaft und Politik eng zusammenarbeiten müssen. Er plädierte für ein »avantgardistisches« und »radikales« Engagement des DIW, das angesichts der öffentlichen Finanzierung eine Bringschuld gegenüber der Gesellschaft habe. Mit dieser Haltung berieten Arndt und sein Team von 1968 bis 1973 die Große und dann die sozialliberale Koalition.

Bruttosozialprodukt und Verwendungsbereiche*)

arbeitstägliche Berechnung
1962 = 100



*) Vierteljahreswerte bis 1967 nach Halbjahreswerten des Stat. Bundesamtes errechnet, 1968 Schätzungen der Institute. – Sondereinflüsse um die Jahreswende 1967/68 nicht ausgeschaltet.

1) In Preisen von 1954. – 2) In jeweiligen Preisen

Der Wochenbericht 17 des

Jahres 1968 zeichnet die

Entwicklung des Bruttosozial-
produkts von 1963 bis 1967

nach und zeigt die ökonomische
Delle der Jahre 1966/67.

Allerdings lag das DIW dabei keineswegs immer auf Regierungslinie:

Die konjunkturpolitischen Maßnahmen des Jahres 1967 (im Februar 1967 2,5 Milliarden D-Mark für Bahn, Post, Straßen und Wissenschaft, im September weitere 5,3 Milliarden D-Mark für den Wohnungsbau¹¹⁾) gingen dem Institut nicht weit genug. Derartige Kritik sorgte bei Arndts Bonner Fraktionskollegen für Unmut. Dieser aber pflegte daraufhin lakonisch zu antworten:

»Das müsst ihr schon ertragen.«¹²⁾



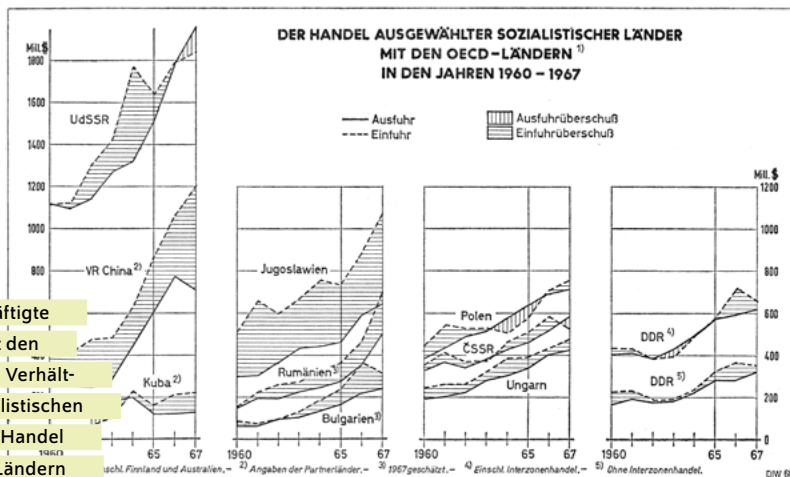
Besprechungs-
raum des DIW,
um 1968

Neue Schwerpunkte: Strukturforschung, Globalsteuerung und Konvergenztheorie

Um 1970 verschoben sich die Schwerpunkte der DIW-Arbeit: Die Konjunkturforschung verlor ihre Eigenständigkeit und gehörte fortan zur VGR-Abteilung. Auch die Teams für die DDR und Osteuropa wurden zusammengelegt. Die Berlin-Forschung, bis damals ein Referat in der VGR-Abteilung, wurde hingegen 1967 zu einer eigenen Abteilung aufgewertet, die wissenschaftliche Arbeit zu den »Entwicklungsländern« verstärkt und die Verkehrsabteilung wiederbelebt.¹³ Eine neue Abteilung erforschte ab 1967 die volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren als Potenzial der deutschen Wirtschaft. Seit Anfang der 1970er-Jahre begann das DIW zudem mit systematischen Forschungen zu Geld, Kredit und öffentlichen Finanzen, da monetäre und fiskalische Fragen wichtig für die Konjunkturpolitik waren.¹⁴

Die »Globalsteuerung« der Bundesregierung erschien angesichts der überwundenen Konjunkturdelle von 1967 als erfolgreich, hatte aber offene Flanken z.B. im Bereich des internationalen Währungssystems: Als das »Bretton-Woods-Abkommen«¹⁵ fester Wechselkurse u. a. aufgrund von Problemen der US-Wirtschaft und großer Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands nicht mehr funktionierte, forderte die ökonomische Vernunft eine Aufwertung der unterbewerteten Deutschen Mark. Dagegen gab es in Deutschland starke Widerstände und hitzige Diskussionen. Schiller und Arndt setzten sich für die Aufwertung ein. In den Wochenberichten äußerten sich DIW-Wissenschaftler*innen zunächst skeptisch, folgten dann aber. Als die Aufwertung 1969 schließlich erfolgte, konnte sie den Zerfall des Bretton-Woods-Systems aber nicht mehr aufhalten.¹⁶

Das DIW beschäftigte sich intensiv mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der sozialistischen Länder – deren Handel mit den OECD-Ländern analysierte der Wochenbericht 41 des Jahres 1968.



In den Jahren um 1970 wandelte sich auch der Blick auf die DDR: Wurde die westliche Forschung zu den Comecon-Ländern bislang von Konzepten wie dem Systemgegensatz und der Totalitarismustheorie dominiert, spielte nun die »Konvergenztheorie« eine größere Rolle. Sie prognostizierte, dass sich Ost und West angesichts gleicher struktureller ökonomischer und technischer Rahmenbedingungen wirtschaftlich langsam angleichen sollten. Manche hofften dadurch auf Entspannung, andere fürchteten die Systemkonkurrenz. Im DIW hatten Ökonom*innen die Konvergenztheorie bereits in den 1950er-Jahren rezipiert, und in den 1960er-Jahren prägte sie die DDR- und Osteuropa-Forschung. Ausdruck dieser Arbeit war z. B. das in zwei Auflagen erschienene Handbuch »DDR-Wirtschaft – eine Bestandsaufnahme« von 1971.¹⁷

Die DIW-Strukturforschung mit ihren (Langzeit-)Prognosen erlebte in den Jahren des ökonomischen Optimismus vor 1973 ihre große Zeit.

Entsprechende Aufträge und Gutachten wurden für das DIW wissenschaftlich und finanziell immer wichtiger. Die Ergebnisse erschienen u. a. in den ab 1967 veröffentlichten »DIW-Beiträgen zur Strukturforschung«.

Allerdings sollte sich diese »Prognose-Wut« (Rolf Krengel) bald als sehr problematisch erweisen. So wurden die großen Zukunftsprojektionen zur Energiewirtschaft durch die Ölpreiserhöhungen der OPEC im Herbst 1973 schlagartig zur Makulatur: »Mit einem Mal waren die Ergebnisse der prognostischen Arbeit von Jahren unbrauchbar, die neuen Projektionen und Vorhersagen waren riskanter denn je.«¹⁸



Vom Boom in die Dauerkrise: wirtschaftliche und politische Zeitenwende

Nachdem die deutsche Wirtschaft ab 1968 noch einmal einen rasanten Boom erlebt hatte, markierten die 1970er-Jahre eine globale Zeitenwende: Den Auftakt bildete 1972 die weltweit vielbeachtete Publikation »Die Grenzen des Wachstums« des Club of Rome »zur Lage der Menschheit«. Sein Fazit: »Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten 100 Jahre erreicht.«¹⁹ Dieses pessimistische Bild passte kaum zum wachstumsverliebten Optimismus der Ökonom*innen. Auch wenn sich noch nicht jedes Szenario bewahrheitete, standen vor allem Bevölkerungswachstum und Umweltverschmutzung fortan auf der Tagesordnung – und wurden immer drängender.²⁰ Und von den Herausforderungen des Klimawandels und Artenschwunds war noch gar keine Rede.

Die Vorboten einer ökologischen Krise gingen einher mit einem Strukturwandel der deutschen Wirtschaft angesichts wachsender internationaler Konkurrenz. Bereits seit den 1960er-Jahren kriselte die Montanindustrie an Rhein und Ruhr, auch andere Traditionsbranchen gerieten in die Krise und verschwanden teilweise oder fast völlig, so z. B. die Textil-, Radio-, Foto- oder Kameraproduktion. Hinzu kamen die starken Lohn- und Gehaltssteigerungen der frühen 1970er-Jahre und eine Ausweitung der Sozialleistungen. Die Inflation stieg, die Konjunktur zeigte bis 1973 Anzeichen einer Überhitzung. Auch sozialdemokratische Ökonom*innen wie Klaus Dieter Arndt sahen die Entwicklung kritisch.²¹

Das Ende der Währungsordnung von Bretton Woods mit ihren stabilen Wechselkursen 1973 belastete die deutschen Exporte, denn die Aufwertung der D-Mark verteuerte die deutschen Waren.²² Schließlich beendete der »Ölpreisschock« des Jahres 1973 den weltweiten ökonomischen Boom der Nachkriegsjahrzehnte. Der Preis für ein Fass Rohöl stieg von 2,1 auf 35,2 Dollar. Deutschland, das 55 Prozent des Energiebedarfs mit Öl deckte, sah sich wie andere Länder einem »tiefgreifenden Systemschock« ausge-

setzt: »Der Westen erlebte seine tiefste [ökonomische] Krise in der Nachkriegszeit, vielleicht sogar seit 1929.« (Hans-Ulrich Wehler)²³

Westdeutschland geriet (wie viele andere Länder) 1974/75 in eine schwere Rezession: Die Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe und überstieg 1975 die Millionenmarke.²⁴ Die ökonomische Krise beschleunigte einen politischen Wechsel, und im Mai 1974 trat Bundeskanzler Willy Brandt (1913–1992) im Kontext der Guillaume-Affäre zurück. Sein Nachfolger Helmut Schmidt (1918–2015) setzte bei der Krisenbewältigung vor allem auf keynesianische Instrumente, im Gegensatz zu Karl Schiller, der bereits 1972 aus Protest gegen die Währungs- und Finanzpolitik der Bundesregierung als Wirtschafts- und Finanzminister zurückgetreten war. Schmidt bewahrte sich aber mit seinem am »Kritischen Rationalismus« von Karl Popper geschulten Denken immer eine gewisse Skepsis gegenüber der Möglichkeit einer »Globalsteuerung« der Wirtschaft und betrieb eine deutlich pragmatischere Politik.²⁵

Trotz aller Schwierigkeiten überwand die Bundesrepublik die Rezession halbwegs, aber schon 1979/80 löste die Islamische Revolution im Iran die zweite Ölkrise aus. Gleichzeitig vollzog sich ein struktureller Wandel: Die hohe Wachstumsrate der Wirtschaftswunderjahre reduzierte sich, während gleichzeitig die Arbeitslosigkeit stieg und sich auf hohem Niveau verfestigte. Sie stellte für Jahre und Jahrzehnte die größte Herausforderung für Politik und Wirtschaftswissenschaft dar.²⁶

Von Karl König zu Hans-Jürgen Krupp

Am 1. Dezember 1973 diskutierten Klaus Dieter Arndt und die Abteilungsleitenden des DIW über die Konsequenzen des Ölpreisschocks. Während der stundenlangen Sitzung klagte der Präsident über Rückenschmerzen, einige Wochen später starb er nach kurzer, schwerer Krankheit.

Die kommissarische Leitung des DIW übernahm zunächst der Berliner Wirtschaftssenator und DIW-Vorstandsmitglied Karl König (1910–1979). Um eine langwierige Suche nach einem geeigneten Nachfolger Arndts zu vermeiden, wurde König Ende 1974 zum (Interims-)Präsidenten des DIW gewählt und übernahm – nach seinem Rücktritt als Wirtschaftssenator – am 25. April 1975 das Steuer auch offiziell.²⁷

Karl König war SPD-Politiker und promovierter Wirtschaftswissenschaftler. Als NS-Gegner hatte er im »Dritten Reich« im Zuchthaus gesessen und wurde später in das berüchtigte Strafbataillon 999 eingezogen.

König war zwar kein herausragender Ökonom und gab dem DIW keine wissenschaftlichen Impulse, er hatte aber als Wissenschaftsmanager andere Qualitäten: Er gab der DIW-Forschung den nötigen Freiraum und konzentrierte sich auf die Verwaltung und finanzielle Sanierung des Institutes, das Mitte der 1970er-Jahre durch die starke Expansion unter Arndt in finanzielle Schieflage geraten war und stabilisiert werden musste. Angesichts veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen²⁸ und angespannter öffentlicher Haushalte wollte und konnte Berlin das chronische finanzielle Defizit des DIW nicht länger ausgleichen.²⁹

Um zu sparen, übernahm König selbst die Leitung der administrativen Zentralabteilung und reduzierte die Zahl der Beschäftigten von 180 (1974/75) auf 170 (1977). Dank seiner strengen Sparpolitik konnte König bereits 1977 dem DIW-Vorstand die finanzielle Konsolidierung melden.³⁰ Angesichts leerer Kassen blieben allerdings manch interessante Pläne in der Schublade und vielversprechende Projekte mussten (zum Leidwesen des DIW-Teams) abgewickelt werden; die Struktur der elf Abteilungen veränderte sich nicht.³¹



Karl König (1910–1979)

übernahm 1974 die Leitung
des DIW.

Der gesundheitlich angeschlagene Karl König war ein Übergangspräsident, der das Institut finanziell sanieren und einen Nachfolger finden sollte. Gemeinsam mit dem Abteilungsleiterkollegium suchte König daher einen neuen Präsidenten und präsentierte dem Kuratorium schließlich den Wirtschaftswissenschaftler Hans-Jürgen Krupp (1933–2024) als Kandidaten. Am

7. Juli 1978 wurde Krupp zum neuen DIW-Präsidenten gewählt. Karl König seinerseits verstarb im Frühjahr 1979 noch vor dem offiziellen Ende seiner Amtszeit unerwartet auf der Rückfahrt von der Leipziger Messe. Wie geplant wurde Hans-Jürgen Krupp am 2. April 1979 in sein neues Amt eingeführt.³²

Hans-Jürgen Krupp: Wirtschaftswissenschaftler mit universitärer Verwurzelung

Der neue DIW-Präsident Hans-Jürgen Krupp hatte an der TU Darmstadt Wirtschaftsingenieurwesen studiert. Nach Promotion und Habilitation wurde er 1969 Professor für Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Goethe-Universität Frankfurt. Von 1975 bis 1979 amtierte er dort als zweiter Präsident, ehe er die Leitung des DIW übernahm. Von 1982 bis 1984 gehörte Krupp dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung an, 1987 wechselte er als Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre an die TU Berlin.

Als renommierter Ökonom mit mehrjähriger Erfahrung als Universitätspräsident war Hans-Jürgen Krupp eine gute Wahl für die Institutsleitung: Mit ihm wurde erstmals seit Wagemann wieder ein Wirtschaftswissenschaftler mit universitärer Verwurzelung Präsident des DIW. Für ihn sprach auch, dass er – bei methodischer und theoretischer Offenheit – eine starke empirische Forschung mit einer praxisorientierten Ausrichtung verband. Zudem vertrat er eine vermittelnde Position zwischen Machbarkeitsoptimismus und Laissez-faire-Politik.³³



Der neue Präsident Hans-Jürgen Krupp (1933–2024) sprach 1979 anlässlich der Grundsteinlegung für den zweiten Erweiterungsbau des DIW.

Unter seinem neuen Präsidenten erlebte das DIW einen erneuten Aufschwung: Auf dem DIW-Nachbargrundstück an der Englerallee wurde endlich der lang geplante zweite Erweiterungsbau errichtet. Das 1981 bezogene Gebäude verbesserte die Arbeitsbedingungen deutlich: Alle Mitarbeitenden des Institutes waren nun wieder am Standort in Dahlem vereint.³⁴

Von Keynes zu Friedman: wissenschaftliche Kurskorrektur?

Anfang der 1970er-Jahre war Kritik an der »Globalsteuerung« laut geworden. Diese Kritik traf allerdings nur bedingt zu, weil sich Bundesregierung und ökonomische Akteure in der Hochkonjunktur ohnehin nicht an die keynesianischen Spielregeln hielten und faktisch prozyklisch agierten. Die Stagflation der Krisenjahre 1974/75 erschütterte allerdings die herrschende Lehre: Ganz gegen die Theorie stieg die Arbeitslosigkeit unaufhörlich, während die Inflation gleichzeitig hoch blieb. Das stellte die Keynesianische Phillips-Kurve in Frage, die ein inverses Verhältnis beider Phänomene postulierte.³⁵

Die ökonomischen Verwerfungen der 1970er-Jahre führten in Politik und Wirtschaftswissenschaft zu einer »großen Ernüchterung« (Tim Schanetzky) und läuteten die »monetaristische Gegenrevolution« ein, für die vor allem der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Milton Friedman (1912–2006) steht. Für Friedman war ein regelgebundenes Geldmengenzuwachstum in Einklang mit dem Produktionspotenzial die entscheidende Voraussetzung für ökonomische Stabilität. Damit einher ging die Ablehnung staatlicher Interventionen: Friedman und seine Anhänger*innen forderten eine Liberalisierung des Marktes und eine Stärkung der Unternehmen.

In Deutschland gewannen Monetarismus und angebotsorientierte Politik ab den späten 1960er-Jahren langsam, aber sicher an Einfluss. Bundesbank und Sachverständigenrat vollzogen innerhalb eines Jahrzehnts den Schwenk zu dem neuen Leitbild. Die sozialliberale Bonner Regierung folgte allerdings einer eher keynesianischen Ausrichtung. Deutschland erlebte eine ungewöhnliche Parallelität beider Ansätze.³⁶

Auch das DIW setzte sich etwa seit 1970 mit dem Monetarismus auseinander: Präsident Arndt, eigentlich »Inflationist« im Sinne der modifizierten Phillips-Kurve, war bereit, eine stärkere Geldentwertung in Kauf zu nehmen, um die Arbeitslosigkeit in Schach zu halten. Damit stand der DIW-Präsident den Friedman'schen Ideen kritisch gegenüber. Allerdings nahm er sie sehr ernst, wie eine Aussage des Wirtschaftsstaatssekretärs Johann Baptist Schöllhorn (1922–2009) illustriert: »Dem theoretischen Gebäude der Friedman-Schule gegenüber blieb er sehr skeptisch. Aber die Darlegung der empirischen Zusammenhänge zwischen Geldmenge und Preisentwicklung hat ihn stark beeindruckt. Er sagte mir des öfteren, daß wir für unsere Politik daraus lernen sollten.« Mit dieser kritischen Einstellung gegenüber Friedmans Ansatz blieb das DIW in den 1970er-Jahren seinem keynesianischen Ansatz verpflichtet.³⁷

Neue Forschungsschwerpunkte

Natürlich erforschte das DIW die neuen wirtschaftlichen Entwicklungen, die Ölpreisexplosion ebenso wie die Stagflation. Mithilfe der Input-Output-Rechnung legte die DIW-Industrieabteilung Analysen vor und beleuchtete die Auswirkungen des Angebotsschocks auf die Gesamtwirtschaft. In diesem Kontext registrierte und bemängelte das DIW ein Sinken des Investitionsniveaus. Ab 1976 verfolgte das Institut den Aufschwung, der mit einer sich verstetigenden Massenarbeitslosigkeit einherging. Zudem richtete sich der Blick auf die chronischen Defizite der öffentlichen Haushalte: Für das DIW war die Höhe der Verschuldung nicht besorgniserregend, wohl aber der rasante Anstieg.³⁸

Keynesianisch inspirierte Ökonom*innen forderten von der Bundesregierung eine aktivere Konjunkturpolitik. Das DIW entwarf dazu 1978 ein umfassendes, bis 1985 reichendes Beschäftigungsprogramm, das auch zukunftsorientierte Investitionen in Umweltschutz und innovative Energietechnologien vorsah. Angesichts der angespannten Haushaltslage bestand allerdings wenig Hoffnung auf eine Realisierung: »Bewirkt haben die Vorschläge [...] so gut wie nichts.« (Rolf Krengel)³⁹

Neben der Analyse der Krise verstärkte das DIW u. a. die DDR-Forschung: Nachdem die Bundesregierung 1975 den zwar hochkarätig besetzten, aber eher konservativen »Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands« aufgelöst hatte, dominierte das DIW mit seinem der Entspannungspolitik verpflichteten Ansatz die westdeutsche Forschung zur Wirtschaftsentwicklung der DDR.⁴⁰

Angesichts der »Ölkrise« beschäftigte sich das DIW zudem mit einer sicheren und nachhaltigen, also auch umweltverträglichen Energieversorgung. Dabei spielte auch der wirtschaftliche Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft eine Rolle. Aufgrund seines Alters und seiner Sozialisation war Karl König nicht der Mann, der derartige Fragestellungen vorantrieb; unter seinem Nachfolger gewannen diese allerdings zunehmend an Bedeutung.⁴¹

Epoche der Evaluationen: das Gutachten des Wissenschaftsrats

Für die Wirtschaftsforschungsinstitute markierte das Jahr 1982 eine Zäsur, weil nun die Epoche der Evaluationen begann: Der 1957 gegründete »Wissenschaftsrat« nahm im Auftrag der Bundesregierung dabei auch das DIW genauer unter die Lupe. Positiv hervorgehoben wurden vom Wissenschaftsrat die VGR, die Input-Output-Rechnung und die Konjunkturforschung sowie die umfassende Bereitstellung entsprechender Daten. Gelobt wurde auch die flexible Anpassung der Forschungsabteilungen an aktuelle ökonomische Entwicklungen, und das Gutachten begrüßte das geplante Projekt des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP).



Am 5. November 1981 wurde der neue Erweiterungsbau des DIW eingeweiht – Bundespräsident Richard von Weizsäcker hielt die Festansprache.

Es gab allerdings auch kritische Anmerkungen: So forderte der Wissenschaftsrat bereits zu diesem Zeitpunkt mehr Kooperation mit der akademischen Volkswirtschaftslehre, mehr externe Publikationen und eine stärkere wissenschaftliche Vernetzung. Die Auftragsforschung sollte stärker auf die Wirtschaft ausgerichtet und der keynesianische Ansatz um andere Konzepte ergänzt werden. Insgesamt jedoch stellte der Wissenschaftsrat dem DIW ein gutes bis sehr gutes Zeugnis aus und empfahl uneingeschränkt die weitere Förderung durch den Bund und das Land Berlin.⁴²

**Vom Ende der sozial-
liberalen Koalition
zum wiedervereinigten
Deutschland**

1982 | | | | | | | | | | | | | | | | | | 1998

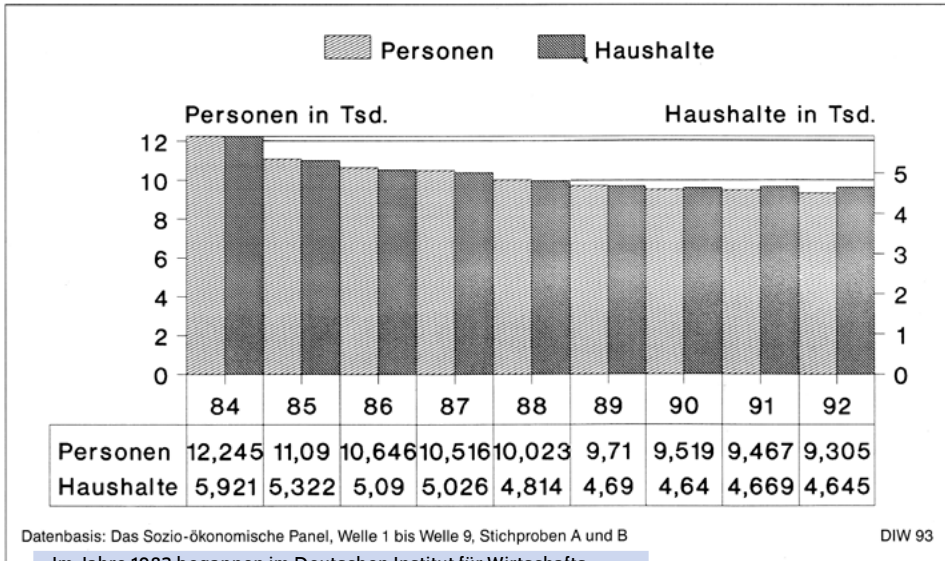
Das DIW zwischen »Wende« und Mauerfall

Nachdem CDU und CSU 1969 in die Opposition gegangen waren, vollzogen sie einen deutlichen Schwenk von einer keynesianischen zu einer angebotsorientierten Politik, während die sozialliberale Bundesregierung unter den Kanzlern Brandt und Schmidt eine pragmatisch-nachfrageorientierte Politik verfolgte. Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage übernahm die FDP jedoch schließlich die Positionen des Sachverständigenrates, forderte u. a. neoliberale Reformen des Arbeitsmarktes, Deregulierung, eine Eindämmung der Sozialstaatskosten sowie eine liberale Angebotspolitik¹ und provozierte damit 1982 den Bruch mit der SPD.

Der neue Bundeskanzler Helmut Kohl (1930–2017) von der CDU und sein Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (1926–2009) von der FDP sprachen zwar viel von der »Wende«, vollzogen allerdings keine radikale wirtschaftspolitische Wende à la Thatcher im Vereinigten Königreich oder Reagan in den USA. Stattdessen verfolgten sie eine pragmatische Politik, die durchaus Kontinuitäten zur Linie der Vorgängerregierung zeigte.²

Der Machtwechsel in Bonn brachte keine grundlegende Verschiebung der Kräfteverhältnisse in den DIW-Gremien. 1982 zählte das Kuratorium 25 Mitglieder, die neben Wirtschaft, Gewerkschaften und Parteien vor allem die öffentliche Hand repräsentierten. Dem Vorstand gehörten fünf Personen an. 1982 belief sich der DIW-Haushalt auf 16,5 Millionen D-Mark, dabei machte die Grundfinanzierung mehr als zwei Drittel aus. Die Mittel kamen in erster Linie vom Bund und vom Land Berlin. Ende 1982 arbeiteten 185 Menschen für das DIW, vor allem in den wissenschaftlichen Abteilungen. Nach der »Wende« wuchs das DIW weiter: Bis 1988 stieg der DIW-Haushalt auf 21,4 Millionen D-Mark und die Zahl der Mitarbeitenden auf 211.³

Beflügelt vom Lob des Wissenschaftsrates (dessen Kritik man allerdings weniger berücksichtigte) setzte das DIW in den 1980er-Jahren seine Arbeit wie gehabt fort. Die verschiedenen Forschungsbereiche wurden nun von zehn Abteilungen abgedeckt. Einen Meilenstein markierte 1983 allerdings die Einrichtung der Projektgruppe »Das Sozio-ökonomische Panel« (später Sozio-oekonomisches Panel, SOEP; mehr dazu weiter unten).⁴



Im Jahre 1983 begannen im Deutschen Institut für Wirtschafts-
forschung die Arbeiten am »Sozio-oekonomischen Panel«.
Zehn Jahre später zog das DIW eine Zwischenbilanz, die die
angewandten Methoden im Blickpunkt hat (Ausschnitt).

Neben den Forschungen lieferte das DIW Wissenschaft, Politik und anderen Interessierten grundlegende Datensammlungen zu Wirtschaft, Gesellschaft und privaten Haushalten. Dazu gehörten die vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR), die Input-Output-Rechnung mit ihren Tabellen, Matrizen und Indizes sowie die innovativen Längsschnittdaten des Sozio-oekonomischen Panels.⁵

Hinzu kam eine stark gewachsene Auftragsforschung für Bund, Länder, öffentliche Einrichtungen und Unternehmen. Obgleich das DIW als SPD-nah galt und Hans-Jürgen Krupp 1983 zum Schattenkabinett des SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel (1926–2020) gehörte, blieben die Bundesministerien auch nach 1982 die wichtigsten Auftraggeber des DIW, das wegen seiner Leistungsfähigkeit geschätzt wurde.⁶

Desillusionierung

In den 1980er-Jahren wuchs die Wirtschaft nur langsam, zudem blieb die Arbeitslosigkeit hoch.⁷ Das lag u. a. an Produktivitätssteigerungen, dem Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft und den »Baby-boomern«, die nun auf den Arbeitsmarkt drängten. Verstärkt wurde der sozioökonomische Umbruch durch demografische Veränderungen, Migration und Wertewandel. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mussten auf den Umbruch zur postindustriellen Gesellschaft reagieren.⁸



Der spätere SOEP-Leiter Jürgen Schupp (rechts) installierte im Sommer 1984 an der Goethe-Universität Frankfurt einen Personal Computer. Die Technik hielt auch Einzug ins DIW.

Während die Gesellschaft der Bundesrepublik noch vom Wirtschaftswunder mit hohen Wachstumsraten und Vollbeschäftigung träumte, diagnostizierten VGR und Konjunkturforschung eine andere Realität, die von Strukturwandel, schwachem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit geprägt war.

Die Konjunkturforschung des DIW nutzte für die Erfassung der wirtschaftlichen Verhältnisse inzwischen ein neues Instrumentarium. Es basierte auf einer breiten und tiefen empirischen Basis, neuen statistischen Verfahren, einer modernen EDV und einer elaborierten Theorie: In den 1980er-Jahren setzte etwa das ökonometrische DIW-Konjunkturmodell Maßstäbe und wurde auch für die Gemeinschaftsdiagnose verwendet.⁹ Im Auftrag der Bundesregierung entstanden am DIW bedeutende Beiträge zur Strukturfor- schung samt Untersuchungen zu einzelnen Unternehmen.

Die Auftragsarbeiten des DIW

- konstatierten einen »exportgetriebenen Strukturwandel bei schwachem Wachstum«,
- forderten technologische Innovationen,
- kritisierten die Subventionen,
- diagnostizierten eine zu große Exportabhängigkeit und mahnten eine Stärkung der Binnennachfrage an,
- beschrieben die voranschreitende Tertiärisierung der Wirtschaft und forderten eine Wachstumsstrategie für den Dienstleistungsbereich.¹⁰

Die DIW-Forschungen zur Arbeitslosigkeit zeigten eine zunehmende Desillusionierung: Angesichts einer hohen Staatsverschuldung¹¹ forderten Arbeiten des DIW zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit statt teurer Beschäftigungsprogramme eine Politik der kleinen Schritte mit zahlreichen nachfrage- und auch angebotsorientierten Maßnahmen wie z. B. einer steuerlichen Entlastung von Unternehmen. Eine Arbeitszeitverkürzung sah man hingegen kritisch. 1987 prognostizierte das DIW angesichts von 2,2 Millionen Arbeitslosen, dass die Unterbeschäftigung Deutschland noch lange begleiten werde, und vermutete für das Jahr 2000 knapp 1 Million Arbeitslose.¹² (Tatsächlich waren es 2,4 Millionen in Westdeutschland plus 1,5 Millionen in den neuen Bundesländern.¹³)

Das Sozio-oekonomische Panel

Die wichtigste Veränderung der 1980er-Jahre im DIW war 1983 die Einrichtung des »Sozio-oekonomischen Panels zur Erforschung und Analyse des sozialen Wandels« (SOEP) auf Initiative und unter der wissenschaftlichen Leitung von Hans-Jürgen Krupp. Das SOEP entwickelte sich rasch zu einem Flaggschiff des DIW und ist bis heute die größte und am längsten laufende multidisziplinäre Langzeitstudie in Deutschland.

Finanziert wurde das SOEP zunächst von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) als Teilprojekt des Sonderforschungsbereiches »Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik«. Die seit 1984 am DIW durchgeführte Langzeitstudie war zunächst auf fünf, dann auf zehn Jahre angelegt. Nach Beendigung des Sonderforschungsbereiches wurde das SOEP ab den 1990er-Jahren als Projekt gemeinsam vom Bundesministerium für Forschung und Technologie und von den Bundesländern finanziert, bevor es 2003 im DIW Berlin mit einer permanenten Grundfinanzierung ausgestattet wurde.



Ute Hanefeld, wissenschaftliche Mitarbeiterin des SOEP im DIW, hatte maßgeblichen Anteil am erfolgreichen Panelprojekt, über das sie 1987 eine Monografie veröffentlichte.

1984 wurden in einer ersten Welle etwa 6.000 repräsentativ ausgewählte Haushalte befragt, um »bedeutende empirische Kenntnisse« zur gesellschaftlichen und ökonomischen Situation der deutschen Haushalte zu gewinnen. Es ging und geht u. a. um die Beschäftigungs- und Wohnsituation, um Gesundheit und Lebenserwartung, um Bildung und Kultur.¹⁴ Die Erhebung ermöglichte einen einzigartigen Blick auf die deutsche Gesellschaft, sodass die Wissenschaftler*innen fortan den »Haushaltssektor der Bundesrepublik« und damit den sozioökonomischen Wandel der deutschen Gesellschaft genau beschreiben konnten. Deutlich wurden dabei die Veränderung

der Geschlechterrollen, die Herausbildung postmaterialistischer Werte und der demografische Wandel, Trends wie Individualisierung und Pluralisierung oder auch der Übergang von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft. Die Informationen können seitdem von Sozial-, Familien- oder Bildungspolitik ebenso wie von Forschenden unterschiedlichster Disziplinen genutzt werden.¹⁵

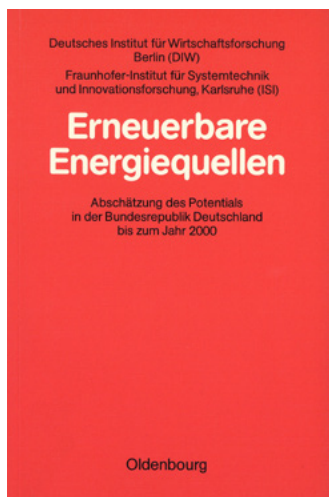


Innovationsforschung, Energieversorgung und Klimawandel

Ein anderes zentrales Thema der verstärkten DIW-Forschung zu Angebotsbedingungen war die Bedeutung von Innovationen für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Die zuständige Abteilung »Industrie und Technologie« widmete sich besonders der Mikroelektronik und der Informationstechnologie. Um die steigenden Anforderungen an Arbeitskräfte zu untersuchen, wurden etwa 10.000 Unternehmen befragt. Das Ergebnis: Qualifizierung und Innovation sind die entscheidenden Voraussetzungen für Wachstum und Vollbeschäftigung.¹⁶

Mit Energiefragen beschäftigte sich das DIW schon lange. In den 1960er-Jahren war es um hohe Kosten und die Abhängigkeit vom Ausland gegangen. Später stellte das DIW die klassische Energieversorgung nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus ökologischen Gründen in Frage. Während es bei der Kernkraft nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl 1986 vor allem um Sicherheitsbedenken ging, verdichteten sich schon in den 1970er-Jahren die Belege für den menschengemachten Klimawandel durch die Verbrennung der fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas.

Das DIW mahnte früh eine Wende hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung an. In einer Pionierstudie von 1984 im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums untersuchten DIW und Fraunhofer-Institut die erneuerbaren Energiequellen: Deren Potenzial sei zwar kurz- und mittelfristig beschränkt, der Umstieg auf erneuerbare Energie sei aus ökonomischen und ökologischen Gründen langfristig jedoch unumgänglich.¹⁷





Doris Cornelsen (1933–2009,
hier im Jahr 1989) leitete ab 1974
die Abteilung DDR und östliche
Industrieländer und prägte bis
zur Wende die DDR-Forschung
des DIW.

Blick nach Westen – Blick nach Osten

Bereits seit 1958 (ein Jahr nach Gründung der EWG) beschäftigte sich die DIW-Abteilung »Auslandswirtschaft (West)« mit der ökonomischen und politischen Integration Europas und erforschte später die »Westlichen Industrieländer und Entwicklungsländer«. Seit den 1980er-Jahren forderte das DIW die Vollendung des Binnenmarktes und eine gemeinsame Konjunktur- und Wirtschaftspolitik.¹⁸

Ab Mitte der 1970er-Jahre verfolgte die Wirtschaftswissenschaft aufmerksam die Umsetzung des Monetarismus in konkrete Politik:¹⁹ Mit »Thatcherismus« und »Reaganomics« analysierten Forschende des DIW intensiv die Angebotspolitik und ihre Folgen und konstatierten dabei begrenzte Erfolge bei zu hohen sozialen Kosten. In der britischen und US-amerikanischen Wirtschaftspolitik sahen die Wissenschaftler*innen jedenfalls keine Vorbilder, sondern abschreckende Beispiele.²⁰

Intensiv beschäftigte sich das DIW in den 1980er-Jahren auch mit den Volkswirtschaften der Comecon-Länder, insbesondere der DDR: Von 1960 bis in die erste Hälfte der 1970er-Jahre hatte das DIW einen Aufwärtstrend der ostdeutschen Wirtschaft konstatiert, 1987 aber betrachtete man die Entwicklung viel kritischer und diagnostizierte einen bleibenden Abstand zur Bundesrepublik.²¹ Im Grunde verabschiedete sich das DIW von der alten Konvergenztheorie und stellte stattdessen fest, dass eine grundsätzliche Änderung der DDR-Planwirtschaft »offenbar nicht in Sicht« sei, obgleich das System in eklatantem Widerspruch zu den Erkenntnissen der Nationalökonomie stehe.²²

Von 1945 bis 1989 gab es in Westdeutschland eine vielfältige, sehr verschiedenen wissenschaftlichen und politischen Paradigmen verpflichtete DDR-Forschung. Sie konnte allerdings nur auf einer sehr unsicheren Datengrundlage arbeiten und kam zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Auch wenn die wissenschaftliche Arbeit des DIW mit ihrer Breite, Tiefe und Qualität herausragte, gab es auch hier gravierende Fehleinschätzungen: Zwar korrigierte das DIW seine zunächst positive Einschätzung der DDR-Produktivität in den 1980er-Jahren deutlich nach unten und setzte sie bei etwa 50 Prozent des Westniveaus an, aber tatsächlich lag sie bei etwa 30 Prozent.²³

Gelegentlich wurde der Verdacht geäußert, dass diese zu positive Einschätzung der ostdeutschen Wirtschaft durch das DIW mit einer Unterwanderung des Institutes durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR zusammenhing. Im Zuge einer eingehenden Prüfung der entsprechenden Aktenbestände im Bundesarchiv konnten allerdings keine Quellen gefunden werden, die diesen Verdacht erhärteten.²⁴

In den 1980er-Jahren untersuchte das DIW die Wirtschaft bemerkenswert vieler Weltregionen. Dabei fallen zwei Besonderheiten auf: Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Japans beschäftigte sich das DIW kaum.²⁵ Dafür verfolgte das DIW schon früh die Veränderungen in China, für das sich westliche Ökonom*innen sonst kaum interessierten: Der DIW-Wirtschaftswissenschaftler Ernst Hagemann (1930–2023) untersuchte seit den 1960er-Jahren intensiv die wirtschaftliche Entwicklung Chinas und beobachtete auch die Anfänge des Aufstiegs. Als dieser Mitte 1990er-Jahre an Fahrt gewann, brach allerdings die China-Forschung am DIW mit dem Eintritt Hagemanns in den Ruhestand ab.²⁶

Ende der Geschichte?

Statt einer schrittweisen ökonomischen Angleichung von Ost und West kollabierten die Sowjetunion und ihr Vasallenregime in den späten 1980er-Jahren unter dem Druck des Systemwettbewerbs und aufgrund des Freiheitsstrebens der Völker Osteuropas. Damit hatte sich die Konvergenztheorie endgültig erledigt. In atemberaubendem Tempo verwandelte sich die bipolare Weltordnung 1989/90 in eine unipolare. Die Teilung Europas wurde überwunden, Deutschland verwandelte sich durch den Mauerfall, den Untergang der DDR und die Wiedervereinigung in ein anderes Land.²⁷

Bereits im Sommer 1989 prognostizierte der US-amerikanische Politologe Francis Fukuyama (geb. 1952) das »Ende der Geschichte«. Fukuyama sah in einem weltweiten Triumph des Liberalismus nach US-amerikanischem Vorbild das Ende der menschlichen Entwicklung und ein Zeitalter freiheitlicher Demokratie sowie kapitalistischer Marktwirtschaft. Aber kaum je geriet eine neue Weltordnung so rasch nach ihrer Entstehung ins Wanken wie die von 1989/90.²⁸

Lutz Hoffmann wird neuer DIW-Chef

1988 wechselte Hans-Jürgen Krupp in die Politik und wurde zunächst in Hamburg Finanz- und dann Wirtschaftssenator.²⁹ Sein Nachfolger wurde der Volkswirt Lutz Hoffmann (1934–2019), der in Kiel studiert hatte und nach Promotion und Habilitation 1969 Ordinarius an der Universität Regensburg wurde. Ab 1985 leitete er die Forschung und Langfristplanung der »United Nations Conference on Trade and Development« (UNCTAD).

Nachdem Lutz Hoffmann im Januar 1989 zum DIW-Präsidenten gewählt worden war, trat er am 1. März 1989 seine neue Position an.³⁰ Zugleich wurde er Professor an der FU Berlin. Der neue DIW-Präsident zeigte sich offen gegenüber unterschiedlichen theoretischen Ansätzen in der Volkswirtschaftslehre, Schubladendenken lehnte er ab. Seine Forschungen nahmen vor allem Entwicklungs- und Transformationsländer in den Blick.³¹



Im August 1988 wurde der scheidende
Präsident Hans-Jürgen Krupp mit einem
Sommerfest verabschiedet.





Der neue DIW-Präsident

Lutz Hoffmann (1934–2019)

bei seiner feierlichen Amts-

einführung am 21. Juni 1989

Ende 1989 zählte das DIW 212 Mitarbeitende, der Haushalt war auf 23,2 Millionen D-Mark angestiegen, die Grundfinanzierung lag mit 13,4 Millionen D-Mark bei 58 Prozent. Angesichts des

globalen Umschwungs passte das DIW seine Forschung an die aktuellen Entwicklungen an. Neue Abteilungen widmeten sich der Strukturforschung, dem öffentlichen Sektor, Berlin-Brandenburg, Osteuropa und den weltwirtschaftlichen Strukturen. Hinzu kam eine weitere Neuerung: Seit 1994 begleitet ein Wissenschaftlicher Beirat aus international angesehenen aktiven Wissenschaftler*innen die Arbeit des DIW, um den Vorstand bei der Planung der wissenschaftlichen Arbeit zu beraten, die Forschungsergebnisse zu bewerten und an das Kuratorium zu berichten.³²

Das DIW und die Wiedervereinigung

Als das SED-Regime zusammenbrach, bewertete das DIW wie viele andere die ökonomische Lage der DDR zu positiv. Allerdings setzte sich rasch eine realistische Einschätzung der strukturellen Schwächen der ostdeutschen Wirtschaft durch. Lutz Hoffmann sah eine schnelle Wiedervereinigung Deutschlands kritisch und plädierte für eine zeitweilige Konföderation und einen langsamen Anpassungsprozess. 1990 lehnte das DIW die Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten ab. Man war davon überzeugt, dass der Produktivitätsrückstand des Ostens nur durch ein niedrigeres Lohnniveau ausgeglichen werden könne, und prognostizierte (wie andere) geradezu katastrophale Folgen einer Währungsunion. Die Bundesregierung unter Helmut Kohl und die Regierung de Maizière als letzte Regierung der DDR entschieden sich jedoch – nicht zuletzt unter dem Eindruck von Massendemonstrationen – anders: für Währungsunion und Einheit. Der vom DIW vorgeschlagene Weg wurde von der Geschichte überrollt – und die Befürchtungen des DIW bewahrheiteten sich.³³

»Dort, wo in Osteuropa eine funktionsfähige Marktwirtschaft zustande kommt, sollten Westeuropa und insbesondere die Bundesrepublik alles tun, um durch Marktoffenheit, freien Kapitaltransfer und auch eine möglichst freie Mobilität von Arbeitskräften [...] zu unterstützen.«

Lutz Hoffmann

Bereits im Juni 1990 legten Lutz Hoffmann und sein Team als Erste eine Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) für Gesamtdeutschland vor. Der Abteilung SOEP gelang es unter der neuen Leitung des Ökonomen Gert G. Wagner (1951–2024) noch im Juni 1990 – also knapp vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 1. Juli 1990 –, eine erste Befragung von 2.200 Haushalten in der DDR abzuschließen. In den Jahren nach der Wiedervereinigung zeichnete das DIW die Erneuerung der Infrastruktur und den langsamen Wiederaufbau der Wirtschaft in den neuen Ländern nach. Das DIW prognostizierte einen langsamen ökonomischen Transformationsprozess in Verbindung mit dauerhaft höheren Steuern und umfangreichen Transferleistungen aus dem Westen. Dabei war für das DIW die ökonomi-



Mitarbeitende der Abteilung Berlin-
Brandenburg um 1996: Rolf-Dieter Postlep
(Abteilungsleiter), Kathleen Toepel und
Kurt Geppert (v.l.n.r.)

sche Stärke der alten Bundesländer eine entscheidende Voraussetzung für den Aufschwung des Ostens.³⁴ Die Beschäftigung mit den neuen Bundesländern hat für diese positive Folgen: Im Jahre 2000 wurden die Ergebnisse einer DIW-Studie zum Nachholbedarf der ostdeutschen Infrastruktur Grundlage des Solidarpakts II.³⁵

Der westdeutschen Wirtschaft ging es 1989/90 mit 4 bzw. 6 Prozent Wachstum gut. In den folgenden Jahren sah sich Deutschland zwar einer wachsenden globalen Konkurrenz ausgesetzt, man profitierte aber auch erheblich von der Wiedervereinigung und sah sich bald als klarer Gewinner der Globalisierung – zumindest in den alten Bundesländern. Zwar wurde immer wieder behauptet, die Bundesrepublik verliere aufgrund zu hoher Löhne, Steuern, Sozialabgaben und staatlicher Auflagen an Wettbewerbsfähigkeit, aber das DIW konnte diese Klagen mit seinen Studien widerlegen: Deutschland gehörte in den 1990er-Jahren zu den wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt. Angesichts des globalen Wettbewerbs forderte das DIW allerdings trotzdem eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik mit nachfrage- und angebotsorientierten Ansätzen.³⁶

Prognosen gehören zwar zum Kerngeschäft eines Wirtschaftsforschungsinstitutes, sie sind aber auch immer riskant: »Wie schon immer: Die Analysen waren gut, die Prognosen häufig falsch« (Rolf Krengel). So prognostizierte das DIW in den 1970er- und 1980er-Jahren regelmäßig einen starken Rückgang der deutschen Bevölkerung – jedoch: Man hatte zwar den »Pillenknick« im Blick, aber nicht die Einwanderung. Erst nach 1989 gelangte man zu einer entgegengesetzten Einschätzung: Die DIW-Abteilung Strukturforschung prognostizierte nun angesichts starker Einwanderungseffekte mittelfristig ein demografisches Wachstum.³⁷ Auch dies erwies sich nur teilweise als richtig: Von 1990 bis 2010 reduzierte sich die Wachstumsrate immer weiter, sodass die Bevölkerung Deutschlands 2003 bis 2010 sogar sank und erst danach wieder anstieg.



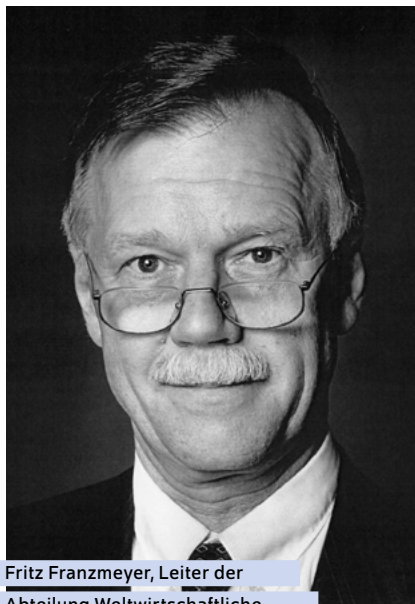
1992 besuchte Bundespräsident
Richard von Weizsäcker (l.)
das DIW und ließ sich von Lutz
Hoffmann (r.) die Arbeit des SOEP
erläutern.

Wirtschaftswissenschaft in einer Welt des Umbruchs

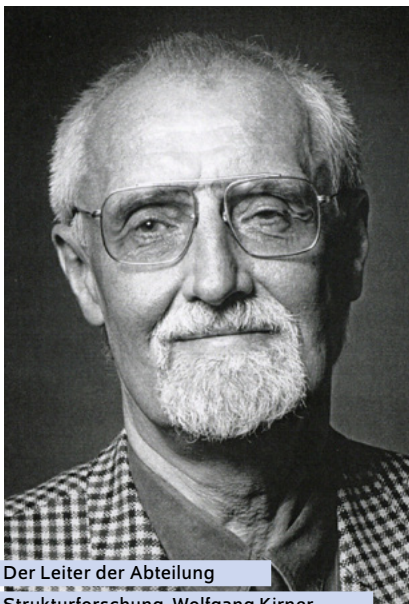
Die deutsche Wiedervereinigung verlieh dem europäischen Integrationsprozess eine neue Dynamik. 1992/93 wurde mit dem Vertrag von Maastricht die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion geschaffen. Beobachtete beim DIW in den 1980er-Jahren nur ein einziger Mitarbeiter die EG, so beschäftigten sich 1998 vier Personen mit der Europäischen Union. Das DIW untersuchte und unterstützte den europäischen Einigungsprozess und analysierte z. B. die Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion auf die Finanzmärkte der EU-Länder. 1997 unterzeichneten Lutz Hoffmann und Hans-Jürgen Krupp einen öffentlichen Appell, mit dem sich mehr als 50 Wirtschaftswissenschaftler*innen für die Einführung des Euro aussprachen.³⁸

Lutz Hoffmann und die Mitarbeitenden der DIW-Abteilung für Weltwirtschaft befürworteten die EU-Osterweiterung und beschäftigten sich in den 1990er-Jahren intensiv mit den postsozialistischen Ländern Europas. Es entstand eine entsprechende Konjunkturberichterstattung und die Forschenden konstatierten eine divergierende Entwicklung zwischen den potenziellen EU-Mitgliedern und den GUS-Staaten. Das DIW beriet die Ukraine wirtschaftspolitisch und gründete ein Kooperationsbüro Osteuropa-Wirtschaftsforschung, das die ökonomische Beratung der postsozialistischen Staaten unterstützte.³⁹

Mit der Fokussierung auf Wiedervereinigung, europäische Integration und Osteuropa geriet allerdings der Rest der Welt etwas aus dem Blick: In den 1990er-Jahren wurde die ehemals starke Forschung zu den »Entwicklungsländern« und auch zu China weitgehend eingestellt. Das DIW untersuchte zwar die Globalisierung, aber angesichts der Konzentration auf die »Old Economy« spielten neue Phänomene wie der Aufstieg globaler Medienkonzerne, die Digitalisierung oder das Internet keine große Rolle.⁴⁰



Fritz Franzmeyer, Leiter der
Abteilung Weltwirtschaftliche
Strukturen, im Jahr 1995



Der Leiter der Abteilung
Strukturforschung, Wolfgang Kirner,
im Jahr 1995

Nachhaltigkeit als Grundlage wirtschaftlichen Erfolges

Pionierarbeit leistete das DIW hingegen in den 1990er-Jahren auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit – als Prinzip ökonomischer Rationalität und Grundlage wirtschaftlichen Erfolges. Die Wissenschaftler*innen forderten eine Reduktion der klimaschädlichen CO₂-Emissionen und plädierten angesichts der Risiken und der ungelösten Entsorgungsfrage für einen Atomausstieg. In Verbindung mit der Energiefrage sprachen sich die Forschenden auch für eine Verkehrswende aus. Hinsichtlich der Abfallproblematik schlug das DIW eine breit angelegte Strategie vor, die Vermeidung, Verwertung, Verbrennung und Deponierung kombiniert. Im Kontext der Standortdebatte wurde das DIW nicht müde zu betonen, dass hohe Umweltstandards keine wirtschaftlichen Nachteile brachten. Ganz im Gegenteil.

Schon in den 1980er-Jahren hatte sich das DIW immer wieder mit der Umweltverschmutzung in der DDR beschäftigt. Nach der Wiedervereinigung forderte es ökologische Sanierungskonzepte für die neuen Bundesländer und eine umweltverträgliche Ausrichtung der Industrie. Im Auftrag von Greenpeace präsentierte das Institut 1994 das innovative Konzept einer »Ökosteuer«, die Energie verteuerte, als Kompensation aber eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie einen »Öko-Bonus« für private Haushalte vorsah.⁴¹



Mitarbeitende der Abteilung Energie und Rohstoffe um 1996: Jochen Diekmann, Norbert Schröder, Maria Ebbighausen und Georg C. Goy (v.l.n.r.); der Abteilungsleiter Hans Joachim Ziesing ist nicht im Bild.

1982 hatte der Wissenschaftsrat eine methodische und theoretische Öffnung des DIW empfohlen. In den 1990er-Jahren richtete sich die Forschung tatsächlich breiter aus und nutzte nicht nur keynesianische, sondern auch angebotsorientierte Konzepte. Zudem wurden die Evolutions- und die Institutionenökonomik rezipiert, hinzu kamen weitere Theorien wie die Neue Finanzwissenschaft.⁴²

Mit seiner breiten theoretischen und thematischen Ausrichtung war das DIW im Deutschland der 1990er-Jahre sehr präsent. Seine Gremien pflegten vielfältige Kontakte zu Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften. Hinzu kamen Kooperationen mit in- und ausländischen Universitäten und Mitgliedschaften in nationalen und internationalen Organisationen. So wurden die Daten des SOEP zum Kern des »Cross-National Equivalent File« (CNEF), in dem Haushaltspaneldaten aus verschiedenen Ländern für vergleichende Analysen zusammengeführt wurden. Der wissenschaftliche Output des DIW umfasste Datensammlungen, Gutachten und eine breite Palette von Publikationen, in denen sich die Institutsforschung niederschlug: von der Beschäftigung mit den postsozialistischen Ökonomien über die Analyse der bundesdeutschen Wirtschaft bis hin zur Thematisierung ökologischer Fragen. Das Institut präsentierte sich auf Tagungen und Kolloquien, Mitarbeitende lehrten an Universitäten, Multiplikator*innen sorgten für eine starke Präsenz im öffentlichen Diskurs.⁴³

**Forschung
im
Zeichen der
Globalisierung**

1998 | 2025

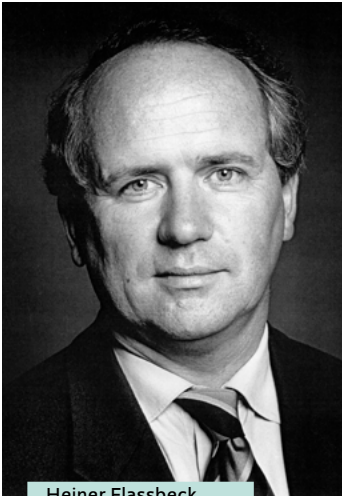
Das zweite Gutachten des Wissenschaftsrates

Die Bundestagswahl von 1998 beendete 16 Jahre einer unionsgeführten Regierung unter Helmut Kohl. Die neue rot-grüne Koalition unter Führung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD, geb. 1944) und Außenminister Joschka Fischer (Grüne, geb. 1948) plante einen grundlegenden Wechsel der Finanz- und Wirtschaftspolitik: Finanzminister Oskar Lafontaine (SPD, geb. 1943) engagierte den DIW-Volkswirt Heiner Flassbeck (geb. 1950), der die Leitung der DIW-Konjunkturabteilung

aufgab und als Staatssekretär in die Regierung eintrat. Gemeinsam mit Frankreich versuchten Lafontaine und Flassbeck, eine neue europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik auf den Weg zu bringen. Sie wollten die Handelsungleichgewichte eindämmen, die Finanzmärkte stärker regulieren und die Lohnentwicklung an die Produktivität koppeln. Das keynesianische Projekt scheiterte allerdings. Lafontaine trat im Frühjahr 1999 zurück und Flassbeck wurde in den einstweiligen Ruhestand versetzt, während die Regierung Schröder ihre pragmatischere Finanz- und Wirtschaftspolitik fortsetzte.

Parallel zum Regierungswechsel veränderte sich auch das DIW: 1998 hatte der Wissenschaftsrat nach einer zweiten Evaluation sein Gutachten vorgelegt. Es lobte die Leistungsfähigkeit von Konjunkturforschung

und VGR sowie die Stärke der Abteilung Industrie und Technologie mit ihrem Fokus auf Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Zudem würdigten die Gutachter*innen die Arbeiten des DIW zur ökonomischen Bewältigung der Wiedervereinigung und zur wirtschaftlichen Transformation Osteuropas. Schließlich hoben sie die Bedeutung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für die internationale Forschung hervor.¹ Ein Beispiel: Als der Sachverständigenrat Wirtschaft 1998 seine regelmäßige Berichterstattung zur



Heiner Flassbeck
(geb. 1950)



Das DIW-Hauptgebäude in der
Dahlemer Königin-Luise-Straße
im Jahr 2001

personellen Einkommensungleichheit begann, nutzte er dafür das SOEP als eine zentrale Datengrundlage. Auch in die 2001 begonnenen Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung fließen regelmäßig die SOEP-Ergebnisse ein.²

Neben dem Lob forderte der Wissenschaftsrat auch eine Reihe struktureller Veränderungen der DIW-Organisation: Vorstand und Kuratorium sollten besser voneinander abgegrenzt und Führungspositionen nur noch in Verbindung mit einer Berufung an eine Universität besetzt werden. Die Stellung des Präsidenten sollte gestärkt und dem Wissenschaftlichen Beirat ein größeres Gewicht verliehen werden. Zudem empfahl der Wissenschaftsrat, die Zahl der DIW-Abteilungen zu reduzieren. Außerdem sollte das DIW seinen Output von wissenschaftlichen Publikationen in externen referierten (d. h. von gleichrangigen Forschenden begutachteten) Fachzeitschriften steigern und die Zusammenarbeit mit den Universitäten intensivieren.³ Die Anregungen des Wissenschaftsrates zielten auf eine Modernisierung und stärkere wissenschaftliche Ausrichtung des DIW.

Lutz Hoffmann und sein Team nahmen die Empfehlungen sehr ernst und setzten sie im Bereich der Governance – soweit möglich – bereits 1998 um. So wurden Satzung und Geschäftsordnung des DIW überarbeitet: Waren Kuratorium und Mitgliederversammlung bislang identisch, wurden beide nun getrennt. Die Aufteilung in Vorstand, Kuratorium und Verein war ein entscheidender Teil der Reform. Den Vorstand bildete nun ein Trio aus Präsident*in, Stellvertreter*in und Geschäftsführer*in. Der Wissenschaftliche Beirat wurde von 7 auf 13 Mitglieder vergrößert, die Zahl der DIW-Abteilungen von neun auf sechs reduziert. Die externen Publikationen sollten ausgeweitet und die Zusammenarbeit mit der akademischen Wirtschaftswissenschaft intensiviert werden.⁴



Der neue Präsident Klaus F. Zimmermann

(geb. 1952, l.) unterhielt sich bei seiner Amtseinführung im Dezember 1999 mit Bundesfinanzminister Hans Eichel (geb. 1941).

Klaus F. Zimmermann und die Modernisierung des DIW Berlin

Nachdem Lutz Hoffmann diesen tiefgreifenden Veränderungsprozess am DIW eingeleitet hatte, ging er zum Jahresende 1999 in den Ruhestand. Neuer Präsident des DIW wurde im Jahr 2000 Klaus F. Zimmermann (geb. 1952), der sich gegen Axel Börsch-Supan (geb. 1954) und Gert G. Wagner (1953–2024) durchsetzen konnte.

Zimmermann hatte in Mannheim Volkswirtschaft und Statistik studiert. Nach Promotion und Habilitation übernahm er 1989 eine Professur für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München. 1998 wechselte er an die Universität Bonn, in der Stadt gründete und leitete er zudem das Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA). Als Zimmermann am DIW die Nachfolge Lutz Hoffmanns antrat, behielt er seine Bonner Position als Leiter des IZA bei, 2001 wurde er zudem Honorarprofessor der FU Berlin.⁵

Klaus F. Zimmermann verstand sich als offener Ökonom, der weder einem Angebots- noch einem nachfrageorientierten Ansatz verpflichtet war, sondern einer ergebnisoffenen empirischen Wirtschaftsforschung mit dem Ziel einer von einzelnen Politikströmungen unabhängigen, ausschließlich evidenzbasierten Politikberatung. Als DIW-Präsident befürwortete er wirtschaftspolitisch mehr Wettbewerb, offenere Grenzen sowie eine Reform des Arbeitsrechts und der Sozialsysteme. Zimmermann plädierte für Steuersenkungen und lehnte den flächendeckenden Mindestlohn ab. Die von Bundeskanzler Schröder eingeleitete Agenda-2010-Politik begrüßte er ausdrücklich.⁶



Klaus F. Zimmermann sprach
zum 75-jährigen Jubiläum des
DIW Berlin im Jahr 2000.

Der Etat des DIW betrug im Jahr 2000 rund 33 Millionen D-Mark. Einnahmen aus Aufträgen und Projekten machten mehr als die Hälfte des Volumens aus, während die Grundfinanzierung durch den Bund und das Land Berlin nur noch 46 Prozent abdeckte. Ende 2000 arbeiteten 203 Menschen im »DIW Berlin« (wie das Institut ab diesem Jahr firmierte).

Seit 2000 gehörte das DIW Berlin zur 1991 aus der »Blauen Liste« hervorgegangenen »Leibniz-Gemeinschaft« (Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V.), bestehend aus 96 (Stand 2024) deutschen, öffentlich geförderten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Statt des Wissenschaftsrates übernahm nun die Leibniz-Gemeinschaft die Evaluierung des DIW Berlin.⁷

Nach 2000 entwickelten Klaus F. Zimmermann und sein Team die organisatorische Struktur ihrer wissenschaftlichen Arbeit. Fortan gab es am DIW Berlin sieben Abteilungen, die in den kommenden Jahren nahezu alle mit neuen wissenschaftlich ausgewiesenen Personen in der Funktion der Abteilungsleitung besetzt werden sollten:

SOEP

Konjunktur

Weltwirtschaft

Staat

Informationsgesellschaft und Wettbewerb

Innovation, Industrie, Dienstleistung

Energie, Verkehr, Umwelt⁸

»Wirtschaftsprognosen sind immer unsicher. Sie werden gemacht, um Orientierung zu bieten und die vorhandenen Informationen zu kondensieren.«

Klaus F. Zimmermann

Das DIW Berlin intensivierte unter Klaus F. Zimmermann die Verbindung mit der universitären Wirtschaftswissenschaft. So wurden etwa alle neu gewonnenen Abteilungsleitenden zugleich im Rahmen von gemeinsamen Berufungen mit den Universitäten im Berlin-Brandenburgischen Raum als Professor*innen berufen und viele neu gewonnene wissenschaftlich Beschäftigte des Institutes bauten ihre wissenschaftlichen Netzwerke aus. In diesem Sinne wurde mit der Unterstützung des damaligen Kuratoriumsvorsitzenden Günter Stock (geb. 1944) das ganze Institut auch gegen Widerstände in der Politik einem umfassenden Change-Prozess unterworfen: Das DIW Berlin orientierte sich fortan an den höchsten wirtschaftswissenschaftlichen Standards, und Mitarbeitende veröffentlichten ihre Forschungsergebnisse zur Qualitätssicherung einer evidenzbasierten Politikberatung in referierten Zeitschriften. Das Institut sollte in ein modernes Wirtschaftsforschungsinstitut transformiert werden, das sich auf eine unabhängige und evidenzbasierte Politikberatung konzentriert.⁹ Mit Erfolg: 2002 begann beispielsweise auf Basis einer DIW-Studie für das Familienministerium ein ökonomisch begründeter Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur für Kinder.¹⁰

Im Zusammenhang mit diesem tiefgreifenden Change-Prozess wurden auch die direkten Verbindungen zu politischen Parteien reduziert. Gehörten zuvor die meisten Präsidenten (und viele Abteilungsleitende¹¹) einer Partei an – Friedensburg der CDU, Arndt und Krupp der SPD –, so achtete der Vorstand nun auf politische Unabhängigkeit. Diese ist heute fest im DIW Berlin verankert.¹²

Das DIW Graduate Center mit seinem
Dekan Helmut Lütkepohl im Jahr 2013
im Tieranatomischen Theater der
Humboldt-Universität zu Berlin



Neugründungen in Berlin und Washington, Umzug in die Mohrenstraße

Ein wichtiger Meilenstein der Instituts-Entwicklung war 2006 die Gründung des »DIW Graduate Center« zur systematischen Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Es kooperiert dazu mit den Berliner und Brandenburger Universitäten und bietet Promovierenden der Wirtschaftswissenschaften aus der ganzen Welt ein Ausbildungsprogramm nach internationalen Standards, das ihnen den Weg für eine Karriere in der akademischen Forschung und Politikberatung ebnet. Mit dem Graduiertenprogramm kamen junge, methodisch gut ausgebildete Doktorand*innen an das DIW Berlin, mit denen es gelang, die Qualität der metrischen Analysen am DIW Berlin signifikant zu erhöhen. Ein weiteres wichtiges Element war dabei die zunehmende Zusammenarbeit zwischen den methodisch hochqualifizierten Doktorand*innen und neu gewonnenen Post-Docs sowie den erfahreneren Forschenden am DIW Berlin, was zur wissenschaftlichen Erneuerung des Institutes beitrug.

Um die internationale Vernetzung des DIW Berlin voranzubringen, gründete Zimmermann 2007 in Washington das »DIW DC«. Ebenfalls 2007 wurde die Beratungsgesellschaft »DIW Econ GmbH« als DIW-Tochterunternehmen ins Leben gerufen, um die bis dahin am DIW Berlin auch durchge-

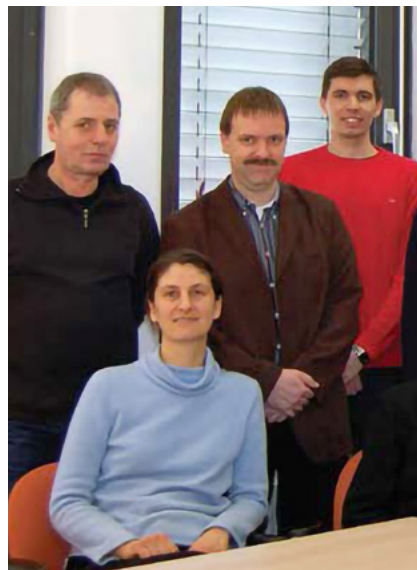


Der Eingang des neuen
DIW-Sitzes in Berlin-Mitte

führte, eher kurzfristig orientierte Auftragsforschung in der DIW Econ anzusiedeln. Dabei stehen nicht wissenschaftliche Publikationen im Vordergrund, sondern die Bearbeitung konkreter Fragestellungen der Auftraggeber. Mit diesen neuen Einrichtungen erlebte das DIW Berlin einen starken Entwicklungsschub.¹³

Schließlich zog das DIW Berlin 2007 von Berlin-Dahlem in die Mohrenstraße 58 in Berlin-Mitte um. Der neue Standort brachte das DIW Berlin nicht nur näher an Regierung, Ministerien, Verbände und Medien, sondern ließ im Zentrum der deutschen Hauptstadt auch einen Begegnungsraum für Wissenstransfer und Politikberatung entstehen.

Die SOEP-Dateninfrastruktur unterzog sich 2008 einem »Pilotprojekt Forschungsrating«, mit dem der Wissenschaftsrat die Leistungen von 254 soziologischen Einrichtungen in Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen evaluierte. Die Bewertung stuft das SOEP als »exzellent« ein und zählte es zu den forschungsstärksten Einheiten des Fachs in Deutschland.¹⁴ Ein Beispiel für seine Bedeutung: Die auf Basis des SOEP international und national durchgeführten Arbeiten zur Lebenszufriedenheit im individuellen Lebensverlauf wurden 2011 ein wesentlicher Teil der gesellschaftlichen Debatte zur Ergänzung des BIP um soziale Indikatoren zur Lebensqualität.¹⁵



Neue Themen: Globalisierung, Internet und Klimawandel

Um 2000 gewann die Globalisierung eine neue Dynamik. Die DIW-Abteilung Weltwirtschaft konstatierte eine starke Zunahme des internationalen Handels, eine wachsende Verflechtung der Finanzmärkte und eine erhöhte Arbeitsmigration. Die Forschenden untersuchten den Austausch von Wissen und Technologie, die wettbewerbsbedingte Anpassung der Unternehmen und die immer stärkere Spezialisierung der Volkswirtschaften. Nach Ansicht des DIW Berlin bot und bietet die Globalisierung die Chance, Probleme wie Armut, Klimakrise oder Konflikte zu überwinden und Wohlstand zu schaffen. Zugleich sahen die Forschenden aber auch die Schattenseiten der Globalisierung wie neue Abhängigkeiten, Ungleichheiten und die ökologischen Kosten.¹⁶

Mikroelektronik, Digitalisierung und Internet treiben die Globalisierung voran. Um diese Themen genauer zu untersuchen, gründete das DIW Berlin im Jahr 2000 die beiden Abteilungen »Innovation, Industrie, Dienstleistung« und »Informationsgesellschaft und Wettbewerb«, die diese neue Realität ökonomischer Interaktionen erforschten. Dazu gehören auch Externalitäten¹⁷ wie nachfrageseitige Netzwerkeffekte und damit zusammenhängende Monopole und Oligopole sowie neue Anforderungen für die Regulierung von Märkten.¹⁸

Einen weiteren Schwerpunkt der DIW-Arbeit bildeten Umweltfragen, um die sich die 2000 gegründete Abteilung »Energie, Verkehr, Umwelt« kümmerte, dies ab 2004 unter der Leitung von Claudia Kemfert. Die Forschung zu Energie, Verkehr und Umwelt wurde in der Folge immer stärker durch das Problem des Klimawandels bestimmt. So diagnostizierte und



Das Team der Abteilung Energie, Verkehr,
Umwelt um 2005 mit der Abteilungsleiterin
Claudia Kemfert (vorne, 2. v. r.)

bezifferte das DIW Berlin 2004 die durch den Klimawandel verursachten ökonomischen Kosten und betonte die langfristig bessere ökonomische Bilanz einer ökologisch ausgerichteten Wirtschaft.¹⁹ Das DIW Berlin machte klar: Umweltverschmutzung ist teurer als Umweltschutz.

Nachdem das internationale Kyoto-Protokoll mit seiner Verpflichtung zur Senkung klimaschädlicher Gase 2005 in Kraft getreten war, bedurfte es konkreter Maßnahmen zur nachhaltigen Ausrichtung von Industrie, Verkehr und Konsum. Das DIW Berlin plädierte in diesem Zusammenhang für preis- und mengensteuernde Instrumente wie eine ökologische Steuerreform, das Erneuerbare-Energien-Gesetz und den Emissionshandel.²⁰

Das DIW Berlin und die »Agenda 2010«

Neben den Herausforderungen eines globalen Wettbewerbs diagnostizierte das DIW Berlin für Deutschland eine toxische Mischung aus geringem Wachstum, demografischem Wandel und hoher Arbeitslosigkeit. Hinzu kamen die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte und der Druck auf die sozialen Sicherungssysteme. Präsident Klaus F. Zimmermann und sein Team mahnten grundlegende Reformen an und skizzierten 2002 in einem Wochenbericht »zentrale Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der kommenden Legislaturperiode«. In der Folge begrüßte der Präsident die in den Jahren 2003 bis 2005 von der Regierung Schröder umgesetzte »Agenda 2010« zur Stärkung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit.

Allerdings ging Zimmermann das alles nicht weit genug. Zur Belebung der Wirtschaft verlangte er weitergehende (und nicht immer populäre)

Schritte: So forderte das DIW Berlin, dass die Arbeitstätigkeit von Frauen gefördert und die Einwanderung mit einem Punktesystem gesteuert werden sollte. Besserverdienende sollten steuerlich entlastet, der Niedriglohnbereich ausgebaut und die sozialen Sicherungssysteme auf eine Grundversorgung reduziert werden.²¹

Einen wichtigen Baustein der Agenda 2010 bildeten die »Hartz-Reformen«, die vor allem Lohnersatz- und Sozialleistungen veränderten und die damalige Bundesanstalt für Arbeit umbauen sollten: Für Arbeitssuchende wurde eine neue Grundsicherung geschaffen (Arbeitslosengeld II), die nur noch arbeitswillige und zugleich bedürftige Menschen erhielten; darüber hinaus wurden verschiedene Anreizsysteme zur Aufnahme neuer Arbeit gesetzt, u. a. die sogenannte Ich-AG. Von 2004 bis 2006 beteiligte sich das DIW Berlin an einer umfangreichen Evaluation der Hartz-Reformen, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit beauftragt hatte. Das DIW Berlin untersuchte dabei u. a., ob die Förderung von Firmengründungen durch Überbrückungsgeld und Existenzgründungszuschuss funktionierte und bescheinigte beiden Instrumenten entgegen der Erwartung der Politik große Wirksamkeit.²²

Ein weiterer Fokus des DIW Berlin war die Europäische Währungsunion: Die Forschenden analysierten die europäische Geld- und Finanzpolitik und untersuchten den Einfluss auf die konjunkturelle und wirtschaftliche Entwicklung. Die grundsätzlich positiven Einschätzungen des DIW Berlin zu den volkswirtschaftlichen Wirkungen einer EU-Dienstleistungsrichtlinie beeinflussten 2005 die Diskussionen im Europäischen Parlament und die Ausgestaltung der Richtlinie im Bundestag.²³ Das DIW Berlin befürwortete die EU-Osterweiterung mit ihrem freien Verkehr von Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräften und kritisierte die Einschränkung der Freizügigkeit in Deutschland.

Andere Weltregionen wie Nord- und Südamerika, China und Asien und der globale Süden spielten für die DIW-Forschung – wie schon erwähnt – eine eher untergeordnete Rolle, auch wenn sich das DIW Berlin mit der Rückkehr der Spekulationskrisen in Asien und Amerika beschäftigte.²⁴

Eine neue Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise

Viele Banken in den USA versorgten Anfang der 2000er-Jahre auch Kreditnehmer*innen mit zweifelhafter Bonität großzügig mit Geld und reichten mittels einer die Risiken verschleiernenden Verbriefungstechnik die Forderungen weiter. Im Oktober 2008 platzte diese Spekulationsblase des US-amerikanischen Subprime-Marktes. Der Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers löste eine Kettenreaktion aus und erschütterte die internationalen Finanzmärkte. Rasch griff die Entwicklung auf die globale Realwirtschaft über. Anders als 1929 gelang es Regierungen und Notenbanken, die Turbulenzen einigermaßen in den Griff zu bekommen, indem sie die Märkte mit Geld versorgten und Konjunkturprogramme auflegten. Gleichwohl erlebte die Weltwirtschaft eine schwere Erschütterung: Während sich die USA und Deutschland von dem tiefen Einbruch relativ schnell erholten, durchlitten andere Länder schwere ökonomische Krisen.²⁵

Bemerkenswerterweise sah das DIW Berlin bzw. sein Präsident in dieser neuen Weltwirtschaftskrise nicht so sehr Fehler der ökonomischen Akteure, sondern vor allem ein dreifaches Staatsversagen der USA: Niedrigzinspolitik, mangelnde Regulierung der Kreditinstitute und das Zulassen der Lehman-Brothers-Pleite seien für die Krise verantwortlich. Auch Deutschland habe »durch seine tief verstrickten Staatsbanken« und eine mangelnde Aufsicht des Marktes die negative Entwicklung befördert. Die 2009 von Berlin verabschiedeten Konjunkturprogramme wiesen nach Einschätzung von Zimmermann und weiterer Forschender am DIW Berlin teilweise in die richtige Richtung, während die »Abwrackprämie« (Kaufprämie für Autos) deutlich als falsch kritisiert wurde. Das Institut selbst nahm sich vor, fortan die Finanzmärkte und deren Verhältnis zur Realwirtschaft intensiver zu beobachten.²⁶

In der Weltfinanzkrise deutete sich in der Wirtschaftspolitik ein Paradigmenwechsel an: Selbst die aufeinander folgenden US-Regierungen setzten nicht mehr auf das freie Spiel der Kräfte, sondern verstaatlichten Banken und beruhigten die Märkte durch eine expansive Geldpolitik. Viele Länder bemühten sich, ihre Kreditinstitute stärker zu regulieren. Die Staaten

schielen bereit, in Krisensituationen massiver in das Finanzsystem einzugreifen, um die Entwicklung zu steuern. Man wünschte sich nun nicht nur »kreative Zerstörung« (Schumpeter²⁷), sondern auch eine schützende Einhegung der Finanzmärkte.²⁸

Die Übergangsphase von Zimmermann zu Fratzscher

Da Klaus F. Zimmermann eine hohe Priorität auf Forschung und Publikationen in anerkannten wissenschaftlichen Zeitschriften setzte und dies in den 2000er-Jahren auch erfolgreich umsetzen konnte, stiegen die Veröffentlichungen von DIW-Mitarbeitenden in referierten Zeitschriften von nur wenigen auf rund 100 Publikationen im Jahr 2010 kontinuierlich an. Die damit zusammenhängenden Veränderungen am DIW Berlin führten teilweise zum Widerstand im Kuratorium gegen eine ausschließlich evidenzbasierte Politikberatung. Hinzu kamen kontroverse DIW-interne Debatten zu Arbeitsmarkt, Finanzpolitik oder Konjunkturpolitik. Im Institut, das seit den 1950er-Jahren für seine offene Diskussionskultur bekannt war, verschärfte sich manche Auseinandersetzung. In der Folge wurde einige schwierige Entscheidungen getroffen, die nicht zuletzt die Konjunkturabteilung betrafen.²⁹

Aufgrund dieser Konflikte kam das DIW Berlin nicht zum Zug, als das Bundeswirtschaftsministerium 2007 die gemeinsame Konjunkturdiagnose der ökonomischen Forschungsinstitute ausschrieb. 2009 überprüfte (turnusgemäß) der Landesrechnungshof Berlin das DIW Berlin, beanstandete die Mittelverwendung und belastete Präsident Zimmermann. Plötzlich sah sich das DIW Berlin mit Millionenrückforderungen konfrontiert. Zimmermann zog die Konsequenzen und gab 2011 sein Amt auf. Allerdings erwiesen sich Beanstandungen des Landesrechnungshofs und die Vorwürfe gegen Zimmermann später als nahezu haltlos.³⁰

Interimsnachfolger von Zimmermann wurde 2011 zunächst der Leiter der SOEP-Abteilung, Gert G. Wagner (1953–2024). Wagner hatte in Frankfurt am Main studiert und nach Promotion und Habilitation als Professor in Bochum und Frankfurt an der Oder gelehrt. 2002 erhielt er einen Ruf

»Das DIW Berlin sieht sich in seiner Arbeit an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in besonderer Weise der akademischen Freiheit sowie dem wissenschaftlichen Diskurs und Erkenntnisgewinn verpflichtet.«

Marcel Fratzscher

an die Technische Universität Berlin. Von 1989 bis zu seiner Übernahme des DIW-Präsidentenamtes leitete er am DIW Berlin mit großem Erfolg das SOEP.³¹ Bereits 2012 wurde mit Marcel Fratzscher (geb. 1971) ein Nachfolger Wagners gewählt.³²

Mit dem Start des neuen Führungsteams um Wagner für eine Übergangsphase erlebte das DIW Berlin eine Ausweitung seiner organisatorischen Forschungsstruktur. So entstanden 2011 neue Abteilungen für Klimapolitik und Bildungspolitik. Die zehn Forschungsbereiche wurden nun in vier »Cluster« zusammengefasst, die die angeschlossenen DIW-Abteilungen vernetzten:

Gesamtwirtschaftliche Analyse und Weltwirtschaft

Nachhaltigkeit

Industrieökonomie

Öffentliche Finanzen und Lebenslagen³³

Das erste Cluster »Gesamtwirtschaftliche Analyse und Weltwirtschaft« wurde später in »Makroökonomie und Finanzmärkte« umbenannt. Wie die anderen Cluster verlieh es der Arbeit der Abteilungen neue Impulse, sodass die verschiedenen Arbeitsfelder einen deutlichen Aufschwung erlebten.

Große Bedeutung hatte auch das Cluster »Nachhaltigkeit«. DIW-Präsident Zimmermann hatte bereits 2010 einen »Grünen New Deal« gefordert und postuliert: »Der globale Aufschwung ist grün.« Innerhalb des Clusters Nachhaltigkeit spielte die Abteilung »Energie, Verkehr, Umwelt« eine zentrale Rolle und lieferte viel beachtete Studien für eine »klimafreundliche, wettbewerbsfähige und sichere Energieversorgung sowie eine nachhaltige Mobilität«. Die Abteilung »Klimapolitik« skizzierte Möglichkeiten einer Umsetzung der Energiewende im Strom- und Gebäudebereich sowie den Weg zu einer nachhaltigen Ausrichtung der europäischen Volkswirtschaften.³⁴

Das Cluster »Industrieökonomie« beschäftigte sich mit unternehmerischen Aktivitäten und Wirtschaftspolitik. Die dazugehörige Abteilung »Wettbewerb und Verbraucher« analysierte die Funktionsweise von Märkten und verband Ansätze der Industrieökonomie und der Verhaltensökonomik. Auch ihre Forschungen boten eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen.³⁵

Das Cluster »Öffentliche Finanzen und Lebenslagen« untersuchte die Steuer-, Ausgaben- und Sozialpolitik und deren Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Wichtige Arbeit leistete hier die Abteilung »Bildung und Familie«, der es um die bestmögliche Entwicklung der Menschen einer Volkswirtschaft ging. Hinzu kam die bedeutende wissenschaftliche Arbeit des weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannten SOEP, das inzwischen eine Reihe neuer Stichproben bereitstellte und zunehmend auch psychologische Merkmale der Befragten erfasste. Damit schuf das SOEP die Grundlage für vielfältige Forschungen zu Ressourcenverteilung oder Aufstiegschancen.³⁶

Der turbulente Übergang von Zimmermann zu Wagner belastete – trotz sehr guter wissenschaftlicher Publikationen – die nächste Evaluierung des DIW Berlin durch die Leibniz-Gemeinschaft im Jahr 2012. Nachdem diese die Arbeit des Institutes 2005 als gut bis sehr gut bewertet hatte, waren die Ergebnisse der Bewertung im Jahr 2012 weniger positiv: Die Leibniz-Gemeinschaft bescheinigte dem DIW Berlin zwar einen kontinuierlichen Prozess der »Verwissenschaftlichung«, forderte jedoch vom kommenden Präsidenten Fratzscher Verbesserungen vor allem in den Bereichen Makroökonomik und Konjunkturpolitik.³⁷



Forschen und feiern beim DIW Berlin:

Impression vom Betriebsfest 2013

Wachstum des DIW Berlin unter Marcel Fratzscher

Nach seiner Wahl im Juli 2012 trat Marcel Fratzscher am 1. Februar 2013 sein Amt als neunter Präsident des DIW Berlin an. Wie die meisten seiner Vorgänger ist er Wirtschaftswissenschaftler, allerdings zeigen Ausbildung und Werdegang eine starke internationale und praxisnahe Ausrichtung: Fratzscher studierte in Kiel, Oxford und Harvard und wurde 2002 am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz promoviert. Während der Finanzkrise in Asien von 1996 bis 1998 arbeitete er in Indonesien, für die Weltbank und um 2000 für das Peterson Institute in Washington D.C. Von 2001 bis 2012 war er in der Europäischen Zentralbank (EZB) tätig, wo er zuletzt die Abteilung »International Policy Analysis« leitete. Seit 2013 ist Fratzscher zudem Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine wissenschaftliche Arbeit umfasst eine Vielfalt von Themenbereichen, die von der Geldpolitik bis zu Verteilungsfragen reichen.³⁸

In institutioneller Hinsicht erlebte das DIW Berlin in den 2010er-Jahren und vor allem nach 2013 ein kräftiges Wachstum: Die Einnahmen stiegen von 21 Millionen Euro (2008) auf 30,4 Millionen Euro (2017). 65 bis 70 Prozent davon waren die institutionelle Grundfinanzierung, der Rest speiste sich aus Auftragsforschung und Drittmittelprojekten. Die Zahl der Mitarbeitenden stieg von 190 (2010) auf 312 (2017).³⁹

Die Abteilungen des DIW Berlin wurden ab 2013 nicht nur budgetär, sondern auch wissenschaftlich gestärkt: Zahlreiche exzellente Abteilungsleitende und Forschende wurden gewonnen, sodass Qualität und Quantität des wissenschaftlichen Outputs weiterhin kontinuierlich anstiegen.

Auch die Konjunkturforschung erlebte einen Aufschwung: Die Wissenschaftler*innen veröffentlichen seit 2003 monatlich ein »Konjunkturbarometer« als Indikator der aktuellen Konjunkturtendenz in Deutschland⁴⁰ sowie vierteljährlich Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Als 2013 die Teilnahme an der Gemeinschaftsdiagnose neu ausgeschrieben wurde, bewarb sich das DIW Berlin und war erfolgreich: Fortan war das DIW Berlin wieder mit an Bord des renommierten Projektes.⁴¹

Neue Schwerpunkte: Investitionen, Klimaschutz und Ungleichheit

Neue Impulse gab es auch inhaltlich, vor allem in den drei Bereichen Investitionen, Klimaschutz und Ungleichheit: Ab 2013 untersuchte das DIW Berlin als neues Querschnittsthema Investitionen und Investitionslücken in Deutschland und Europa. Denn während die deutsche Wirtschaft in den 2010er-Jahren boomte, sahen nur wenige, dass Politik und Wirtschaft zu wenig in die Zukunft investierten. Das DIW Berlin bezifferte die Investitionslücke auf mehr als 100 Milliarden Euro jährlich. Betroffen waren Infrastruktur und Innovationen, Forschung und Bildung sowie Klima- und Umweltschutz.

Immerhin reagierte die Politik: 2014 gründete Bundeswirtschaftsminister Siegmund Gabriel (SPD, geb. 1959) eine unabhängige Expertenkommission aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften, die unter der Leitung von Marcel Fratzscher Vorschläge zur Stärkung öffentlicher und privater Investitionen in Deutschland erarbeitete. Das DIW Berlin kritisierte in diesem Zusammenhang auch die »Schuldenbremse« als Investitionshindernis und entwickelte Vorschläge für deren Reform.

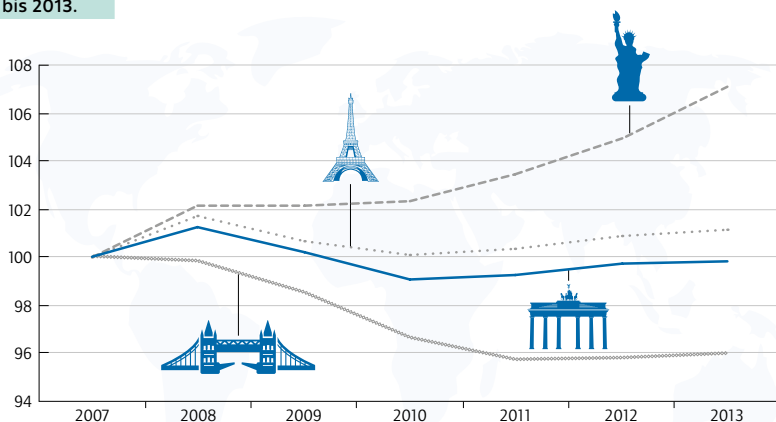
Allerdings lehnten viele Beobachter*innen die Forderung des DIW Berlin nach mehr Investitionen ab, da sie das hohe Wirtschaftswachstum der 2010er-Jahre als Zeichen des Erfolges werteten. Erst nach der Corona-Pandemie 2020/21 und angesichts des Ukraine-Krieges (seit 2022) setzte sich bei vielen Wirtschaftswissenschaftler*innen und Politiker*innen die Erkenntnis durch, dass Deutschland zu wenig investiere und die Schuldenbremse reformiert werden müsse.⁴²

Auch der Klima- und Umweltpolitik und insbesondere der Energiewende widmete das DIW Berlin mehr Aufmerksamkeit. Der fortschreitende Klimawandel und das Reaktorunglück von Fukushima im Jahr 2011 beschleunigten die politischen Anstrengungen, eine Energiewende auf den Weg zu bringen. Nachdem das baldige Ende der Atomenergie beschlossen worden war, stand die Dekarbonisierung auf der Tagesordnung. Das DIW Berlin forderte einen forcierten Kohleausstieg und einen höheren CO₂-Einstiegspreis, es mahnte einen radikalen Ausbau der erneuerbaren Energien und einen Komplettumbau des Stromsystems an und plädierte für mehr Energieeffizienz und eine nachhaltige Mobilität.⁴³

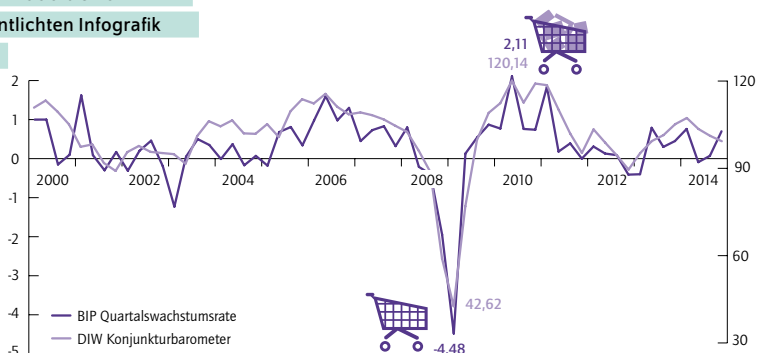
Als dritten Bereich gewannen die gesellschaftspolitischen Themen Ungleichheit und Verteilungsgerechtigkeit an Bedeutung. Das DIW Berlin befasste sich mit Einwanderung und Integration von Geflüchteten in Arbeitsmarkt und Gesellschaft. Das SOEP erhebt seit 2013 bzw. 2016 umfassende Daten zur Immigration und arbeitet dabei mit dem »Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung« und dem »Bundesamt für Migration und Flüchtlinge« zusammen. Seit 2016 führte das SOEP regelmäßige Befragungen von Geflüchteten durch.⁴⁴ Entgegen populistischen Behauptungen konstatierte die DIW-Forschung eine hohe Motivation der Einwanderinnen und Einwanderer, Arbeit aufzunehmen oder in Bildung zu investieren. Auch konnte das DIW Berlin nachweisen, dass die Geflüchteten, die ab 2010 nach Deutschland kamen, den Einstieg in den Arbeitsmarkt schneller schafften als Immigrant*innen früherer Fluchtzuwanderung.⁴⁵

Im Zusammenhang mit dem Thema Ungleichheit trieb das DIW Berlin die Forschungen zur Gleichstellung von Frauen voran und verlieh damit Wissenschaft und Politikberatung neue Impulse. Um die Forschungen zu konzentrieren, gründete das DIW Berlin 2014 die Forschungsgruppe »Gender Studies« (seit 2019 »Gender Economics«). Das zuerst von Elke Holst und seit 2019 von Katharina Wrohlich geleitete Team analysiert vor allem die vielen Dimensionen der Unterschiede und Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen.⁴⁶

Die Vierteljahrshefte zur Wirtschafts-
forschung thematisierten 2015 die Investitions-
schwäche der deutschen Industrie in den
Jahren von 2007 bis 2013.



Schätzung und Realität des Wachstums
in Deutschland von 2000 bis 2014 in
einer 2015 veröffentlichten Infografik
des DIW Berlin



DIW Berlin | Jahresbericht 2014

Die dritte Evaluation

2019 führte die Leibniz-Gemeinschaft die dritte Evaluierung des DIW Berlin durch. Sie wurde 2020 veröffentlicht und würdigte die deutliche Weiterentwicklung des Institutes seit 2012: Das Zeugnis fiel sehr gut aus. Die Leibniz-Gemeinschaft empfahl die weitere Förderung und beurteilte die zehn DIW-Bereiche im Detail: Das SOEP wurde als »exzellent« eingestuft, eine wissenschaftliche Abteilung als »sehr gut bis exzellent«, sieben weitere als »sehr gut« und eine als »gut bis sehr gut«. Damit bildete das Zeugnis des Jahres 2019/20 die bisher beste Evaluierung des Institutes.⁴⁷

Die nächste Zeitenwende?

30 Jahre nach der Epochenwende von 1989 verdichteten sich die globalen Krisen: Ende 2019 brach in China eine neuartige Viruserkrankung aus – wenige Monate später hatte die COVID-19-Pandemie den Planeten fest im Griff. Die Flutkatastrophe des Jahres 2021 in Mitteleuropa zeigte beispielhaft die Folgen des Klimawandels und 2022 griff Russland die Ukraine an.⁴⁸ Die globalen ökologischen Herausforderungen, die geopolitische Infragestellung des westlichen Fortschrittsmodells u. a. durch die BRICS-Staaten sowie rasant wachsende rechts- und linkspopulistische Bewegungen innerhalb von Demokratien auf der ganzen Welt scheinen einen Umbruch und den Zerfall der 1989 entstandenen Weltordnung zu markieren.⁴⁹

Viele Menschen erleben einen verunsichernden Wandel ihrer Lebensgrundlage, getrieben von Technik und Kapitalismus. Digitalisierung, KI und Biotechnologie können die menschliche Existenz grundlegend verändern und den Übergang zu einem Transhumanismus bahnen, in dem der »Homo Deus« (Yuval Noah Harari) zunehmend in Datenströme eingebunden ist und Opfer seines eigenen Erfolges wird.⁵⁰ Möglicherweise erlebt die Menschheit derzeit eine Zeitenwende mit gravierenden ökonomischen, ökologischen, sozialen und psychologischen Auswirkungen. Für ein Forschungsinstitut wie das DIW Berlin bietet die von komplexen Interdependenzen geprägte Entwicklung vielfältige Herausforderungen.⁵¹

Ein neuer Vorstand und eine neue Organisation

Die hervorragende Evaluierung des DIW Berlin durch die Leibniz-Gemeinschaft im Jahr 2019 bedeutete und bedeutet für das Institut Ansporn und Verpflichtung zugleich. Marcel Fratzscher leitet seit 2013 den Vorstand. An seiner Seite steht seit 2021 der Wirtschaftswissenschaftler Alexander S. Kritikos. Kritikos studierte Wirtschafts- und Politikwissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München, promovierte 1996 an der Humboldt-Universität zu Berlin und habilitierte 2003 an der Europa-Universität Viadrina in Volkswirtschaftslehre. Im



Alexander Kritikos gehört seit 2021
als wissenschaftliches Mitglied dem
DIW-Vorstand an.



Denise Rüttinger fungiert seit 2022
als DIW-Geschäftsführerin und
Vorstandsmitglied.

DIW Berlin leitete er ab 2008 die Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung; er war 2010/11 Vizepräsident und ist seit 2017 Direktor der Forschungsgruppe »Entrepreneurship« am DIW Berlin. Zudem hat er eine Professur für Industrie- und Institutionenökonomie an der Universität Potsdam inne.⁵² Als drittes Mitglied komplettiert seit 2022 die DIW-Geschäftsführerin Denise Rüttinger den Vorstand.⁵³

2024 beschäftigt das DIW Berlin mehr als 300 Mitarbeitende, davon knapp 200 im wissenschaftlichen Bereich. Der Etat ist 2023 auf rund 39 Millionen Euro gestiegen.⁵⁴

Um die wissenschaftliche Ausrichtung stringenter zu gestalten, wurde 2020 die DIW-Forschungsstruktur weiterentwickelt und an die Stelle der vier Cluster traten drei Schwerpunktbereiche:

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration in Europa

Zukunftssicherung und Nachhaltigkeit

Lebensqualität und Verteilung

Die neue Struktur, die weiter unten noch genauer geschildert wird, schuf den Rahmen für die vielfältigen Forschungen der DIW-Abteilungen. Deren Aufmerksamkeit richtete sich allerdings zunächst auf eine Entwicklung, mit der niemand gerechnet hatte.⁵⁵

Das DIW Berlin und die Corona-Pandemie

»Neben der Pandemie gab es wenig, was uns sonst noch beschäftigt hat und nicht doch damit zusammenhing«, beschrieb das DIW Berlin die Lage in seinem Jahresbericht zum ersten Corona-Jahr. Nun zeigte es sich im DIW Berlin selbst, wie sich in einer Ausnahmesituation die Transformation der Arbeitswelt beschleunigt, denn Flexibilisierung und Digitalisierung erlebten einen starken Entwicklungsschub.⁵⁶



Die Direktorin des Internationalen Währungsfonds Christine Lagarde stellte 2018 im Rahmen der »DIW Europe Lectures« am DIW Berlin ihre Reformideen für die Eurozone vor; hier im Gespräch mit Marcel Fratzscher. 2016 war auch der Präsident der EZB, Mario Draghi, in dieser Veranstaltungsreihe zu Gast.



Angesichts der pandemiebedingten globalen Wirtschaftskrise (u. a. aufgrund unterbrochener Lieferketten) richtete das DIW Berlin seine Aufmerksamkeit auf die medizinischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen der Pandemie. Man erforschte die pandemiebedingte Konjunktur-entwicklung sowie die Effekte der Corona-Maßnahmen auf verschiedene Formen der Erwerbstätigkeit und auf Frauenrollen. Vielbeachtet wurde 2020 beispielsweise die DIW-Analyse über die unterdurchschnittliche Entlohnung unverzichtbarer, aber kaum anerkannter Berufe.⁵⁷

Ukraine-Krieg und Europa-Skepsis

Als die Pandemie abflaute, brach gleich die nächste Krise aus: Im Februar 2022 griff Russland im Zuge seines imperialen Machtstrebens die Ukraine an und beabsichtigte zu zeigen, dass nicht das Recht, sondern das Recht des Stärkeren die Welt regiert. Das DIW Berlin untersuchte die ökonomischen Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Deutschland und Europa, die Situation der ukrainischen Geflüchteten und die deutsche Energieversorgung angesichts ihrer Abhängigkeit von



Gert G. Wagner leistete als SOEP-Direktor in den 1990er- und 2000er-Jahren einen wichtigen Beitrag zum Institut.

russischem Gas. Später konstatierte das DIW Berlin die Stabilisierung der Märkte und die neue Sicherheit der deutschen Stromversorgung – auch ohne russisches Gas und Atomkraft.⁵⁸

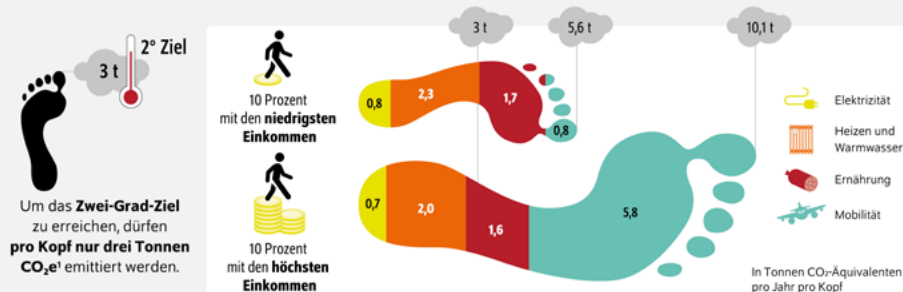
Der Ukraine-Krieg verdeutlichte nicht nur die Notwendigkeit, von politisch heiklen Energieimporten unabhängig zu werden, sondern zeigte auch, wie sehr die deutsche Wirtschaft vom billigen russischen Gas profitiert hatte. Um den Wohlstand zu sichern, forderten Wissenschaftler*innen des DIW Berlin und der Präsident eine grundlegende wirtschaftliche Transformation: Statt einer kurzfristigen Konjunkturpolitik und dem Erhalt nicht zukunftsfähiger Strukturen sollte die Bundesrepublik stattdessen Innovationen, Digitalisierung und die ökologische Transformation vorantreiben.⁵⁹

Angesichts dieser multiplen Krisen setzten Populismus und Nationalismus vielerorts wieder auf den Nationalstaat anstatt auf die Zukunftsperspektive der EU – obwohl der »Brexit« 2020 ganz offensichtlich ein ökonomischer Fehlschlag war und einzelne Staaten im Wettbewerb mit den USA und China kaum eine Chance hätten. Zur Überwindung der Krise forderte das DIW Berlin eine Weiterentwicklung der europäischen Integration: Eine höhere Konvergenz würde die Wettbewerbsfähigkeit stärken und Europa sozial stabilisieren. Dazu gehörten z. B. die Förderung von Innovationen, eine nachhaltige Energiepolitik und eine gemeinsame Migrationspolitik.⁶⁰

Wirtschaft, Umwelt und Klimawandel

Im Rahmen des erwähnten Schwerpunktgebietes »Zukunftssicherung und Nachhaltigkeit« untersucht das DIW Berlin die notwendige Transformation von Unternehmen und Wirtschaft. Um diese zu beschleunigen, forderten die Wissenschaftler*innen beispielsweise Investitionen in die Infrastruktur und in die Erhöhung der Verwaltungsqualität, um die zunehmenden Bürokratiebelastungen abzubauen. Zur Behebung des Fachkräftemangels empfahlen sie eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote und Einwanderung. Der »Industriestrompreis« hingegen wurde als wettbewerbsverzerrende Subvention abgelehnt.⁶¹

Ob arm oder reich: Der CO₂-Fußabdruck ist auf jeden Fall zu groß



1 Emissionen anderer Treibhausgase als CO₂ werden entsprechend ihrem globalen Erwärmungspotenzial in CO₂-Äquivalente umgerechnet.
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Vorabdaten der SOEP-Befragungen im Jahr 2023 (v40), gewichtet mit vorläufigen Gewichten der Welle v39 (2022). © DIW Berlin 2024

Eine zukunftsfähige ökonomische Transformation könne nur mit einer ökologischen Ausrichtung der Wirtschaft gelingen, betonte das DIW Berlin immer wieder. Dazu forderten Marcel Fratzscher und sein Team eine Reduzierung der CO₂-Emissionen, eine schnelle Umstellung auf erneuerbare Energien, eine rasche Verkehrs- und Heizungswende hin zu E-Mobilität und Wärmepumpe sowie eine Steigerung der Energieeffizienz. Das sei technisch und wirtschaftlich machbar. Das DIW Berlin lieferte dazu eine Vielzahl konkreter Studien und unterbreitete Lösungsvorschläge wie z. B. das »Kopernikus-Projekt Ariadne – Evidenzbasiertes Assessment für die Gestaltung der deutschen Energiewende«.⁶²

Wohlstand und Ungleichheit

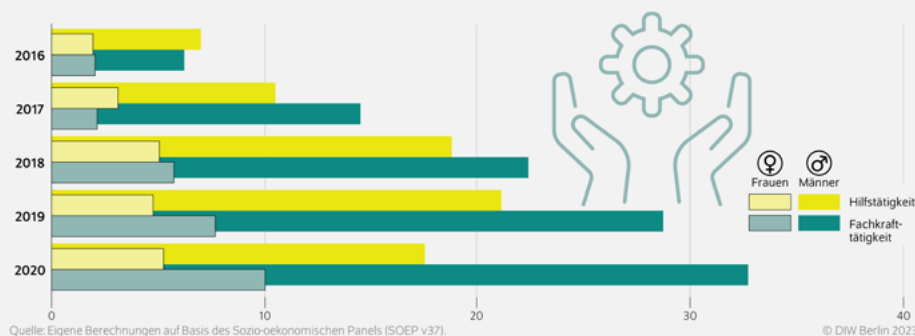
Die Beschäftigung des DIW Berlin mit der »sozial-ökologischen Transformation« analysiert auch deren Auswirkungen auf die Verteilung des Wohlstands. In diesem Zusammenhang konstatierte das SOEP im Jahre 2020 eine Vermögenskonzentration in Deutschland, die höher war als angenommen: Demnach verfügt das reichste eine Prozent der Gesellschaft über mehr als zwei Drittel der Ressourcen. Um das zu verändern, forderten die Wissenschaftler*innen einen breiteren Vermögensaufbau.⁶³

SOEP

Angesichts dieser Ungleichheit plädierte das DIW Berlin für eine Stärkung der sozialen Sicherung: Die Forschenden begrüßten die Einführung des Bürgergeldes 2022/23 und forderten (bislang vergeblich), nun auch Mindestrente und Kindergrundsicherung auf den Weg zu bringen. Um Inflation und steigende Energiepreise aufzufangen, sollten einkommensschwache Haushalte unterstützt werden. Zur Dämpfung hoher Mieten plädierte das DIW Berlin für steuerliche Maßnahmen und eine Sozialkaufprämie (anstelle einer Deckelung). Bemerkenswert waren auch die DIW-Arbeiten zum »bedingungslosen Grundeinkommen«.⁶⁴

Geflüchtete arbeiten im deutschen Arbeitsmarkt zunehmend als Fachkräfte

In Prozent aller Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter



Ein weiteres wichtiges Forschungsthema des DIW-Schwerpunktbe-reiches »Lebensqualität und Verteilung« bilden die »Gender Economics«. Hier geht es um die vielen Dimensionen der »Gender Gaps«, der Unter-schiede und Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen bei Löhnen, Einkommen, Vermögen, Karrierechancen, Altersabsicherung, Sorgearbeit sowie bei Glück und Lebenszufriedenheit. Zudem spielen die Forschun-gen auch für die Bekämpfung des Fachkräftemangels eine wichtige Rolle. Analysiert wird der »Gender Pay Gap« und die Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen. Hier zeigt das »Managerinnen-Barometer« des DIW Berlin, wie sich die Situation langsam bessert. Um die wirtschaft-liche Ungleichheit von Frauen abzubauen, forderte das DIW Berlin z.B. einen Ausbau der Kinderbetreuung und eine Reform des Ehegattensplittings.⁶⁵

»Wir schaffen das!« Fünf Jahre nach diesem viel zitierten Satz von Bundeskanzlerin Angela Merkel (geb. 1954), die 2015 damit klarmachen wollte, dass Deutschland die Kraft hat, Hunderttausende von Bürgerkriegs-flüchtlingen aufzunehmen, zogen Forschende des DIW Berlin zusammen mit Wissenschaftler*innen der Universitäten Bamberg und Düsseldorf 2020 eine Zwischenbilanz: Dabei machten sie deutlich, dass der demografische Wandel und der Fachkräftemangel eine starke Einwanderung zwingend erfordern. Sie kritisierten die Versuche der Politik, durch eine Statusver-schlechterung der Geflüchteten weitere Flüchtlinge abzuschrecken und Geld zu sparen. Stattdessen forderte das DIW Berlin eine Willkommenskul-tur, angemessene Sozialleistungen für Geflüchtete und höhere Investitionen in deren Integration.⁶⁶

Sabine Zinn ist die kommissarische Direktorin des SOEP, das 2024 sein 40-jähriges Jubiläum feierte. Auf der Festveranstaltung hoben Gratulant*innen hervor: Gerade in Zeiten hoher politischer und gesellschaftlicher Unsicherheit ist das SOEP ein wichtiger Pfeiler des Erkenntnisgewinns über unsere Gesellschaft.



Die Forschungseinheiten des DIW Berlin

Das DIW Berlin zählt heute sechs wissenschaftliche Abteilungen und das Sozio-oekonomische Panel:

- Die von Alexander Kriwoluzky geleitete Abteilung »**Makro-ökonomie**« erforscht sowohl empirisch als auch theoretisch gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge. Die Konjunkturprognose hat seit der Gründung des Institutes eine hervorgehobene Bedeutung. Das **Konjunkturteam** wird seit 2024 von Geraldine Dany-Knedlik geleitet.
- Im Oktober 2024 wurde die neue Abteilung »**Kriminalität, Arbeit und Ungleichheit**« unter der Leitung von Anna Bindler gegründet.
- Energie-, verkehrs- und umweltpolitische Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung untersucht die von Claudia Kemfert geleitete Abteilung »**Energie, Verkehr, Umwelt**«.
- Die Abteilung »**Klimapolitik**« unter der Leitung von Karsten Neuhoff forscht zu den Rahmenbedingungen für den Übergang zu einer klimafreundlichen Volkswirtschaft.
- Die Rolle von Unternehmen für die wirtschaftliche Entwicklung sowie die entsprechenden institutionellen und politischen Rahmenbedingungen analysiert die von Tomaso Duso geleitete Abteilung »**Unternehmen und Märkte**«.
- Bei der Forschung der Abteilung »**Staat**« – Leitung Peter Haan – geht es um die Frage, wie sich Finanz- und Sozialpolitik auf Personen, Haushalte und Unternehmen auswirken.
- Das kommissarisch von Sabine Zinn geleitete »**Sozio-oekonomische Panel**« ist eine der wichtigsten Panelstudien weltweit, für die derzeit jährlich etwa 30.000 Menschen befragt werden.



Zu den wissenschaftlichen Abteilungen und dem SOEP kommen vier Forschungsgruppen:

- Die von Katharina Wrohlich geleitete Forschungsgruppe »**Gender Economics**« untersucht Gender Gaps sowie die Auswirkungen von Steuer-, Sozial- und Familienpolitik auf die Gleichstellung der Geschlechter.
- Die Forschungsgruppe »**Entrepreneurship**« unter der Leitung von Alexander S. Kritikos beschäftigt sich mit den individuellen Faktoren für den Erfolg oder Misserfolg kleinster, kleiner und mittlerer Unternehmen (KKMUs) und mit deren Innovationsfähigkeit.
- Die von Philipp Lersch geleitete Forschungsgruppe »**Lebensverlauf und Ungleichheit**« widmet sich der Frage, wie sich soziale Ungleichheiten in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten entwickeln.
- Die Forschungsgruppe »**Internationale Makroökonomie**« – Leitung Josefin Meyer – nimmt weltwirtschaftliche Zusammenhänge in den Blick und analysiert in diesem Kontext Finanzmärkte sowie Wirtschafts- und Finanzkrisen.

Diese elf Einheiten des DIW Berlin kooperieren eng bei der Bearbeitung der drei Schwerpunktbereiche (Zukunftssicherung und Nachhaltigkeit, Wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration in Europa, Lebensqualität und Verteilung).



Der DIW Wochenbericht

im Zeitverlauf: Forschungs-

ergebnisse mit aktuellem

politischem Bezug

»Sozial-ökologische Transformation« und Wissenstransfer

Angesichts des Klimawandels, der derzeit wohl größten Herausforderung, will sich das DIW Berlin künftig verstärkt dem Querschnittsthema der »Sozial-ökologischen Transformation« widmen. Konkret geht es um den Einfluss des Klimawandels und der Klimapolitik auf Haushalte, Unternehmen und staatliche Akteure in Deutschland und der EU und deren globale Implikationen. Das DIW Berlin analysiert die durch den Klimawandel verursachten Kosten, Nutzen und Risiken sowie die gesellschaftlichen Herausforderungen und Handlungsoptionen für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Alle wissenschaftlichen Abteilungen und Forschungsgruppen greifen dieses Querschnittsthema aus verschiedenen Perspektiven auf.⁶⁷

Von dem Querschnittsthema sollten evidenzbasiert auch Politikberatung und der Wissenstransfer profitieren – deshalb stellt das DIW Berlin Daten und vielfältige Publikationen bereit und ist in klassischen und digitalen Medien (Homepage, Newsletter, Social Media) präsent. Hinzu kommen zahlreiche Veranstaltungen wie etwa das »Berlin Lunchtime Meeting«. Präsident Marcel Fratzscher und DIW-Wissenschaftler*innen wie Claudia Kemfert und die oben genannten Leitenden der wissenschaftlichen Abteilungen und Forschungsgruppen präsentieren regelmäßig in den Medien Forschungsergebnisse des DIW Berlin und erläutern die wissenschaftlich fundierten Positionen des DIW Berlin. Zur evidenzbasierten Politikberatung gehören auch Auftragsforschungen, die Mitarbeit in staatlichen Gremien und Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben. Mit der Strategie einer engen Verzahnung von Forschung, Wissenstransfer und Politikberatung entwickelte das DIW Berlin eine jahrzehntelange Tradition des Hauses immer weiter.⁶⁸



Blick zurück – Blick nach vorn

Die turbulente und spannende Geschichte des DIW Berlin seit 1925 umspannt mittlerweile 100 Jahre voller Höhen und Tiefen. Zu den Tiefen gehören sicherlich die Forschungen des IfK/DIW in der NS-Zeit, für die das DIW Berlin die Verantwortung übernimmt und deren umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung das Institut unterstützt. Neben diesem dunklen Kapitel stehen wichtige Erfolge. So versteht sich das DIW Berlin als Institution, die stolz darauf ist, mit ihrer wissenschaftlichen Arbeit und Politikberatung die Geschichte der Stadt und des Landes seit 100 Jahren begleitet und geprägt zu haben.

Zentrale Punkte seiner Identität als modernes, multidisziplinär und international aufgestelltes Forschungsinstitut sind heute exzellente wissenschaftliche Forschung zu Wirtschaft und Gesellschaft, eine ganzheitliche Ausrichtung, Nachwuchsförderung, Unabhängigkeit sowie die Einbindung in die Leibniz-Gemeinschaft und die Vernetzung mit anderen Forschungseinrichtungen. An der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sieht sich das DIW Berlin der akademischen Freiheit sowie dem wissenschaftlichen Diskurs und Erkenntnisgewinn verpflichtet. Zum Selbstverständnis gehörten von Beginn an eine evidenzbasierte Politikberatung und der Wissenstransfer, also die Vermittlung der Forschungsergebnisse an die Gesellschaft. So schafft das Institut einen echten Mehrwert für die Gesellschaft.⁶⁹



Das DIW-Gebäude in Berlin-Mitte ist ein Ort wissenschaftlicher Arbeit und Begegnung von Forschung, Politik und Gesellschaft – und ein Raum für regelmäßige Institutsfeste.

Ein großer Teil dieser heutigen Vielfalt reicht weit zurück in die Anfänge des DIW Berlin: So wurden bereits in den 1920er-Jahren die Grundlagen für eine empirisch und induktiv ausgerichtete wirtschaftswissenschaftliche Arbeit mit einem breiten, fortschrittlichen Forschungsansatz gelegt.

Nach 1945 konnte das DIW Berlin trotz seines Engagements für das verbrecherische NS-Regime an die Erfolge vor 1933 anknüpfen. Es trieb die Entwicklung von Konjunkturforschung, VGR und Input-Output-Rechnung voran und verantwortete zukunftsweisende Forschungen wie die des SOEP. Zugleich wurde das DIW Berlin mit der Ausrichtung auf eine evidenzbasierte Politikberatung und mit dem Wissenstransfer seiner gesellschaftlichen und politischen Verantwortung gerecht, ohne seine Unabhängigkeit aufzugeben.

Mit seinen innovativen Schwerpunkten und dem gesellschaftlichen Engagement steht das DIW Berlin heute in den besten Traditionen seiner 100-jährigen Geschichte. Die unheilvolle Selbstmobilisierung des Institutes in der NS-Zeit erinnert daran, dass wissenschaftliche Freiheit keine Selbstverständlichkeit ist, sondern verteidigt werden muss. Denn nur mit einer unabhängigen Forschung sind die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Das DIW Berlin hat Lehren aus seiner Geschichte gezogen. Dazu gehört es, sich mit unabhängiger wissenschaftlicher Exzellenz in die zentralen gesellschaftspolitischen Diskurse unserer Zeit einzubringen und zur Lösung aktueller Probleme beizutragen.



Das Wichtigste und Bedeutsamste für das DIW Berlin waren und sind seine hochqualifizierten und engagierten Mitarbeitenden: 1925 wie 2025 hängt es vor allem von ihnen ab, ob das DIW Berlin seine anspruchsvollen Aufgaben und hochgesteckten Ziele erfüllen kann. Das DIW Berlin betont Respekt für jeden und jede Einzelne und die Wertschätzung von



Vielfalt, Toleranz und Offenheit. Das Institut steht für Freiheit der Wissenschaft und Unabhängigkeit als essenzielle Grundlage seines Auftrags, die zentralen gesellschaftlichen Debatten und Zukunftsfragen kritisch, konstruktiv und innovativ zu begleiten und darüber zu informieren.

Endnoten

Kapitel 1

- 1 Plumpe 2010, S. 9.
- 2 Plumpe 2010, S. 72.
- 3 Plumpe 2010, S. 72.
- 4 S. Beitrag der Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de/themen/erster-weltkrieg-weimar/ersterweltkrieg/155308/kriegsideologie-und-moderne-massenkultur.
- 5 Fremdling, Stäglin 2020; Fremdling 2020.
- 6 Fremdling, Stäglin 2020; Fremdling 2020; Stäglin, Fremdling 2016 a.
- 7 Tooze, Thesen 1993, S. 2–4.
- 8 (offiziell 1924)
- 9 Fremdling, Stäglin 2020; Fremdling 2020; Kregel 1986.
- 10 Fremdling, Stäglin 2020; Fremdling 2020; Tooze 2001.
- 11 Tooze 2001; Fremdling, Stäglin 2020; Fremdling 2020; Wagemann 1923; Wagemann 1928; Wagemann 1929; Wagemann 1931; Wagemann 1932 a; Wagemann 1932 b; Wagemann 1935; Wagemann 1937; Wagemann 1940; Wagemann 1948; Wagemann 1953; Wagemann 1954; Janssen 2009 betrachtet die Forschungsleistungen Wagemanns kritisch.
- 12 Fremdling, Stäglin 2020; Fremdling 2020; Entnazifizierungs-Entscheidung, Ernst Wagemann, 11. Oktober 1948.
- 13 Tooze, 2016, S. 361–420. Tooze 2001; Coenen 1964; Wirtschaftspolitik 1993.
- 14 Coenen 1964; Kulla 1996.
- 15 Tooze, Thesen 1993, S. 4.
- 16 Fremdling 2020; Kregel 1986.
- 17 Fremdling 2020; Kregel 1986; Stäglin, Fremdling 2016 a; zu den Zitaten s. Fremdling 2020, S. 77.
- 18 Tooze, Thesen 1993, S. 5
- 19 Fremdling 2020; Kregel 1986; Stäglin, Fremdling 2016 a.
- 20 Tooze, Thesen 1993, S. 4 f.
- 21 Kregel 1986; Stäglin, Fremdling 2016 a; Fremdling 2020; Kulla 1996.
- 22 Tooze, Thesen 1993, S. 9.
- 23 Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund.
- 24 Pierenkemper, Fremdling 2018; Stäglin, Fremdling 2016 a.
- 25 Kregel 1986; Stäglin, Fremdling 2016 a.
- 26 Tooze 1993; Tooze 2001; Kulla 1996.
- 27 Coenen 1964; Kregel 1986; Tooze 2001.
- 28 Coenen 1964; Kulla 1996; Saunders 1967; Wagemann 1929; Spiethoff 1925; Reichmann 2007.
- 29 Coenen 1964; Tooze 2001; Kulla 1996; Kregel 1986; Wagemann 1928; Wagemann 1929.
- 30 Tooze 2001; Wagemann 1928; Wagemann 1929; zudem Belege der Anm. 5.
- 31 Schefold 2010, S. 696–697.
- 32 Coenen 1964; Kulla 1996; Saunders 1967; Spiethoff 1925; Reichmann 2007.
- 33 Kregel 1986; Pierenkemper, Fremdling 2018.
- 34 Wehler 2003; Coenen 1964; Fremdling 2020; Fremdling, Stäglin 2008; Pierenkemper, Fremdling 2018; Tooze 2001; Kregel 1986.
- 35 Vermerk des Ministerialrates Feßler über eine Chefbesprechung wegen des Wagemann-Plans am 29. Januar 1932, Bundesarchiv, Die Kabinette Brüning I/II, Band 3, Dokumente, Nr. 653 (www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/1010/bru/bru3p/kap1_1/para2_139.html).
- 36 Vermerk des Ministerialrates Feßler über eine Chefbesprechung wegen des Wagemann-Plans am 28. Januar 1932, Bundesarchiv, Die Kabinette Brüning I/II, Band 3, Dokumente, Nr. 651 (www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/1010/bru/bru3p/kap1_1/para2_137.html).
- 37 Kregel 1986; Tooze 2001; Fremdling 2020; Wagemann 1932 b; Wissler 1954.
- 38 Der Plan Wagemanns beruhte auf seiner keinen Materialwert voraussetzenden nominalistischen Geldtheorie.
- 39 Tooze 2001; Fremdling 2020; Wagemann 1932 b.
- 40 Dt. Volkswirt, 1932 1. Hj., zit. nach: Gerhard Glombik: Ernst Wagemann (online in www.fh-lueneburg.de/u1/gym03/homepage/chronik/wagemann/wagekonjunkt.htm).
- 41 Tooze 1993, S. 10.
- 42 Tooze 2001; Fremdling 2020.
- 43 Tooze 1993, S. 8.
- 44 Tooze 1993, S. 7.
- 45 Tooze schreibt »feuerte«.
- 46 Tooze 2001; Tooze 1993; Fremdling 2020; Kregel 1986; Stäglin, Fremdling 2016 a.
- 47 Tooze 2001; Tooze 1993, S. 8; Kregel 1986; Fremdling 2020; Stäglin, Fremdling 2016 a; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015.
- 48 Tooze 2001.
- 49 Tooze 1993, S. 12.
- 50 Wagemann 1923; Wagemann 1928; Wagemann 1929; Wagemann 1931; Wagemann 1932 a; Wagemann 1932 b; Wagemann 1935; Wagemann 1937; Wagemann 1940; Wagemann 1948; Wagemann 1953; Wagemann 1954; Entnazifizierungs-Entscheidung, Ernst Wagemann, 11. Oktober 1948.
- 51 Quellensammlung, DIW, 2010/2021; Tooze 1993; Tooze 2001.
- 52 Kregel 1986; Tooze 1993; Tooze 2001; Stäglin, Fremdling 2016 a; Fremdling 2020.
- 53 Kregel 1986; Tooze 1993; Tooze 2001; Stäglin, Fremdling 2016 a; zur Zahl der Mitarbeitenden s. Fremdling 2020, S. 99.
- 54 Kregel 1986; Friedensburg 1950.
- 55 Wehler 2003; Fremdling 2020.
- 56 Tooze 1993, S. 14f.; Tooze 2001; Kregel 1986; Fremdling 2020. Speziell zu den Ereignissen in der zweiten Hälfte des Jahres: Tooze 1993, S. 13–15; Tooze 2001, S. 182, zudem: Neue Freie Presse 1935, S. 1f.
- 57 Der Begriff meint die freiwillige Indienststellung für den NS-Staat.
- 58 Tooze 2001; Tooze 1993; Jahresberichte 1933–1938; Stäglin, Fremdling 2016 a; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in der Erinnerung 1966; Fremdling, Stäglin 2024; Wehler 2003.
- 59 Kregel 1986; Jahresberichte 1933–1938; Stäglin, Fremdling 2016 a; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in der Erinnerung 1966; Pierenkemper, Fremdling 2018.
- 60 Tooze 2001; Tooze 1993; Fremdling 2020; Nützenadel 2005.
- 61 Wehler 2003; Tooze 2001.
- 62 Wehler 2003; Tooze 2001; Pierenkemper, Fremdling 2018; Take 2019.
- 63 Stäglin, Fremdling 2016 b; Fremdling 2020; Fremdling, Stäglin 2024; Kregel 1986; Stäglin, Fremdling 2016 a.
- 64 Stäglin, Fremdling 2016 b; Fremdling 2020; Fremdling, Stäglin 2024; Kregel 1986; Stäglin, Fremdling 2016 a.
- 65 Kattowitz war von 1922 bis 1939 die Hauptstadt der autonomen Woiwodschaft Schlesien. 1939 wurde die Stadt durch die deutsche Wehrmacht besetzt, nachdem sich die polnische Armee zurückgezogen hatte.
- 66 Fremdling 2020; Kregel 1986; Pierenkemper, Fremdling 2018.
- 67 Fremdling, Stäglin 2024; Stäglin, Fremdling 2016 b; Kregel 1986; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in der Erinnerung 1966. Die 14 Bereiche waren Industriewirtschaft, Arbeitseinsatz, Volkseinkommen, Verbrauch und volkswirtschaftliche Bilanzen, Öffentliche Finanzen, Geld- und Kreditwirtschaft, Währungswesen, Außenhandel und Auslandswirtschaft, Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft, Verkehrswirtschaft, Post- und Fernmeldewesen, Russlandforschung, Preisbeobachtung und Handel, Filmwirtschaft, Regionalwirtschaft, Sonstige Themenbereiche.

- 68 Die Geschichte des IfK/DIW in der Zeit des Nationalsozialismus ist bislang nicht eingehend erforscht. Das DIW Berlin möchte diese Lücke schließen und fördert daher ein Forschungsvorhaben des Historischen Institutes der Universität Stuttgart, das im Frühjahr 2025 beginnt. Dabei werden zunächst das Personal, die Organisation und die Vernetzungen des IfK/DIW von der späten Weimarer Republik bis in die frühe Bundesrepublik untersucht. Insbesondere sind die personellen Verflechtungen mit Organisationen (Verbände, Behörden, Militär) des »Dritten Reichs« in den Blick zu nehmen und NS-Belastungen zu rekonstruieren. Darauf aufbauend werden die Themen, Inhalte und Methoden der DIW-Forschung von der Weltwirtschaftskrise über den NS-Wirtschaftsaufschwung und den »Totalen Krieg« bis hin zur Beratung des Marshallplans in der Nachkriegszeit analysiert. Mit dieser Forschungsk Kooperation verbindet das DIW Berlin eine Aufarbeitung der eigenen NS-Vergangenheit mit einer übergreifenden Erforschung der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland. Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren. Die Ergebnisse werden der Öffentlichkeit nach Abschluss vorgestellt.
- 69 Bundesarchiv R 11/111.
- 70 Fremdling, Stäglin 2024; Quellensammlung, DIW, 2010/2021; Stäglin, Fremdling 2016 b; Kregel 1986; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in der Erinnerung 1966.
- 71 Fremdling, Stäglin 2024; Quellensammlung, DIW, 2010/2021; Stäglin, Fremdling 2016 b; Kregel 1986; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in der Erinnerung 1966.
- 72 »Arbeitsbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (April 1943 bis Juni 1944)«, Quellensammlung, DIW, 2010/2021 bzw. Bundesarchiv R 3101/32126, S. 7. Ebenfalls in diesem Bericht, S. 4: »Im Zusammenhang mit den im Osten anfallenden Transportaufgaben wurden im Auftrag des Reichsverkehrsministeriums die verkehrswirtschaftlichen Grundlagen für den Ausbau der Eisenbahnverbindungen zwischen den besetzten Ostgebieten und dem Grossdeutschen Reich untersucht. Ähnliche Arbeiten für das Reichsernährungsministerium hatten die Frage der Einsatzmöglichkeiten von Schiene und Wasserstrasse für den Abtransport landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus dem Osten zum Gegenstand.«
- 73 Quellensammlung, DIW, 2010/2021.
- 74 Kregel 1986; Jahresbericht 1937; Fremdling 2020; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in der Erinnerung 1966.
- 75 Tooze 2001; Fremdling 2020.
- 76 Tooze 2001; Tooze 1993; Fremdling 2020; Stäglin, Fremdling 2016 b; Fremdling, Stäglin 2024; Kregel 1986; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in der Erinnerung 1966; Pierenkemper, Fremdling 2018.
- 77 Tooze 2001; Tooze 1993; Fremdling 2020; Stäglin, Fremdling 2016 b; Fremdling, Stäglin 2024; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in der Erinnerung 1966.
- 78 Tooze 2001; Stäglin, Fremdling 2016 b; Tooze 1993.
- 79 Stäglin, Fremdling 2016 b; Fremdling 2020; Fremdling, Stäglin 2024; Tooze 2001; Tooze 1993.
- 80 Fremdling, Stäglin 2024; Stäglin, Fremdling 2016 b; Kregel 1986.
- 81 Kregel 1986, S. 56f.; Stäglin, Fremdling 2016 b; Stäglin, Fremdling 2016 a; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung in der Erinnerung 1966; zu dem Zitat s. Fremdling, Stäglin 2024, S. 253.
- 82 Stäglin, Fremdling 2016 b; Kregel 1986; Fremdling 2020.
- 83 Kregel 1986; Friedensburg 1950.

Kapitel 2

- 1 Kregel 1986; Friedensburg 1950.
- 2 Friedensburg 1950; Kregel 1986.
- 3 Kregel 1986.
- 4 Kregel 1986; Friedensburg 1950.
- 5 Kregel 1986; Friedensburg 1950.
- 6 Friedensburg, Ferdinand, in: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, www.kulturstiftung.org/biographien/friedensburg-ferdinand-4; Friedensburg 1950.
- 7 Wehler 2008.
- 8 Kregel 1986; Friedensburg 1950; Jahresbericht 1970; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015.
- 9 Kregel 1986; Friedensburg 1950.
- 10 Kregel 1986; Friedensburg 1950; Nützenadel 2005.
- 11 Nützenadel 2005.
- 12 Nützenadel 2005; Fremdling 2020.
- 13 Wagner, Franzmeyer, Pohl 2023; Wissler 1954; Nützenadel 2005; Kregel 1986.
- 14 Nützenadel 2005.
- 15 Kregel 1986; Nützenadel 2005.
- 16 Ferdinand Grünig wurde 1933 »Leiter der Abteilung für Zentrale Wirtschaftsbeobachtung im Stab des Stellvertreters des Führers [...]«. Leiter dieses Stabes war Bormann, dessen Chef wiederum Rudolf Hess. Grünigs unmittelbarer Vorgesetzter war der Münchener Industrielle Ferdinand Pietzsch, der zu Hitlers engsten Beratern in Wirtschaftsfragen zählte und der später zum Präsidenten der Reichswirtschaftskammer ernannt wurde. Unter seiner Protektion hat Grünig an seinen bahnbrechenden Forschungen zum Wirtschaftskreislauf gearbeitet, die alle wesentlichen Elemente der Keynesianischen Makroökonomik vorwegnehmen«, Tooze 1993, S. 11.
- 17 Kregel 1986; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; Nützenadel 2005.
- 18 Kregel 1986; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; Nützenadel 2005; Stäglin 2023; Interview Stäglin, 23. Juli 2009; Stäglin 2024.
- 19 Kregel 1986; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015.
- 20 Kregel 1986; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; Nützenadel 2005. Die Information zur makroökonomischen Erfassung der DDR durch das DIW stammt aus dem Buch Nützenadels, dort findet sich ein umfangreiches Kapitel zur frühen bundesrepublikanischen DDR-Forschung, S. 177–204.
- 21 Nützenadel 2005; Schanetzky 2007.
- 22 Nützenadel 2005; Schanetzky 2007.
- 23 Kregel 1986; Nützenadel 2005; Pierenkemper, Fremdling 2018.
- 24 Kregel 1986; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015.
- 25 Kregel 1986, insbes. S. 100f., 105, 128f.; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015, S. 64–67; MfS-Akten, 1956/1989, Tagesordnung für Kuratoriumssitzung 1956, Bundesarchiv, MfS – HA XVIII, Nr. 17144.

Kapitel 3

- 1 Kregel 1986; Fremdling, Stäglin 2008.
- 2 Wehler 2008.
- 3 Nützenadel 2005; Schanetzky 2007; Wehler 2008.
- 4 Zur Globalsteuerung und ihrer Bewertung – vor allem bei der Überwindung der Rezession von 1966/67 – s. Nützenadel 2005, S. 307–343.
- 5 Kregel 1986.
- 6 Kregel 1986.
- 7 Kregel 1986.
- 8 Kregel 1986; Tätigkeitsberichte 1970–1972; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015.
- 9 Nützenadel 2005; Schanetzky 2007; Kregel 1986.
- 10 Nützenadel 2005; Schanetzky 2007; Kregel 1986.

- 11 Wirtschaftswoche vom 17. November 2008; www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw19-kalenderblatt-stabilitaetsgesetz-505290; Dr. Claus-Martin Gaul, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages: »Konjunkturprogramme in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Einordnung und Bewertung der Globalsteuerung von 1967 bis 1982, Deutscher Bundestag 2008. Info-Brief WD 5-3010-009/09.
- 12 Kregel 1986; Wochenberichte 1966–1974; Tätigkeitsberichte 1970–1972; Fremdling, Stäglin 2008.
- 13 Kregel 1986; Wochenberichte 1966–1974; Tätigkeitsberichte 1970–1972.
- 14 Kregel 1986; Wochenberichte 1966–1974; Tätigkeitsberichte 1970–1972.
- 15 Das 1944 geschlossene »Bretton-Woods-Abkommen« schuf ein internationales System fester Wechselkurse mit dem Dollar als Ankerwährung, die neue Währungsordnung sollte eine stabile Entwicklung der Weltwirtschaft sichern.
- 16 Schanetzky 2007; Nützenadel 2005; Kregel 1986; Wochenberichte 1968/69. Speziell zur Bewertung der Globalsteuerung s. Nützenadel, S. 307–343.
- 17 Kregel 1986; Wochenberichte 1966–1974; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; Lippe 1995; Nützenadel 2005; Hüttmann 2008; Gloe 2005; Materialien 1987.
- 18 Kregel 1986; Wochenberichte 1966–1974; Tätigkeitsberichte 1970–1972; Pierenkemper, Fremdling 2018.
- 19 Meadows 1972, S. 17.
- 20 Wehler 2008; Schanetzky 2007; Nützenadel 2005; Rödder 2023.
- 21 Wehler 2008; Schanetzky 2007; Nützenadel 2005; Kregel 1986.
- 22 Wehler 2008; Schanetzky 2007; Nützenadel 2005.
- 23 Wehler 2008; Schanetzky 2007; Nützenadel 2005; zum Zitat s. Wehler 2008, S. 61.
- 24 Wehler 2008; Schanetzky 2007; Nützenadel 2005.
- 25 Wehler 2008; Schanetzky 2007; Nützenadel 2005.
- 26 Wehler 2008; Schanetzky 2007; Nützenadel 2005.
- 27 Kregel 1986.
- 28 Mit dem Ende des Königsteiner Staatsabkommens im Jahr 1975 war es nicht mehr möglich, dass derartige Defizite einfach so vom Bund oder einem Land ausgeglichen wurden.
- 29 Kregel 1986.
- 30 Kregel 1986.
- 31 Kregel 1986.
- 32 Kregel 1986.
- 33 Engelhard 2010; Empirische Forschung 1998.
- 34 Kregel 1986; Tätigkeitsbericht 1981.
- 35 Wehler 2008; Schanetzky 2007; Nützenadel 2005; Rödder 2023.
- 36 Wehler 2008; Schanetzky 2007; Nützenadel 2005.
- 37 Wochenberichte 1974–1982; Wagner, Franzmeyer, Pohl 2023; Kregel 1986; Wissenschaftsrat 1982; zu dem Zitat s. Kregel 1986, S. 160.
- 38 Wochenberichte 1974–1982; Kregel 1986.
- 39 Wochenberichte 1974–1982; Kregel 1986; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; zum Zitat s. Kregel 1986, S. 196.
- 40 Kregel 1986; Wochenberichte 1974–1982; Tätigkeitsberichte 1981/82; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; Lippe 1995; Nützenadel 2005; Hüttmann 2008; Gloe 2005.
- 41 Wochenberichte 1974–1982; Tätigkeitsberichte 1981/82; Schanetzky 2007; Wehler 2008; Rödder 2023.
- 42 Wissenschaftsrat 1982.

Kapitel 4

- 1 So das Lambsdorff-Papier von 1982, www.de.wikipedia.org/wiki/Konzept_für_eine_Politik_zur_Überwindung_der_Wachstumsschwäche_und_zur_Bekämpfung_der_Arbeitslosigkeit.
- 2 Schanetzky 2007; Wehler 2008; Rödder 2023.
- 3 Tätigkeitsberichte 1982–1989.
- 4 Tätigkeitsberichte 1982–1989; Wochenberichte 1982–1989.
- 5 Tätigkeitsberichte 1982–1989.
- 6 Tätigkeitsberichte 1982–1989.
- 7 Wehler 2008; Wochenberichte 1982–1989; Tätigkeitsberichte 1982–1989.
- 8 Wehler 2008; Schanetzky 2007; Wochenberichte 1982–1989; Tätigkeitsberichte 1982–1989.
- 9 Wehler 2008; Tätigkeitsberichte 1982–1989; Wochenberichte 1982–1989.
- 10 Tätigkeitsberichte 1982–1989; Wochenberichte 1982–1989.
- 11 Hans-Jürgen Krupp diagnostizierte 1983 das Dilemma von »konjunkturpolitischen Notwendigkeiten einerseits und der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte« andererseits.
- 12 Tätigkeitsberichte 1982–1989; Wochenberichte 1982–1989.
- 13 www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Arbeitsmarkt/lrarb003ga.html.
- 14 Tätigkeitsberichte 1982–1989, 1996; Wochenberichte 1982–1989; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015.
- 15 Tätigkeitsberichte 1982–1989; Wochenberichte 1982–1989.
- 16 Tätigkeitsberichte 1982–1989; Wochenberichte 1982–1989.
- 17 Tätigkeitsberichte 1982–1989; Wochenberichte 1982–1989; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; Goy 1987.
- 18 Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; Tätigkeitsberichte 1982–1989; Wochenberichte 1982–1989; Kregel 1986.
- 19 Von der marktradikalen Schocktherapie, die Chile zur Zeit der Pinochet-Diktatur erlebte, nahm das DIW allerdings so gut wie keine Kenntnis.
- 20 Wochenberichte 1979–1989; Tätigkeitsberichte 1981–1989.
- 21 Besonders deutlich zeigte sich diese Diagnose in den »Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987«, dessen umfangreichen empirischen Hauptteil das DIW verantwortete.
- 22 Wochenberichte 1982–1989; Tätigkeitsberichte 1982–1989; Materialien 1987.
- 23 Hüttmann 2008; Lippe 1995; Gloe 2005; Pierenkemper, Fremdling 2018; Wochenberichte 1966–1989; Tätigkeitsberichte 1982–1989; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; Materialien 1987. Zur Einschätzung der DDR-Produktivität durch das DIW s. vor allem: Materialien 1987, 241–243, 345–481.
- 24 Vgl. hierzu MfS-Akten zum DIW, 1956/1989, Bundesarchiv.
- 25 Wochenberichte 1982–1989; Tätigkeitsberichte 1982–1989.
- 26 Wochenberichte 1966–1989; Tätigkeitsberichte 1981/1995; Fremdling, Stäglin 2008; China 2002.
- 27 Rödder 2023.
- 28 Fukuyama 1992; Rödder 2023.
- 29 Später leitete er die Landeszentralbank Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern und war Mitglied des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank.
- 30 Im Kuratorium saßen weiterhin vor allem Vertreter der öffentlichen Hand, dem Vorstand des Kuratoriums gehörten neben dem Präsidenten Repräsentanten der Bundesregierung und Berlins, der Industrie und der SPD an.
- 31 Herausforderungen 1999; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015.
- 32 Tätigkeitsberichte 1989/1998; Wissenschaftsrat 1998; www.diw.de/de/diw_01.c.598978.de/seiten/organisation.html#ab_textabschnitt_diw_01.c.598964.de.
- 33 Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2005; Rödder 2009; Rödder 2023.

- 34 Tätigkeitsberichte 1989/1998; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2005; Rödder 2009; Rödder 2023.
- 35 www.diw.de/de/diw_01.c.598936.de/seiten/ueber_uns.html#c_diw_01.c.598946.de
- 36 Tätigkeitsberichte 1989/1998; Herausforderungen 1999.
- 37 Tätigkeitsberichte 1989/1998; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; Goy 1987.
- 38 Tätigkeitsberichte 1989/1998; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; Herausforderungen 1999.
- 39 Tätigkeitsberichte 1989/1998; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2005.
- 40 Tätigkeitsberichte 1989/1998.
- 41 Tätigkeitsberichte 1989/1998; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung 2005.
- 42 Wissenschaftsrat 1982; Wissenschaftsrat 1998; Tätigkeitsberichte 1981/1998; Empirische Forschung 1998; Herausforderungen 1999; Marschall 1998.
- 43 Tätigkeitsberichte 1989/1998.
- 29 Tätigkeitsberichte 2000–2010; zur Debattenkultur in den 1950er-Jahren am DIW s. Krenzel 1986.
- 30 Jahresberichte 2007, 2010; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015.
- 31 www.mpib-berlin.mpg.de/meldungen/nachruf-gert-gwagner.
- 32 Jahresberichte 2010–2013.
- 33 Jahresberichte 2011/12.
- 34 Jahresberichte 2010–2012; Leibniz-Gemeinschaft 2012.
- 35 Jahresberichte 2011/12; Leibniz-Gemeinschaft 2012.
- 36 Jahresberichte 2011/12; Leibniz-Gemeinschaft 2012; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015.
- 37 Leibniz-Gemeinschaft 2005; Leibniz-Gemeinschaft 2012.
- 38 DIW-Homepage.
- 39 Jahresberichte 2008–2019; Leibniz-Gemeinschaft 2012; Leibniz-Gemeinschaft 2020.
- 40 www.diw.de/de/diw_01.c.598936.de/seiten/ueber_uns.html#c_diw_01.c.598946.de.
- 41 Jahresberichte 2013–2019; Leibniz-Gemeinschaft 2020.
- 42 Jahresberichte 2013–2019; Leibniz-Gemeinschaft 2020.
- 43 Jahresberichte 2008–2019; Leibniz-Gemeinschaft 2012; Leibniz-Gemeinschaft 2020.
- 44 www.diw.de/de/diw_01.c.598936.de/seiten/ueber_uns.html#c_diw_01.c.598946.de.
- 45 Jahresberichte 2013–2019; Leibniz-Gemeinschaft 2020.
- 46 Jahresberichte 2013–2019; Leibniz-Gemeinschaft 2020.
- 47 Leibniz-Gemeinschaft 2020.
- 48 Rödder 2023.
- 49 Rödder 2023; Harari 2018.
- 50 Harari 2017; Rödder 2023.
- 51 Rödder 2023; Harari 2018.
- 52 www.diw.de/de/diw_01.c.91334.de/personen/kritikos_alexander_s.html.
- 53 www.diw.de/de/diw_01.c.832972.de/personen/ruettinger__denise.html.
- 54 Jahresberichte 2019–2023; DIW-Homepage.
- 55 Jahresberichte 2020–2023; DIW-Homepage.
- 56 Jahresberichte 2019–2022.
- 57 Jahresberichte 2019–2022; Koebe, Josefine; Samtleben, Claire; Schrenker, Annkatrin; Zucco, Aline: Systemrelevant, aber dennoch kaum anerkannt: Entlohnung unverzichtbarer Berufe in der Corona-Krise unterdurchschnittlich, in: DIW aktuell, No. 48.
- 58 Jahresberichte 2022/23; DIW-Homepage.
- 59 Jahresberichte 2019–2023; DIW-Homepage.
- 60 Jahresberichte 2019–2023; DIW-Homepage.
- 61 Jahresberichte 2019–2023; DIW-Homepage.
- 62 Jahresberichte 2019–2023; DIW-Homepage.
- 63 Jahresberichte 2019–2023; DIW-Homepage.
- 64 Jahresberichte 2019–2023; DIW-Homepage.
- 65 Jahresberichte 2019–2023; DIW-Homepage.
- 66 Jahresberichte 2019–2023; DIW-Homepage.
- 67 DIW Strategie 2030: Inhaltliche Arbeit und Ziele des DIW Berlin, Entwurf, 9. April 2024.
- 68 Jahresberichte 2019–2023; DIW-Homepage.
- 69 Vgl. DIW Strategie 2030: Inhaltliche Arbeit und Ziele des DIW Berlin, Entwurf, 9. April 2024.

Kapitel 5

- 1 Wissenschaftsrat 1998.
- 2 www.diw.de/de/diw_01.c.598936.de/seiten/ueber_uns.html#c_diw_01.c.598946.de.
- 3 Wissenschaftsrat 1998.
- 4 Tätigkeitsberichte 1997–1999.
- 5 Tätigkeitsberichte 1999/2000; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015.
- 6 Tätigkeitsberichte 1999–2009.
- 7 Tätigkeitsberichte 2000–2008.
- 8 Tätigkeitsberichte 2000–2008.
- 9 Tätigkeitsberichte 2000–2008.
- 10 www.diw.de/de/diw_01.c.598936.de/seiten/ueber_uns.html#c_diw_01.c.598946.de.
- 11 1957 wurde mit Ingeborg Köhler-Rieckenberg die erste Frau Leiterin der Abteilung Auslandswirtschaft (West), sie wurde dann auch Leiterin des Gremiums der Abteilungsleiter.
- 12 Tätigkeitsberichte 2000–2008.
- 13 Tätigkeitsberichte 2000–2008.
- 14 Jahresberichte 2007/08.
- 15 www.diw.de/de/diw_01.c.598936.de/seiten/ueber_uns.html#c_diw_01.c.598946.de.
- 16 Tätigkeitsberichte 2000–2008; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015.
- 17 Gemeint sind externe Effekte, die mit unternehmerischen Entscheidungen und Aktivitäten nicht über Preis- und Marktbeziehungen direkt verknüpft sind, z. B. Umweltbelastungen.
- 18 Tätigkeitsberichte 2000–2008; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015.
- 19 www.diw.de/de/diw_01.c.598936.de/seiten/ueber_uns.html#c_diw_01.c.598946.de.
- 20 Tätigkeitsberichte 2000–2008; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2005.
- 21 Tätigkeitsberichte 2000–2008; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2005.
- 22 Tätigkeitsberichte 2004–2008.
- 23 www.diw.de/de/diw_01.c.598936.de/seiten/ueber_uns.html#c_diw_01.c.598946.de; www.diw.de/de/diw_01.c.10543.de/eu_dienstleistungsrichtlinie_positive_effekte.html.
- 24 Tätigkeitsberichte 2000–2008; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015.
- 25 Rödder 2023 u. a.
- 26 Jahresberichte 2008–2015; Gelehrtenrepublik und Denkfabrik 2015.
- 27 Schumpeter, 1942, Kap 7.
- 28 Rödder 2023 u. a.

Literatur und Quellen

Bibliografie

China im Zeichen von Globalisierung und Entwicklung. Herausforderungen für die statistische Analyse und empirische Forschung. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ernst Hagemann, hrsg. von Doris Fischer und Andreas Oberheitmann, Berlin 2002

Coenen, Étienne: La »Konjunkturforschung« en Allemagne et en Autriche, 1925–1933, Löwen, Paris 1964

Cornelsen, Doris: Finanzhilfe für West-Berlin. Eine Untersuchung über Umfang und Bedeutung der finanziellen Verflechtung im öffentlichen Sektor zwischen West-Berlin und Westdeutschland, Diss., Berlin 1969, FU

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) 1925–1945 in der Erinnerung früherer Mitarbeiter, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1966

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Homepage, Berlin

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Tätigkeitsbericht bzw. Jahresbericht 1970, 1971, 1972, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, Berlin

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 33, 1966; 34, 1967; 35, 1968; 36, 1969; 37, 1970; 38, 1971; 39, 1972; 41, 1973; 42, 1974; 43, 1975; 44, 1976; 45, 1977; 46, 1978; 47, 1979; 48, 1980; 49, 1982; 50, 1983; 51, 1984; 52, 1985; 53, 1986; 54, 1987; 55, 1988; 56, 1989; 57, 1990; 58, 1991; 59, 1992; 60, 1993; 61, 1994; 62, 1995; 63, 1996; 64, 1997; 65, 1998; 76, 2009

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: 75 Jahre DIW Berlin 1925–2000. Ein kurzer historischer Rückblick, unveröffentlichter Text, Berlin 2000

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung wird 80 Jahre alt, Berlin 2005

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, NS-Zeit, Berlin 2023

Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung. Festschrift für Hans-Jürgen Krupp zum 65. Geburtstag, hrsg. von Heinz P. Galler und Gert Wagner, Frankfurt und New York 1998

Engelhard, Peter: Die Ökonomen der SPD. Eine Geschichte sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in 45 Porträts, Bielefeld 2010

Entwicklung der Konjunkturforschung im frühen 20. Jahrhundert, hrsg. von Peter Spahn, Berlin 2022

Fremdling, Rainer: Nationalsozialistische Kriegswirtschaft und DDR. Planungsstatistik 1933–1949/50, Stuttgart 2020

Fremdling, Rainer, Stäglin, Reiner: Profund, präzise, pünktlich: 80 Jahre Wochenbericht spiegeln die deutsche Wirtschaftsgeschichte, in: Wochenbericht 75, 14, 2008, S. 168–174

Fremdling, Rainer, Stäglin, Reiner: Wagemann, Ernst Friedrich, in: Neue Deutsche Biographie, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 27, Berlin 2020, S. 183–185

Fremdling, Rainer, Stäglin, Reiner: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 65, 2024 a, S. 237–272; Zusatzmaterial: Dokumentation über das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Zweiten Weltkrieg

Friedensburg, Ferdinand: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung seit 1945, in: Beiträge zur empirischen Konjunkturforschung. Festschrift zum 25jährigen Bestehen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin 1950, S. 9–18

Fukuyama, Francis: The End of History and the Last Man, New York 1992

Gelehrtenrepublik und Denklabir. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung 1915–1925, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 2015

Geschichte der Wirtschaftspolitik. Vom Merkantilismus zur Sozialen Marktwirtschaft, hrsg. von Richard H. Tilly, München, Wien 1993

Gloe, Markus: Planung für die deutsche Einheit. Der Forschungsbeitrag für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands 1952–1975, Wiesbaden 2005

Goy, Georg C., u. a.: Erneuerbare Energiequellen. Abschätzung des Potentials in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2000, München, Wien 1987

Hänze, Siegfried: Studien zur Biographie Ernst Wagemann's. Ernst Wagemann und Ulrich v. Hassell, unveröffentlichtes Typoskript, Bonn 1989

Harari, Yuval Noah: Homo Deus. Eine Geschichte von Morgen, München 2017 [2015]

Harari, Yuval Noah: 21 Lektionen für das 21. Jahrhundert, München 2018

Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Festschrift für Lutz Hoffmann zum 65. Geburtstag, hrsg. von Irmgard Nübler und Harald Trabold, Berlin 1999

Historische Konjunkturforschung, hrsg. von Wilhelm Heinz Schröder und Reinhard Spree, Stuttgart 1980

Hüttmann, Jens: DDR-Geschichte und ihre Forscher. Akteure und Konjunkturen der bundesdeutschen DDR-Forschung, Berlin 2008

Janssen, Hauke: Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Wirtschaftslehre in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts, 3. Aufl., Marburg 2009

Krengel, Rolf: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), 1925–1979, Berlin 1986

Kulla, Bernd: Die Anfänge der empirischen Konjunkturforschung in Deutschland 1925–1933, Berlin 1996

Kurz, Heinz D.: Geschichte des ökonomischen Denkens, 2. Aufl., München 2017

Leibniz-Gemeinschaft: Stellungnahme zum Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin 2005

Leibniz-Gemeinschaft: Stellungnahme zum Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin (Institut für Konjunkturforschung), Berlin, Berlin 2012

Leibniz-Gemeinschaft: Stellungnahme zum Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin (Institut für Konjunkturforschung), Berlin, Berlin 2020

Lippe, Peter von der: Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, Band II: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Teilband 3, Baden-Baden, Frankfurt am Main 1995, S. 1973–2193

Marschall, Birgit: Keynes war Aristokrat und mit Sicherheit kein Sozialdemokrat, in: Berliner Zeitung, 23. März 1998

Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, hrsg. vom Bundesministerium für innere deutsche Beziehungen, Bonn 1987

Meadows, Dennis, Meadows, Donella, Zahn, Erich, Milling Peter: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972

Melzer, Manfred: Probleme und voraussichtliche Entwicklung der Industrie in der DDR. *Prognose des Wachstums bis 1990*, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 1980, S. 361–376

Neue Freie Presse, Nr. 25593, Morgenausgabe vom 10. Dezember 1935

Nützenadel, Alexander: Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974, Göttingen 2005

- Pierenkemper, Toni, Fremdling, Rainer: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in Deutschland. 75 Jahre RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e.V. 1943–2018, Berlin, Boston 2018
- Plumpe, Werner: Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, München 2010
- Reichmann, Werner: »Die Gezeiten der Wirtschaft«. Institutionalisierung und Methoden der Beobachtung wirtschaftlicher Zyklen in Österreich bis 1945, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 18.4, 2007, S. 39–58
- Reinhard, Wolfgang: Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart, 3. Aufl., München 2002
- Rödter, Andreas: 21.1. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2023
- Rödter, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009
- Rödter, Andreas: Geschichte der deutschen Wiedervereinigung, 4. Aufl., München 2022
- Saunders, C.T.: *La »Konjunkturforschung« en Allemagne et en Autriche 1925–1933*. By É. Coenen. Louvain: Éditions Nauwelaerts, 1964. Pp. vii + 352., in: The Economic Journal 77, 1967, S. 892–894
- Schanetzky, Tim: Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2007
- Schefold, Bertram: Spiethoff, Arthur, in: Neue Deutsche Biographie 24, 2010, S. 696–697
- Schevardo, Jennifer: Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre, [Stuttgart] 2006
- Schumpeter, Joseph A.: Capitalism, socialism and democracy. New York/London 1942
- Schumpeter, Joseph A.: History of Economic Analysis, London 1955 [1954]
- Spiethoff, Arthur: Krisen, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4., gänzlich umgearbeitete Auflage, hrsg. von Ludwig Elster, Adolf Weber und Friedrich Wieser, 6. Band: Kriminalstatistik – Reklamesteuer, Jena 1925, S. 8–91
- Stäglin, Reiner, Fremdling, Rainer: Wirtschaftsforschung in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. Materialien zur Geschichte des Instituts für Konjunkturforschung (IfK) und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) 1925 bis 1945, MPRA. Munich Personal RePEc Archive, 2016 a
- Stäglin, Reiner, Fremdling, Rainer: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im 2. Weltkrieg – Wirtschaftsforschung und wirtschaftspolitische Beratung von 1939 bis 1945, unveröffentlichter Text, Berlin 2016 b
- Take, Gunnar: Forschen für den Wirtschaftskrieg. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft im Nationalsozialismus, Berlin, Boston 2019
- Todorov, Alexander, Sensch, Jürgen: Die wirtschaftlichen Wechsellagen 1837 bis 1937 – Aufschwung, Krise, Stockung, GESIS-Paper
- Tooze, Adam: Thesen zur Geschichte des IfK/DIW 1925–1945, DIW Discussion Papers 82, Berlin 1993
- Tooze, J. Adam, Statistics and the German State, 1900–1945. The Making of Modern Economic Knowledge, Cambridge 2001
- Tooze, Adam: Wirtschaftsstatistik im Reichswirtschaftsministerium, in seinem Statistischen Reichsamt und im Institut für Konjunkturforschung, in: Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917–1990, hrsg. von Werner Abelshauser u. a., Berlin, Boston, Bd. 1: Das Reichswirtschaftsministerium der Weimarer Republik und seine Vorläufer. Strukturen, Akteure, Handlungsfelder, hrsg. von Carl Ludwig Holtfrerich, S. 361–420
- Wagemann, Ernst: Allgemeine Geldlehre. Band 1: Theorie des Geldwerts und der Währung, Jena 1923 [mehr nicht erschienen]
- Wagemann, Ernst: Konjunkturlehre. Eine Grundlegung zur Lehre vom Rhythmus der Wirtschaft, Berlin 1928
- Wagemann, Ernst: Einführung in die Konjunkturlehre, Leipzig 1929
- Wagemann, Ernst: Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft. Grundlagen einer weltwirtschaftlichen Konjunkturlehre, Berlin 1931
- Wagemann, Ernst: Was ist Geld? Oldenburg 1932 a
- Wagemann, Ernst: Geld- und Kreditreform, Berlin 1932 b
- Wagemann, Ernst: Narrenspiegel der Statistik. Die Umrisse eines statistischen Weltbildes, Hamburg 1935
- Wagemann, Ernst: Wirtschaftspolitische Strategie. Von den obersten Grundsätzen wirtschaftlicher Staatskunst, Hamburg 1937
- Wagemann, Ernst: Wo kommt das viele Geld her? Geldschöpfung und Finanzlenkung im Krieg und Frieden, Düsseldorf 1940
- Wagemann, Ernst: Menschenzahl und Völkerschicksal. Eine Lehre von den optimalen Dimensionen gesellschaftlicher Gebilde, Hamburg 1948
- Wagemann, Ernst: Welt von morgen. Wer wird Herr der Erde, Düsseldorf 1953
- Wagemann, Ernst: Wagen, Wägen, Wirtschaft. Erprobte Faustregeln – neue Wege, Hamburg 1954
- Wagner, Gert T., Franzmeyer, Fritz, und Pohl, Reinhard: Zur Geschichte des »arbeitnehmernah« und »keynesianisch« geltenden Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) seit den 50er Jahren, DIW Discussion Papers 2038, 2023
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, München; Band 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten, 1914–1949, 2003; Band 5: Bundesrepublik und DDR, 1949–1990, München 2008
- Wissenschaftsrat: Stellungnahme zu den Wirtschaftsforschungsinstituten und zum Forschungsinstitut für Rationalisierung, Köln 1982
- Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, nicht veröffentlicht, Berlin 1998
- Wissler, Albert: Ernst Wagemann. Begründer der empirischen Konjunkturforschung in Deutschland, Berlin 1954

Archivalische Quellen

- Quellensammlung, DIW, 1905/1950, zusammengestellt von Reiner Stäglin und Rainer Fremdling, 2010/2021, DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Jahresberichte, Berlin, DIW 1925/26, 1926/27, 1927/28, 1928/29, 1929/30, 1930/31, 1931/32, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938
- Reiner Stäglin: Die Input-Output-Rechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), August 2023, DIW
- Varia, Reiner Stäglin, 1933/2019, Markus Schreiber
- DIW Strategie 2030: Inhaltliche Arbeit und Ziele des DIW, Berlin, Entwurf, 9. April 2024, DIW
- MFS-Akten, 1956/1989, Bundesarchiv, Berlin, MFS
- HA XVIII Nr. 16684
- HA XVIII Nr. 17144
- HA XVIII Nr. 18271
- HA XVIII Nr. 23885
- HA XX AKG Nr. 6847
- ZAIG 30179
- Parteistatistische Erhebung 1939, Ernst Wagemann, 1939, Bundesarchiv, Bundesarchiv R 9361/I, 3776
- Entnazifizierungs-Entscheidung, Ernst Wagemann, 11. Oktober 1948, beglaubigte Abschrift vom 17. Oktober 1948, Kopie, DIW

Interviews

- Reiner Stäglin, 23. Juli 2009, DIW
- Reiner Stäglin, 9. Januar 2023, Markus Schreiber

Danksagung

Für ein kritisches Feedback, wertvolle Verbesserungsvorschläge und wichtige Informationen bedankt sich der Autor bei Stefan Bach, Lisa Eichacker, Sabine Fiedler, Ulrike Fokken, Fritz Franzmeyer, Rainer Fremdling, Martin Gornig, Lars Handrich, Dirk Reder, Jürgen Schupp, Britta Stücker, Gunnar Take und Katharina Zschuppe. Ein besonderer Dank geht an Reiner Stäglich, der vier Jahrzehnte am DIW Berlin tätig war und darüber hinaus zusammen mit Rainer Fremdling grundlegende Forschungsarbeiten zur DIW-Geschichte vor 1945 vorgelegt hat; seine Informationen und Anregungen waren bei der Recherche, Konzeption und Texterstellung sehr hilfreich. Wertvolle inhaltliche Anregungen kamen auch von den DIW-Vorstandsmitgliedern Denise Rüttinger, Marcel Fratzscher und Alexander Kritikos, auch bei ihnen bedankt sich der Autor sehr herzlich!

Impressum

Herausgeber

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.
(DIW Berlin)
Mohrenstraße 58
10117 Berlin

Text, Bildauswahl und Redaktion

Geschichtsbüro Reder, Roeseling & Prüfer, Köln
Dr. Markus Schreiber (Text, Bildauswahl)
Britta Stücker (Redaktion)
Dr. Dirk Reder (Projektleitung)

Gestaltung

Nikolaus Rulle, Köln

Druck

bernd rölle . medienproduktion, köln

Fotos und Abbildungen

Wir haben uns bemüht, alle Nutzungsrechte zur Veröffentlichung von Materialien Dritter zu erhalten. Sofern nicht anders vermerkt, stammen alle Abbildungen vom DIW Berlin.

Bundesarchiv: 29, 33, 37, 40, 43, 44

DIW Berlin/Florian Schuh: 120, 126, 127

DIW Berlin/Hannibal Hanschke: 119

DIW Berlin/Photothek: 7, 118, 123, 128/129

Friedrich-Ebert-Stiftung:
64 (J.H. Darchinger), 71 (Sven Simon)

MIT Press, The Review of Economics and
Statistics, Bd. 3, Nr. 1 (1921): 17

picture alliance: 50, 63

ullstein bild: 13, 14, 26/27, 61

